

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 10. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Plumpe Fälschung!

1.

Die „Kreuz-Ztg.“ bemüht sich durch eine Serie von Artikeln den Nachweis zu führen, daß die Beschlüsse des Herrenhauses keineswegs derartige seien, daß sie für den Wahlrechtsblock des Abgeordnetenhauses unannehmbar wären. Das ist wenigstens der Sinn des ganzen Beredes. Daß die Herrenhausbeschlüsse keineswegs eine Verschlechterung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses darstellten, glaubt die „Kreuz-Ztg.“ durch eine Untersuchung der Wirkungen der von der Bairkammer beschlossenen Form der Maximierung und der Steuerdrittelung dazun zu können.

Diese Untersuchungen sind in doppelter Weise interessant. Einmal durch das agitatorisch ungemein wertvolle Material, das die Artikel enthalten, und zweitens durch die ungläublich läppische Art, wie das führende konservative Organ den wirklichen Sachverhalt zu fälschen sucht!

Der Einfluß der vom Herrenhaus beschlossenen Art der Maximierung wird nämlich von der „Kreuz-Zeitung“ vollständig falsch dargestellt! Er wird als eine anti-plutokratische Abschwächung der Fassung des Abgeordnetenhauses dargestellt, während er in Wirklichkeit auf eine fast vollständige Aufhebung der Maximierung hinausläuft! Da nun nicht nur die „Kreuz-Ztg.“ eine solche Fälschung verübt, sondern auch die Zentrumspresse diesen plumphen Schwindel zum Teil wenigstens mitmacht, ist es dringend geboten, solchen Zerrfährungen rechtzeitig energisch entgegenzutreten.

Die „Kreuz-Ztg.“ stellt es so dar, als ob die vom Herrenhaus beschlossene Maximierung die ursprüngliche Fassung der Wahlrechtsvorlage wiederherstelle, wonach künftig alle Steuerbeträge über 5000 M. hinaus bei der Steuer, also auch Massendrittelung nicht mehr in Anrechnung kommen sollten. Die vom Herrenhaus angenommene Fassung, daß, je nach der Größe der Wohnortgemeinde, künftig nur 3000 resp. 6000 M. Steuern in Anrechnung zu bringen sind, deutet das führende konservative Blatt so, daß (da 2/3 der in Frage kommenden Jeniten in den großen, 1/3 in den kleinen Gemeinden wohnen) durchschnittlich überhaupt nur noch 5000 M. Gesamtsteuern in Anrechnung kommen würden, worunter sich 1500 M. Einkommensteuer befinden. Und nun rechnet das Blatt munter folgendermaßen weiter: 1500 M. Einkommensteuer entsprechen einem Einkommen von 44 000 M. Personen mit mehr als 44 000 M. Einkommen waren 1907 in Preußen nur 12 943 vorhanden, die zusammen 57 476 000 M. Einkommensteuer zahlten. Da nun die Einkommensteuer über 1500 M. nicht mehr angerechnet wird, kommen von den 57 476 000 M. Einkommensteuer nur 12 943 × 1500 M. in Anrechnung, also nur 19 400 000 M., sodaß 38 Millionen Mark völlig ausfallen!

Das aber ergebe dann, wie weiter ausgeführt wird, eine kolossale Verschiebung der Masseneinteilung, wodurch 294 000 Wähler künftig mehr in die erste und 354 000 Jeniten in die zweite Klasse aufrücken würden!

Schade nur, daß das alles nur ein ungeheurerlicher Schwindel ist!

Die biedere „Kreuz-Ztg.“ hat offenbar den Beschluß des Herrenhauses gar nicht gelesen!

Was hat das Abgeordnetenhau und was das Herrenhaus in Sachen der Maximierung beschlossen?

Stellen wir die Beschlüsse einander gegenüber:

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses:	Beschlüsse des Herrenhauses:
„Uebersteigt der Gesamtsteuerbetrag eines Wählers die Summe von 5000 M. in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern 10 000 M., so wird der Ueberschuß nicht angerechnet.“	„Uebersteigt die Staatseinkommensteuer eines Wählers die Summe von 3000 M. in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern die Summe von 6000 M., so wird der überschüssige Betrag der Staatseinkommensteuer nicht angerechnet.“

Es wird also nur die Staatseinkommensteuer über 3000 resp. 6000 oder, wenn wir uns die Durchschnittsrechnung der „Kreuz-Zeitung“ zu eigen machen, über 5000 M. nicht angerechnet, alle übrigen Steuern aber gelangen in vollem Betrage zur Anrechnung!

Nicht die Einkommensteuer über 1500 M., sondern erst über 5000 M. kommt künftig nicht zur Anrechnung, was sowohl die in der Regierungsvorlage, als auch die vom Abgeordnetenhause selbst beschlossene Form der Maximierung ganz außerordentlich verschlechtert!

Denn selbst nach dem die Regierungsvorlage beschlechternden Beschluß des Abgeordnetenhauses konnten nur 10 000 M. Gesamtsteuern angerechnet werden. Zahlte also ein Wähler 20 000 M. Einkommensteuer, 200 Proz. Kommunalsteuer = 40 000 M., in ganzen also 60 000 M., so sollten davon nur 10 000 M. in Anrechnung gebracht werden, 50 000 M. aber wegfallen. Nach dem Beschluß des Herrenhauses dagegen fallen nur 15 000 M. Staatseinkommensteuer fort, es gelangen also 45 000 M. Steuern in Anrechnung!

Indem die „Kreuz-Zeitung“ den Beschluß des Herrenhauses dahin fälscht, daß er — nach dem Vorschlag der Regierungsvorlage — nur (durchschnittlich) 5000 M. Gesamtsteuer in Anrechnung bringen wolle, spiegelt er den Lesern vor, daß künftig alle Staatseinkommensteuern über

1500 M. nicht mehr in Anrechnung gelangten, da ja in 5000 M. Gesamtsteuern im Durchschnitt kein höherer Betrag an Staatseinkommensteuer stecke. So kommt sie dann weiter dazu, einen Staatseinkommensteuerausfall von 38 Millionen herauszurechnen!

Unter Zugrundelegung des wirklichen Beschlusses des Herrenhauses ergibt sich ein ganz anderes Bild! Da eine Staatseinkommensteuer von 5000 M. erst von Jeniten gezahlt wird, die beträchtlich über 100 000 M. Einkommen besitzen, kommen bei der Nichtanrechnung der Steuern nicht 12 943, sondern nur etwa 3000 Jeniten in Frage, die nicht rund 58 Millionen, sondern nur etwa die Hälfte dieser Summe an Steuern zahlen. Das macht pro Kopf 10 000 Mark. Da hiervon nur 5000 Mark angerechnet werden sollen, ergibt sich ein Ausfall an Steuern von 15 Millionen, nicht aber von 38 Millionen Mark!

Der Ausfall dieser 15 Millionen auf die Masseneinteilung würde natürlich gleich Null sein! Denn die famose Verschiebung der Massen unter Zugrundelegung des durch eine Fälschung errechneten angeblichen Ausfalls von 38 Millionen bringt die „Kreuz-Zeitung“ obendrein auch nur durch eine zweite Fälschung zustande! Dadurch nämlich, daß sie für die Drittelung nur die Staatseinkommensteuer, nicht aber die auf die einzelnen Klassen entfallende Gesamtsteuerrsumme in Anschlag bringt! Auf diese letztere verrechnet, würden selbst die 38 Millionen nicht von solch einschneidender Bedeutung gewesen sein! Man sieht also: die „Kreuz-Ztg.“ leistet geradezu Phänomenales im Korrigieren der Wahrheit!

Daß die „Kreuz-Ztg.“ mit ihrer Milchmädchenrechnung bewußten Sumpfschwanz zu treiben sucht, dafür noch ein weiteres Zeugnis. Sie könnte sich am Ende damit herauszu—reden versuchen, daß sie leider die Beschlüsse des Herrenhauses nicht gelesen habe. Es wäre aber doch ein mehr als eigentümliches Zusammentreffen, wenn sie nicht wenigstens die ursprüngliche Wahlrechtsvorlage gelesen hätte! In der Begründung der Vorlage der Firma Vehmänn-Falkenhahn aber heißt es über die Wirkungen des vorgeschlagenen Regierungsjahres von 5000 M. Gesamtsteuer (der ja der „Kreuz-Ztg.“ bei ihren Fäselien über die Maximierung des Herrenhauses beständig vorjuchelt!) wörtlich: „Die Maximierung wird danach hauptsächlich den übermäßigen Einfluß ausschalten, den bei der Wahlteilung die Steuerleistungen der „Millionäre“ auf das Wahlrecht ihrer Mitwähler ausüben können. Sie wird im allgemeinen aber doch nur ein mäßiges Aufheben von Wählern der 2. und 3. Abteilung in die 1. und 2. zur Folge haben.“

Offenbar war der plumpe Schwindel der „Kreuz-Ztg.“ nicht nur auf die demagogische Betörung der Massen im allgemeinen angelegt, sondern ganz besonders auch auf die Zerrfährungen der Zentrumsblätter! Man wollte dem Zentrum die Zustimmung zu einer weiteren staubalösen Verschlechterung selbst der vom blau-schwarzen Block ausgehenden Schandreform erleichtern!

Offenkundig entlarvt nun auch die Zentrumspresse dies konservative Täuschungsmanöver!

Die Stichwahlen in Frankreich.

Paris, 7. Mai. (Eig. Ber.) Die Stichwahlen werden voraussichtlich keine Ueberraschungen bringen. Die reaktionäre Opposition dürfte noch einige Mandate verlieren, die geeinigten Sozialisten werden wohl weitere Gewinne machen. Die interessanteste Frage der Stichwahlen betrifft das Verhalten der radikalen Wählerchaft. Das radikale und radikalsozialistische Exekutivkomitee hat die Parole ausgegeben: für die im ersten Wahlgang begünstigten geeinigten Sozialisten zu stimmen. Diese Erklärung rief einen Protest der „demokratischen Allianz“ hervor, jener Vereinigung, die die republikanischen Kreise der Industrie und des Großhandels repräsentiert und die Kandidaturen der im Parlament der „republikanischen Linken“ angehörenden Politiker unterstützt. So daß zum Schluß doch noch ein Zwist im Lager der Regierungsparteien ausgebrochen ist. Man kann in der Erklärung des radikalen Komitees wohl eine Demonstration der politischen Selbstständigkeit der Partei gegenüber Briand sehen, dem ja die Konzentration nach rechts sicher mehr entsprechen würde. Die Erklärung hat aber namentlich die Blätter des großen Ausbeutertums, wie „Temps“ und „Journal des Débats“, in Wut gebracht. Diese hatten schon die antifozialistische Liga vorweggenommen, die ihren ersten Anlauf in Brest zeigte, wo alle bürgerlichen Kandidaten zurücktraten, um durch einen neuen gemeinsamen Kandidaten aller Ordnungsparteien die Wahl unseres Genossen Goude zu verhindern. Indes hat das radikale Komitee die Wähler angewiesen, für den Sozialisten zu stimmen. — Die Frage ist nun, ob die radikalen Wähler überall dieser Aufforderung zur Solidarität der Linksparteien folgen werden. Im ganzen sind es 35 Wahlkreise, wo das Schicksal der sozialistischen Kandidaten von ihrem Verhalten abhängt.

Die Stichwahlstatistik der geeinigten Sozialisten wird im einzelnen von den Föderationen bestimmt. Die Verwaltungskommission der Partei ruft in einer Erklärung die Resolution des Parteitages in Nîmes in Erinnerung, die die systematische Aufrechterhaltung aller Kandidaturen ausdrücklich ausschließt und — mit Zurückweisung des Gedankens tünd

einer Allianz — das Interesse der Arbeiterklasse und des Sozialismus als entscheidend hinstellt. In diesem Sinne hat die Parteiföderation der Seine nur die Kandidaturen aufrecht erhalten, die im ersten Wahlgang die meisten republikanischen Stimmen aufbrachten. Doch sind zwei Disziplinbrüche zu verzeichnen. In Charenton beharrt Genosse Coste, im 12. Pariser Arrondissement Genosse Dr. Ruy auf seiner Kandidatur. Ruy war der Gegenkandidat Millierands. Die Föderation hat keine Veranlassung gefunden, für diesen Wahlkreis eine Ausnahme zuzulassen — wie sie allerdings mit der noch nicht aufgehobenen Resolution Cochin, die die Unterstützung der sog. „Unabhängigen“ unterjagt, motiviert werden konnte. Doch liegt nur eine einfache Zurückziehung der Kandidatur vor, nicht etwa eine Unterstützung Millierands, der übrigens vor seinem nationalistischen Gegner einen bedeutenden Vorsprung hat.

Eine dem Parteibeschluß widersprechende allgemeine Stichwahlparole hat Hervé ausgegeben, der — als Revanche für den 1. Mai — empfiehlt, überall für die Gegner der Regierungsparteien zu stimmen, also die bürgerliche Demokratie sozusagen zu „sabotieren“. Vermutlich wird er noch weniger Erfolg haben, als seine „antiparlamentarischen“ Freunde im ersten Wahlgang, die immerhin einigen sozialistischen Kandidaten Schaden zufügen konnten. Vereinfachungsweise suchen die Reaktionen diese Agitation auszunutzen und appellieren in einzelnen Bezirken an die Syndikalistin. Ein syndikalistisch tuender Anwalt, Herr Bonzon, ist ihnen auch entgegengekommen und sucht in dem Kampf zwischen dem jesuitischen Merikalen Auffron und dem republikanischen Intellektuellen Prof. Painlevé, dessen Enthusiasmus für soziale Gerechtigkeit allerdings seit der Dreyfus-Affäre bedenklich abgetüht ist, für den ersteren Stimmung zu machen.

Von der Wahlsituation in der Provinz wäre zu berichten, daß Genosse Varenne die ihm angebotene Kandidatur gegen den Radikalen Vasserre in Beziers nicht angenommen hat. Vasserre liegt tief im Süden, dort, wo die Politik schon recht wild und zu einem Kampfe lokaler Claque und Sippen verzerrt ist. Das geht auch daraus hervor, daß die radikalen Anti-Lasseristen, bloß um diesen ihren Gegner zum Fall zu bringen, das Mandat den Sozialisten zuzuhängen wollten, obzwar diese im ersten Wahlgang nur eine unbedeutende Minorität der Stimmen auf Genossen Niel vereinigt hatten. Da Varenne das Mandat von der Gnade aber besser von der Rancune der radikalen Lokalopposition nicht annehmen wollte, boten diese es dem in Marseille durchgefallenen Genossen Carlier an, der indes gleichfalls zurückgelehnt, auf diese Art ins Parlament zurückzukehren.

Sieg der Sozialdemokratie.

Paris, 9. Mai 1910. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Stichwahlen haben der geeinigten Partei einen großen überaus erfreulichen Erfolg gebracht. 47 Sozialdemokraten sind gestern gewählt worden, 29 Mandate hat die Partei neu gewonnen und nur 8 verloren. Darunter sind allerdings einige schmerzliche Verluste. In Paris sind Allemane, Brousse und Dubois, in Toulon Harb, in Montlucon Constans unterlegen. In Paris wurden im ganzen 4 Mandate gewonnen und drei verloren. Die Verluste sind dem Umstand geschuldet, daß die Radikalen versagten und sich zum großen Teil der Stimme enthielten. Allemanes Durchfall ist auch auf Rechnung der törichtsten antiparlamentarischen Agitationen zu setzen. In der Provinz machten dagegen die Radikalen die Hehe gegen den Sozialismus nicht mit und im Süden wurden stellenweise Merikale Stimmen für den Sozialisten abgegeben.

Die sozialdemokratische Fraktion wird in der neuen Kammer 76 Mitglieder zählen gegen 55 in der alten. Zaurès wurde in Albi mit 6445 Stimmen gegen Falguerettes gewählt, der 5843 Stimmen erhielt. Bemerkenswert erscheint die Wahl von Goude in Breit gegen den Kandidaten des bürgerlichen Wirtschafters Goude ist Arsenalarbeiter, der wegen „antipatriotischer“ Kundgebungen gemahregelt wurde, seine Wahl ist ein wirklicher Protest gegen die Unterdrückung der staatsbürgerlichen Freiheit der Staatsarbeiter. Der Wahlsieg wurde durch einen großen Demonstrationsszug gefeiert. Die Menge zog unter Abfingung der Internationale vor die Wohnung des reaktionären Bürgermeisters und forderte ihn durch Zurufe zur Demission auf.

Das Gesamtergebnis der Wahlen ist ein Sieg der oppositionellen Parteien. Die Reaktionen haben ihre Stellungen behauptet. Die Kosten der sozialistischen Gewinne muß die radikale Linke tragen. Die Radikalen und „unabhängigen“ Sozialisten, von denen die letzteren überhaupt sehr schlecht abgeschnitten haben, bilden jetzt nicht mehr allein die Majorität. Zunahme der Sozialdemokratie und Schwächung des bürgerlichen Radikalismus ist auch das charakteristische dieser Wahlen gewesen.

Das Gesamtergebnis.

Paris, 9. Mai. Um 8 Uhr 30 Minuten morgens waren die Ergebnisse von 225 Stichwahlen (von insgesamt 229) bekannt. Es sind gewählt 20 Republikaner, 104 Radikale und Sozialistisch-Radikale, 18 unabhängige Sozialisten, 47 unifizierter Sozialisten, 28 Progressisten, 4 Rationalisten und 9 Konservative oder Liberale. Vier Wahlergebnisse stehen noch aus. Einschließlich der

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Spaltenbreite oder deren Raum 20 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Stellenstellen-Anzeigen das erste Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Ergebnisse der Hauptwahl gewinnen die Republikaner 11 Sitze und verlieren 12, die Radikalen und Sozialistisch-Radikalen gewinnen 29 und verlieren 42 Sitze, die unabhängigen Sozialisten gewinnen 5 und verlieren 11 Sitze, die unifizierten Sozialisten gewinnen 29 und verlieren 9 Sitze, die Progressiven gewinnen 18 und verlieren 9, die Nationalisten gewinnen 3 und verlieren 5, die Konservativen und Liberalen gewinnen 4 und verlieren 9 Sitze.

Die Zusammensetzung der Kammer.

Paris, 9. Mai. Die Kammer wird folgende Zusammensetzung aufweisen: 79 Republikaner, 262 Radikale und Sozialistisch-Radikale, 28 unabhängige Sozialisten, 76 unifizierte Sozialisten, 72 Progressiven, 16 Nationalisten und 62 Konservative. Die Zahl der Neugewählten beträgt 201, von denen 8 in neu errichteten Wahlkreisen gewählt wurden.

Einzelresultate.

Paris, 9. Mai. Auf den Boulevards herrschte infolge der Stichwahlen lebhafteste Bewegung. Große Menschenansammlungen standen vor den Transparenten der Blätter, welche die Wahlergebnisse anzeigen. Mit großem Geheul wurde die Nachricht von der Wiederwahl Millerands aufgenommen, der mit der knappen Majorität von 26 Stimmen über seinen nationalistischen Gegenkandidaten siegte.

Unter den Neugewählten befinden sich auch die antiklerikalen Professoren Thalamas und Painléve, während der frühere Vizepräsident der Kammer, Dubief, und der intrigante Generalberichterstatter des Budgets, Doumer, durchgefallen sind. Der frühere Kammerpräsident Brisson ist in Marseille mit 6681 Stimmen gegen Brion, der 5228 Stimmen erhielt, wiedergewählt worden.

Die Wahlen in Spanien.

Madrid, 9. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die spanischen und mit ihnen die Sozialisten aller Länder werden mit Freuden die Nachricht vernehmen, daß Pablo Iglesias, der ausdauernde unermüdete Vorkämpfer des Sozialismus, der Führer der Partei und Leiter ihres Zentralorgans „El Socialista“ endlich trotz aller Wahlkorruption und Wahlbeeinflussung in die Kammer einzieht.

In Madrid erfocht die Liste der vereinigten Republikaner und Sozialdemokraten einen glänzenden Wahlsieg. Die Majorität beträgt 11 000 Stimmen. Auch im übrigen Lande haben die Republikaner und Sozialisten trotz der amtlichen Wahlmachere große Fortschritte gemacht; in allen größeren Städten, wie in Bilbao, wo es zu stürmischen Protesten gegen die Wahlbeeinflussungsversuche kam, Barcelona, Valencia und Malaga blieb ihre Liste siegreich. Im ganzen bedeuten die Wahlen einen starken Zug nach links. Das System Maura erscheint überwunden.

Wahlergebnisse.

Madrid, 9. Mai. Die Ergebnisse der Wahlen sind zwar noch unvollständig, indessen nimmt die Regierung folgenden Ausfall an: 230 Liberale, 104 Konservative, 45 Republikaner, 1 Sozialist, und der Rest verteilt sich auf Katholiken, Anarchisten, Regionalisten und Integristen. Die ministerielle Majorität soll die Vereinigten Oppositionsparteien um etwa 60 Stimmen übertreffen. Unter den Gewählten befinden sich der Führer der Liberalen Moret, der Führer der Konservativen Maura, Unterrichtsminister Graf Romanones, der Bürgermeister von Madrid François Rodriguez, die Führer der republikanischen Partei Melquiades Alvarez, Solórzano Ortega und Ferron, Schriftsteller Perez Galdos sowie der Führer der sozialistischen Partei Iglesias. Der Führer der katalanischen Vereinigung Cambó ist unterlegen; dies bedeutet für die Partei eine schwere Niederlage.

Der Ministerpräsident erklärte, er sei erfreut über die Ruhe, mit der sich die Wahlen vollzogen hätten.

Preßstimmen.

Madrid, 9. Mai. Die Zeitungen heben mit Befriedigung den ruhigen Verlauf der Wahlen hervor und konstataren das beträchtliche Anwachsen der republikanischen Stimmen sowie das erste Erscheinen eines Sozialisten in der Deputiertenkammer. Der „Liberal“ meint, es sei gestern ein großer Schritt vorwärts getan, der jede Reaktion unmöglich mache. „El País“ schreibt, der gestrige Tag beweise, daß das spanische Volk der Freiheit würdig und imstande sei, sie zu erobern.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Mai 1910.

Aufräumungsarbeit im Reichstag.

Aus dem Reichstag, 9. Mai. Als Hauptarbeit für die letzten Tage der Reichstagsitzungen vor der Vertagung ist die Erledigung des Kaligesezes in Aussicht genommen. Da dessen zweite Lesung erst am Dienstag an die Reihe kommen kann, war auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung eine ganze Reihe von Vorlagen gesetzt, die namentlich meist ohne Debatte, in dritter Lesung genehmigt wurden.

Lebhafte Auseinandersetzungen gab es nur bei zwei Petitionen, deren 26 erledigt wurden. Die eine war eine Petition wegen der Entschädigung von Zündwarenarbeitern, die durch die Zündwarensteuer außer Arbeit gekommen sind. Trotz des Hinweises der Sozialdemokratie auf die Notlage, in die die Zündwarenarbeiter notwendigerweise versetzt werden müßten, wenn die hohe Steuer zur Produktionseinschränkung führen würde, hatte die Schnapsblockade bei Erlass der Steuererlasse keine Bestimmungen wegen Entschädigung dieser Arbeiter in das Gesetz eingefügt. Jetzt sind auch diese Arbeiter außer Brot gekommen und in die bitterste Not geraten.

Ihre Petition wegen einer zu gewährenden Beihilfe war von der Petitionskommission zur Berücksichtigung empfohlen worden. In der Debatte wiesen die Genossen Drey und Sasse in eindringlichen Worten nach, daß der Reichstag eine Ehrenschuld zu erfüllen habe, indem er die Regierung zur Abhilfe der durch das Zündwarengesetz verursachten Not unter den Kernsten der Armen anhielte. Handte es sich doch obendrein nur um einige Hunderttausend Mark. Da auch seitens der anderen Parteien in ähnlichem Sinne gesprochen wurde, beschloß der Reichstag schließlich einstimmig gemäß dem Antrage der Kommission, die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Gleichfalls zu einem einmütigen Votum kam der Reichstag dann bei der Petition des Wirklichen Geheimen Kriegsrats Hienbrock in Friedenau, der behauptet, in zweckwidriger Weise seines Amtes als höherer Intendantenbeamter entzogen

zu sein und in seiner Petition nicht nur Remedur gegen diese Maßregelung, sondern auch eine Reform des Verhältnisses der Militärintendanten forderte. In der Diskussion trat zu Tage, daß gegenwärtig die Militärintendanten sich in einem ganz unklaren Verhältnis befinden, indem sie eigentlich dem Kriegsministerium unterstellt sind, dabei aber auch noch Befehle von den kommandierenden Generalen entgegenzunehmen haben. Der Abg. Erzberger führte einige bestimmte Vorkommnisse an, aus denen hervorgeht, zu welchen Mißbräuchen dieser Zustand führt. Trotzdem nun schon in der Kommission diese unhaltbaren Zustände erörtert waren, hatte weder das Kriegsministerium noch der Bundesrat es für nötig befunden, zu der Verhandlung einen Vertreter zu schicken. Das wurde von verschiedenen Seiten scharf gerügt. Darauf stellte der Abg. Belzer (Z.) als Vorsitzender der Petitionskommission den Antrag, die Petition zu verlegen, um der Regierung Gelegenheit zu geben, sich bei der neuen Verhandlung vertreten zu lassen. Dieser Antrag, der eine unzweideutige Klage für die Regierung enthält, wurde einstimmig vom Hause angenommen.

Am Dienstag steht die zweite Lesung des Kaligesezes auf der Tagesordnung.

Kirchturnöppel.

In Abgeordnetenhause wurde am Montag die Beratung der ersten Lesung der Sekundärbahnvorlage fortgesetzt. Wie stets an solchen Tagen brachte eine große Anzahl Redner — es waren wohl an die fünfzig — ihre speziellen Wünsche über Bauanfrage, Ausbau und Umbau von Sekundärbahnlinien vor. Die Debatte, wenn man in diesem Falle überhaupt von einer solchen sprechen darf, verlief sich vollständig in die kleinliche Vertretung von Kirchturnöppeln; hatten die einzelnen Redner ihre Sprüche herbeigeholt, gingen sie vergnügt in die Restaurationsräume, so daß kaum ein Dutzend Abgeordneter im Saale anwesend war.

Um 3¼ Uhr wurde die Weiterberatung auf Dienstag vormittag 10 Uhr verlegt. Auf der Tagesordnung stehen außer der Sekundärbahnvorlage noch Petitionen.

Ein hochanständiges Blatt.

Zu den Blättern, die am schärfsten gegen die „Probität“ in der Literatur eifern und für die „Reinhaltung“ des deutschen Hauses, besonders des germanischen Bauernhauses schwärmen, gehört die von dem großen Dichter Dr. Georg Dertel redigierte ephemerische „Deutsche Tageszeitung“. Das hindert nicht, daß diese selbe „Deutsche Tageszeitung“ selbst der von ihr als „Schmutz“ bezeichneten Literatur zum Eindringen in das reine Bauernhaus verhelfen will, wenn sie dafür entsprechend bezahlt wird. Wie uns aus München gemeldet wird, hat die „Deutsche Tageszeitung“ am 8. Mai 1910 den Verlag Albert Langen („Simplicissimus“) um Zuwendung von Inseratbelegen angebetelt. In dem Schreiben heißt es: „Für Ihre Verlagsartikeln gibt es ein großes Abgabebiet, das Sie noch lange nicht genug geschäftlich ausgenutzt haben — es ist dies der deutsche Großgrundbesitz. Sie haben ein bequemes und billiges Mittel, mit diesem Elite-Publikum in Verbindung zu treten, wenn Sie Ihre Prospekte der „Deutschen Tageszeitung“ beilegen.“

Noch etwa 10 Tage vorher hat dieses Blatt Peter und Morio über den Verlag Langen und den „Simplicissimus“ geschrieben und zum Wohltat dieses Verlages aufgefordert. Aber es will gegen 10 M. pro Tausend Belegen, also in Summa für 280 M. 50 Pf. das Vaterland und den lieben Gott vergessen und sein Elite-Publikum mit Langenschen Verlagswerken vergiften. Leider ist in dem Briefe nicht gesagt, wie lange nach erfolgter Verzählung der Schimpfzettel gegen den „Simplicissimus“ ruhen soll und wie bald wieder 280 M. 50 Pf. fällig werden.

Wie wäre es übrigens, wenn man Aufrufe für das allgemeine Wahlrecht als Inseratbelegen der „Deutschen Tageszeitung“ beifügen würde? Mit fünf bis zehnmal 280 M. könnte man vielleicht das Elitepublikum, den deutschen bäuerlichen Grundbesitz, für die Sache gewinnen.

280 M. ist nicht viel; es gibt Prostituierte, die mehr verlangen.

Nachträgliches zum Hausnechtsparagrafen.

Die jetzt erschienene Abstimmungsliste über die namentliche Abstimmung, ob der Hausnechtsparagraf mit der Abänderung des Herrn Roeren in die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses eingefügt werden soll oder nicht, bietet recht interessante Einzelheiten. Nur ein einziger Zentrumsabgeordneter, der Amtsrichter Kuhn aus Ahrensweiler, hatte den Mut, gegen den Hausnechtsparagrafen zu stimmen. Im übrigen setzte sich die Minorität von 74 Abgeordneten zusammen aus unseren Genossen, den Polen, den Freisinnigen und der großen Mehrheit der Nationalliberalen. Von den Nationalliberalen stimmten vier mit der Mehrheit, und zwar waren es bezeichnenderweise fast sämtlich Vertreter großindustrieller Wahlkreise. Zur konservativ-kerikalen Mehrheit schlugen sich der Essener Handelskammerpräsident Hirsch, der Wittener Oberbürgermeister Haarmann, der erst kürzlich in Halle-Berford neu gewählte bündlerische Nationalliberale Meyer zu Jerrendorf und der Berliner Landesgerichtsdirektor Dr. Roehling, der in Saarbrücken gewohnt ist. Im übrigen bestand die Mehrheit aus den beiden konservativen Parteien und dem Zentrum. Doch Glard von Oldenburg für den Hausnechtsparagrafen stimmte, durch den dem Polizeileutnant mit den 10 Mark zwar nicht das Recht gegeben werden soll, das Parlament aufzulösen, wohl aber Sozialdemokraten an die frische Luft zu befördern, soll zuerst hervorgehoben werden. Dann aber muß der Zentrumsabgeordnete Bartscher, Dr. H. Gronowski und Sauermann sogleich an zweiter Stelle gedacht werden. Diese Herren, die als sogenannte Arbeitervertreter des Zentrums gelten und von denen drei gegen bestimmte Zusicherungen nur mit Hilfe unserer Partei gewählt worden sind, haben in dieser Abstimmung erneut bewiesen, wie absolut ungeeignet sie zur Vertretung von Arbeiterinteressen sind. Noch eine Abstimmung bietet besonders Interesse. Zu den Insagern gehört auch der freikonservative Abgeordnete Graf Poltzke, der bekannte Klosterprobiß und Weiterkunos. Er hatte seinerzeit im Plenum feierlich erklärt, er werde sein Mandat in die Hände seiner Wähler zurückgeben, wenn die Verschärfung der Geschäftsordnung nicht nach vor Erledigung der Wahlreform vorgenommen würde. Der Mann ist jetzt fein heraus, denn die Mehrheit hat so schnelle Arbeit gemacht, daß er seine fürchterliche Drohung nicht wahrzumachen braucht. Unter den 30 Abgeordneten, die der Abstimmung ohne Entschuldigung fernblieben, befinden sich allein 25 Zentrumsabgeordnete, darunter die Herren Giesberts und Dr. Pieper, die vielfach auch noch als Vertreter der Zentrumsarbeiter angesehen werden und die sich auf diese bequeme Weise um eine Stellungnahme herumdrücken.

Die Jungliberalen und die preussische Wahlreform.

Zu den Reaktionen der Jungliberalen glaubt man in richtiger Würdigung des reaktionären Charakters der nationalliberalen Landtagsfraktion allem Anschein nach selber nicht, daß diese gegen die im Herrenhaus „verbesserte“ Wahlrechtsvorlage stimmen wird und fordert deshalb, um einen Druck auf die alten Herren der Fraktion und auf die Parteileitung auszuüben, die Einberufung eines preussischen Vertreterlages der nationalliberalen Partei. In dem in Köln erscheinenden Organ der Jungliberalen, den „Nationalliberalen Blättern“, heißt es:

Der Antrag Schorlemer ist ziemlich bedeutungslos für die nationalliberale Partei, da er den Anträgen der Fraktion bezüglich der Drittelung keineswegs gerecht wird. Viel wichtiger als die Drittelungsfrage muß uns ja auch nach den Magdeburger Verhandlungen die direkte und geheime Wahl sein und kein Mensch wird behaupten, daß die auch vom Herrenhaus beschlossenen diebezüglichen Beschlüsse den aufgestellten Forderungen entsprechen. Mancherlei ist schon bei den Verhandlungen um die Herstellung der Wahlrechtsreform von diesen Magdeburger Beschlüssen geoffert worden, so ein brauchbares Pluralwahlrecht und vor allem die Neueinteilung der Wahlkreise. Aber auch andere Wünsche der Fraktion sind durch die Herrenhausbeschlüsse alles weniger als erfüllt. Nach allem ist es unmöglich anzunehmen, daß die Fraktion schon jetzt bindende Beschlüsse gefaßt hat; die allzu kengstlichen bitten wir, sich in Ruhe zunächst zu gebulden.

Wir möchten jedenfalls der Fraktion anheimgeben zu erwägen, ob es nicht jetzt angebracht ist, einen preussischen Vertretertag einzuberufen und ihm die Entscheidung in diesem wichtigen, bedeutungsvollen Augenblick zu überlassen. Eine Zustimmung zu der jetzigen Vorlage ohne einen solchen Vertretertag, eine Zustimmung, die auf wesentlich anderer Grundlage als die Magdeburger Beschlüsse beruht, halten wir für ganz ausgeschlossen und für die Fraktion unmöglich. Eine Klärung ist vorabigt not; je eher sie kommt, je besser!

Der Vorschlag mag recht gut gemeint sein; die nationalliberale Parteileitung wird ihn aber schwerlich befolgen; denn wenn auch ein Teil der nationalliberalen Intellektuellen und der kleineren Geschäftsleute für die direkte und geheime Wahl eingenommen sein mag, so wollen doch die Großindustriellen des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, die Geldgeber der nationalliberalen Partei- und Wahlkreise, davon nichts wissen. Sie erklären: „Wenn Ihr für die geheime Wahl stimmt, zahlen wir nichts mehr!“ — und dieses schöne Argument wirkt stärker auf die Gemüter der Parteiführer des Nationalliberalismus, als alle Berufungen auf die liberalen Prinzipien.

Für Finnland!

In der Wandelhalle des Reichstags zirkuliert zurzeit eine an die russische Reichsduma zu richtende Petition über die finnländische Verfassung. Diese Petition, die bereits die Unterschriften der meisten fortschrittlichen und sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten trägt, richtet sich gegen den Rechtsbruch, den der Zarismus an Finnland zu begehen im Begriffe ist, und stützt sich auf die Gutachten einer Anzahl der hervorragenden Rechtsgelehrten in Deutschland, England, Frankreich und Holland, die die Unantastbarkeit der finnländischen Verfassung feststellen. Die Petition erkennt zwar an, daß diese Angelegenheit eine innere Angelegenheit Rußlands (?) ist, und die Mitglieder des Deutschen Reichstags erklären ausdrücklich, daß es ihnen vollständig fern liege, sich in diese Angelegenheit einzumischen zu wollen. Wenn sie trotzdem sich an die russische Reichsduma wenden, so geschieht es lediglich aus der aufrichtigen Überzeugung heraus, daß diese dazu beitragen werde, das gute Einvernehmen zwischen Deutschland und den Vertretern des russischen Volkes zu stärken und zu befestigen. Die Abgeordneten sprechen die Hoffnung aus, daß die Vertreter des russischen Volkes mit Entschlossenheit für die Aufrechterhaltung der Freiheit und der gerechtfertigten Forderungen Finnlands eintreten werden. Mehrfach lautende Eingaben gehen von London, wo bereits 163 Parlamentarier ihre Unterschrift gegeben haben, sowie von Brüssel und Amsterdam in nächster Zeit an die russische Reichsduma ab.

Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenhauses hat die Wahl des Abg. Färbringer (nall.) [L. Kurich, Norden, Emden] für ungültig erklärt, weil Verträge gegen das Wahlreglement vorgekommen sind. In einem Wahlbezirk wurden die Stimmen aller Wahlmänner für ungültig erklärt. An der absoluten Mehrheit fehlte deshalb dem Kandidaten nach Abzug der ungültigen Stimmen gerade eine Stimme.

Ich bin der Bürgermeister, bin Posen's größtes Licht!

Herr Dr. Wilms, Posens Oberbürgermeister, ist zwar gegen das Reichstagswahlrecht, aber für die freie Meinungsäußerung. Der Freisinnige Verein in Posen hatte, wie wir dieser Tage berichteten, zu dem Angriff des Herrn Wilms auf das Reichstagswahlrecht, den er in einer im Herrenhause gehaltenen Rede unternahm, Stellung genommen. In einer Resolution wurde das Verhalten des Oberbürgermeisters mißbilligt. Der Herr Oberbürgermeister hat nun darauf geantwortet und sich in dieser Antwort ganz entschieden dagegen verwahrt, daß verjast werde, daß ihm verfassungsmäßig zustehende Recht auf freie Meinungsäußerung zu beschränken. In seinem Antwortschreiben heißt es wörtlich:

„Indem ich mich beehre, Ihnen den Empfang der Resolution der freisinnigen Versammlung vom 8. Mai zu bestätigen, gestalte ich mir folgendes zu dieser Resolution ganz ergeben zu bemerken: Die Form der Resolution — Ausdruck des Bekremdens — und der Gang der Diskussion — Behandlung meiner amtlichen Stellung und Wiederwahl — erwecken den Eindruck einer Beeinflussung des mir verfassungsmäßig zustehenden Rechts auf freie Meinungsäußerung. Hiergegen muß ich entschieden Verwahrung einlegen.“

Vor seiner Wahl zum Oberbürgermeister war Herr Dr. Wilms weit weniger eingenommen für die freie Meinungsäußerung. Er hat damals den Posener Bürgern nichts davon erzählt, daß er gegen das Reichstagswahlrecht sei — wahrscheinlich, weil er wußte, daß er dann nicht gewählt werden würde. Freilich sind auch die Posener Freisinnigen keine politischen Lamen; denn sie wußten vor der Wahl, daß Herr Wilms nationalliberal sei, und zwar rechtsnationalliberal. Rechtsnationalliberale pflegen aber nicht an übermäßigen Liberalismus zu leiden.

Die Staatsaktion in Braunschweig.

Braunschweig, 9. Mai.

Die Verhandlung des Wahlrechtsprozesses wurde heute fortgesetzt. Von der Verteidigung sind noch 42 Zeugen geladen worden, die zunächst bis Mittwoch beurlaubt wurden.

Heute wurden 18 Zeugen vernommen. Die Aufnahmen ergaben das aus solchen Prozessen bereits gewohnte Bild: Ein Teil der Zeugen will gesehen haben, wie die Polizei mit Eisstücken betornten wurde, ein anderer Teil bestätigt, daß die Polizei grundlos dreingeschlagen habe. Der als Zeuge vernommene Landesyndikus erklärte, das Mandat des Genossen Dr. Jasper sei vom Braunschweigischen Landtag deshalb für ungültig erklärt worden, weil zwei auf den Namen Jasper lautende Stimmzettel ineinandergefaßt als ein Zettel abgegeben wurden. Diese Stimme hätte vom Wahlvorsteher nicht als gültig erklärt werden dürfen.

Ein bürgerlicher Geschäftsführer und ein älterer Arbeiter beklagten, daß sie von der Polizei ohne Grund mit dem

Säbel geschlagen worden seien. Der betreffende Polizist kann sich an nichts mehr erinnern. Ein Staatsanwalt war bei dem Gedränge mit in den Demonstrationszug gekommen und mußte als Zeuge zugeben, daß er wohl etwas ängstlich geworden war, daß es aber der Menge, wenn sie hätte Widerstand leisten wollen, eine Kleinigkeit gewesen wäre, die paar Polizisten über den Haufen zu rennen. Die Verhandlung wurde dann auf Mittwoch vertagt.

Neuwahl in Cannstatt-Ludwigsburg.

Der nationalliberale württembergische Reichs- und Landtagsabgeordnete Hieber soll zum Lohn für seine Tätigkeit bei der Schaffung des neuen württembergischen Volksschulgesetzes mit dem durch das Gesetz geschaffenen Posten eines Direktors des evangelischen Oberschulrates bedacht werden. Da er jetzt Gymnasialprofessor ist, bedeutet das eine Beförderung, wodurch seine Mandate erlöschen. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ und der „Hannoversche Courier“ melden, Hieber werde zum Reichstag nicht wieder kandidieren, da sein neues Amt ihm die Ausübung des Reichstagsmandats nicht erlaube; der „Schwäbische Merkur“ dagegen glaubt, Hieber werde sich wieder aufstellen lassen. Die letzte Ansicht dürfte die richtige sein. Daß Herr Hieber wieder in den Reichstag einzeln wird, ist freilich recht zweifelhaft, denn bei der letzten Reichstagswahl im Jahre 1907 erhielt er im Wahlkreise Cannstatt-Ludwigsburg 18 787, unser Genosse Reil 15 488 und der Zentrumskandidat 98 Stimmen.

Sozialdemokratische Kandidatur in Friedberg-Wüdingen.

Am Sonntag stellte eine Kreisversammlung der sozialdemokratischen Partei im hessischen Reichstagswahlkreise Friedberg-Wüdingen einstimmig dem Genossen Partesekretär Busold in Friedberg als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl auf. Busold, der bereits im Jahre 1907 kandidierte, war damals in der Stichwahl mit 8492 gegen 11 518 nationalliberale Stimmen unterlegen.

Außer Busold kandidieren bekanntlich Rechtsanwalt Dr. v. Helmolt für den Bund der Landwirte und Professor Calkes für die Nationalliberalen und Freisinnigen.

Zur Bremer Lehrerschaft.

Bremen, 8. Mai. Genosse Freuthal hatte gegen die Zeugniszwangshaft, die vom Untersuchungsrichter über ihn verhängt wurde, beim Senat Beschwerde erhoben. Er erhielt einen ablehnenden Bescheid und heute, nachdem die 20 Tage Strafkraft wegen Zeugnisverweigerung abgelaufen sind, wurde er weiter in Haft gehalten.

In der Antwort des Senats heißt es, der Untersuchungsbeamte habe seine Kompetenz nicht überschritten und die Aussage Freuthals sei für den weiteren Gang der Voruntersuchung von wesentlicher Bedeutung. Es seien zwar die an dem Telegramm Beteiligten bekannt, so daß Freuthal gar nicht über noch nicht bekannte Personen, die vielleicht auch als Zeugen in Frage kommen könnten, ausfragen sollte, sondern über die Abfindung des Telegramms.

Das Schönste an diesem Bescheid ist, daß Genosse Freuthal bei der Abfindung des Telegramms gar nicht mehr zugegen gewesen ist. Er soll also über etwas ausfragen, was er, falls er überhaupt etwas weiß, nur vom Hörensagen wissen kann. Und dabei sind der Behörde, wie sie selbst angibt, die Teilnehmer an dem schändlichen Verbrechen bekannt! Die Aufrechterhaltung der Zeugniszwangshaft ist demnach noch viel ungeheurer, als sie an sich schon ist.

Man sieht an der Antwort des Senats, wie sehr sich die Regierung des „liberalen“ Bremens Mühe gibt, Preußen an reaktionären Taten zu übertrumpfen.

Der Proporz zum bayerischen Landtag.

München, 6. Mai. Es liegt ein Antrag der liberalen Partei vor, die Verhältniswahl bei den Landtagswahlen zur Einführung zu bringen. Sie soll die jetzt geltende Mehrheitswahl ersetzen.

In der Begründung geht der Abgeordnete Goldschmidt zunächst auf die Geschichte des Proporz in bayerischen Parlamenten ein und führt an, daß die liberale Partei schon in früheren Jahren in der Kammer Anträge auf Einführung der Verhältniswahl gestellt habe.

Jetzt habe sie den Antrag wiederholt, weil neue Momente aufgetreten wären: die Einführung des Gemeindeproporz, die neueren Erfahrungen in anderen Ländern und die Resultate der letzten bayerischen Landtagswahlen. Was das Zentrum, wenn auch in verästeltem Maße, für die Gemeindegewahl gewährt habe, müsse es konsequenterweise auch für die Landtagswahlen gewähren. Der liberale Redner bringt ein reiches Material zustimmender Äußerungen aus liberalen Kreisen und Zeitungen. Wer die Rede des liberalen Redners und die Zustimmungäußerungen seiner Freunde anhört und die traurige Geschichte dieser traurigen Partei in bezug auf Wahlrechtsformen im Reich und den Bundesstaaten nicht kennt, könnte an die Ehrlichkeit der Motive der Aktion glauben. So aber kann der Antrag nur als der Ausdruck des Parteioptimus des bayerischen Liberalismus gelten. Er will den Proporz in Bayern nur deshalb, weil er mit ihm bessere Wahlgeschäfte zu machen hofft. In anderen Staaten sind die Liberalen die heftigsten Feinde desselben.

Der Redner des Zentrums, Freiherr v. Raisen, gab dieser Auffassung sofort Ausdruck mit dem Hinweis auf die Haltung der liberalen Partei im Reich und jetzt in Preußen. Im übrigen spricht er sich in der entschiedensten Weise gegen den Proporz aus. Er führt verschiedene Gründe gegen ihn ins Feld, besonders aber, daß die schlaueste Bevölkerung des Landes von der fluktuierenden der Stadt nicht majorisiert werden dürfte.

Ihm schließt sich im wesentlichen der Bauernbündler Wedz an, während der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Segitz sich rückhaltlos für den Antrag als einer alten sozialdemokratischen Forderung ausspricht. Er weist auch darauf hin, daß unsere Partei noch viel weitgehendere Forderungen auf dem Gebiete des Wahlrechts zu stellen habe, zum Beispiel Einführung des Frauenwahlrechts.

Der Schlagredner, Müller-Weinungen, redete noch sehr viel und machte die Sache nicht besser. Sehr schön von ihm war es, daß er die Haltung des Zentrums in der Frage der preussischen Wahlreform scharf kritisierte. Ob er wohl von der traurigen Haltung seiner eigenen Partei nichts weiß?

In parlamentarischer Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt gegen die Stimmen der Liberalen und Sozialdemokraten, des Zentrumsführers Dr. Schädlers und einiger Bauernbündler.

Der Bierkrieg in Bayern.

Der seit Wochen vorläufig nur in Niederbayern tobte, beginnt nun auch in den Industriezentren. Dort ist die Bierpreisverhöhung mit dem 1. Mai eingeführt worden, in den Großstädten soll sie erst am 15. Mai beginnen. — In München wird Freitagvormittag eine von 2000 Gastwirten besuchte Protestversammlung statt; sie protestierte dagegen, daß die Brauereien von den 2. M. Erhöhung, die eintreten soll, den Wirten nur 50 Pf. geben wollen, während die Wirte für sich 1,20 M. in Anspruch nehmen. Die Wirte erwarten

in ihrem Kampfe gegen die Brauereien die Unterstützung der organisierten Arbeiterchaft. Nach Schluß der Versammlung zogen 2000 Wirte in geschlossenem Zuge durch die Stadt, vorbei am Geschäftshaus der „Frankischen Tagespost“, vor dem Betrieb der größten und führenden Brauerei, wo sich der Zug dann auflöste.

Am Abend nahm eine Versammlung von 250 Vertrauensmännern der organisierten Arbeiter Stellung zum Bierkrieg. In der sehr ausgiebigen Aussprache kam zum Ausdruck, daß es die Arbeiterchaft ablehnt, den Wirten die Kasketten aus dem Feuer zu holen. Wie sich die Wirte mit den Brauereien in die 2. M. teilen, berührt die Arbeiterchaft nicht. Schließlich wurde eine zehngliedrige Kommission gewählt, die mit den Brauereien in Unterhandlung treten soll.

Das Kalisyndikat wünscht hohe Kalipreise.

Die Gesellschafterversammlung des Kalisyndikats hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, die Stellung nimmt gegen die Herabsetzung der Preise für Kohle und Düngegelze. In der Petition werden die Verluste, die durch diese Herabsetzung entstehen, ziffernmäßig belegt, der Gesamtverlust soll über 10 Millionen Mark betragen. Die Petition bittet deshalb um Festsetzung der Preise nach dem Damm-Kölleschen Entwurf.

Oesterreich.

Ein sozialdemokratisches Steuerprogramm.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben die Abschaffung der Liebesgaben an die Branntweinbrenner beantragt, die darin besteht, daß ein Kontingent von 1017 000 Hektoliter Alkohol statt mit 110 nur mit 90 Hektern pro Liter besteuert ist. Mit der Erzeugungsbefreiung für landwirtschaftliche Brennereien und den Exportprämien macht das mehr als 25 Millionen Kronen.

Ferner wird die Streichung der anlässlich der Einführung der Personaleinkommensteuer (1896) gewährten provisorischen Nachlässe von den direkten Ertragssteuern (Grund-, Gewerbe-, Haussteuer) beantragt, die ohnehin kein ehrliches Bekennen des Einkommens zur Folge gehabt haben. Die Grundsteuer bringt heute trotz aller Wertenwertsteigerung weniger als vor 50 Jahren. Zur Einkommensteuer wird auf dem Lande nur der oft um ein Vielfaches zu geringe Katastraleinkommen (ohne Ertrag der Nebengewerbe) herangezogen. Auch dies soll fortfallen, auch die Agrarier sollen ordentlich Steuern zahlen.

Der Antrag enthält ferner die vom Finanzminister geforderten direkten Steuern: Schenkungs- und Erbschaftssteuern, Erhöhung der Personaleinkommensteuer bei Einkommen über 20 000 Kronen pro Jahr bis auf 6 Proz., Erhöhung der Dividendensteuer und Sonderbesteuerung der Anteile der Verwaltungsräte.

Die neuen Steuern sollen erst mit der Reform der wucherischen Hauszinssteuer in Kraft treten, zunächst soll für alle Neubauten eine ausdehnende Steuerermäßigung gewährt werden.

So könnte das Defizit gedeckt werden, ohne dem arbeitenden, konsumierenden Volk irgend welche neuen Kosten aufzuballen.

Die bosnischen Landtagswahlen.

Die bosnischen Sozialdemokraten haben die Aufstellung eigener Kandidaten für die Wahl zum neuen Landtag beschlossen. In sechs Bezirken werden zwei Kandidaten, ein serbischer und ein kroatischer, aufgestellt. Das in Sarajewo erscheinende Parteiorgan „Glas Stoboda“ wird wöchentlich zweimal erscheinen.

Schweiz.

Ein bürgerlicher Staatsstreik gegen die Sozialdemokratie.

Bern, 4. Mai. (Sig. Ber.) Die Verfassung des Kantons Bern enthält die hübsche Bestimmung, daß in der neungliedrigen Regierung auch die Winderheitsparteien vertreten sein müssen. Nun gibt es hier eigentlich gar keine Mehrheitspartei, sondern lauter Winderheitsparteien, von denen im Kanton die freisinnige, in der Stadt Bern aber die sozialdemokratische die stärkste ist. Trotzdem hatte bisher die freisinnige Partei in der Regierung 7, die konservativen 2 Sitze, die sozialdemokratische aber keinen. Aus Anlaß der am nächsten Sonntag stattfindenden Neuwahl der Regierung ist einer der 7 freisinnigen Minister zurückgetreten, und nun beschloß die freisinnige Partei, den freitretenden Sitz im Hinblick auf die Verfassungsbestimmung unserer Partei zu überlassen, aber unter der Bedingung, daß ein Kandidat aufgestellt werde, der ihr gefällt. Ohne Rücksicht auf diese arrogante Bevormundung stellte die sozialdemokratische Partei den Genossen Jzaggen, einen tüchtigen Juristen, der früher Staatsanwalt war, als ihren Kandidaten auf, der aber den Freisinnigen nicht gefällt, so daß sie auf die Verfassungsbestimmung pfeifen und einen Gegenkandidaten aufgestellt haben, den auch die Konservativen unterstützen.

So wird gegen den klaren Wortlaut der Verfassung unsere Partei um die ihr gebührende Vertretung in der Regierung betrogen.

England.

Der Thronwechsel.

London, 9. Mai. Die Proklamation des Königs Georg zum Souverän hat heute früh 9 Uhr mit dem alten Zeremoniell in der City stattgefunden. An Tempelbar gegenüber den Gerichtshöfen war quer über die Straße eine seidene Schnur gespannt. Sie ist ein Sinnbild des Todes, das ehemals an diesem Orte stand. Hier an der Grenze der City versammelten sich der Lordmayor, die Aldermen, Sheriffs und andere Würdenträger mit den City-Trompetern. Von Westen her kam dann die von Horguards eskortierte Prozession der Herolde herangeritten und bat um Erlaubnis, in die City ziehen zu dürfen, um den neuen König zu proklamieren. Nach einem Wechselgespräch, das das mittelalterliche Zeremoniell voranschreibt, gab der Lordmayor die Erlaubnis, die Schranke zu passieren, die unmittelbar hinter der Prozession wieder geschlossen wurde. Der Lordmayor und die Würdenträger der City schlossen sich dem Zuge an, der nach der Börse und anderen Punkten innerhalb der City zog. An jedem dieser Punkte riefen die Herolde den König Georg V. als neuen Souverän aus.

Ämtlicher Befanngabe zufolge wird die Leiche des Königs am 17. Mai in die Westminsterhalle gebracht werden und dort drei Tage öffentlich aufgebahrt bleiben. Abdann wird die Leiche zur Beisetzung am 20. Mai nach Windsor übergeführt werden.

Das Oberhaus trat heute mittag unter Vorsitz des Lordlanglers wieder zu einer Sitzung zusammen, in der weitere Mitglieder dem neuen König den Eid leisteten.

Das Unterhaus trat nachmittag wieder zusammen. Der Sprecher, der zum Besuche seines Bruders, des Vorkassiers, in Konstantinopel geweilt hatte, konnte noch nicht eintreffen. An seine Stelle trat der stellvertretende Sprecher Emmott. Das Haus war sehr gut besucht. Sämtliche Abgeordnete waren in Trauerkleidern erschienen und sahen erblühten Gesichts da. Zunächst leistete Emmott dem Könige Georg sowie seinen Erben und Nachfolgern den Eid. Darauf taten dies die Mitglieder des Hauses, darunter die Minister Grey, Lloyd George, Churchill und Burns.

Bei fast allen Polizeigerichtshöfen wurde heute aus Anlaß der Thronbesteigung des Königs Georg das Verfahren gegen die Angeklagten eingestellt.

Rußland.

Ein Protest der Schtruppen.

Petersburg, 9. Mai. Bei der heutigen Trauerkundgebung der Duma protestierte das Mitglied der extremen Rechten Purischewitsch gegen die Abfindung eines Weilschwielegramms an das englische Parlament, weil solche die Befugnisse der Duma überschreite. Purischewitsch wurde darauf auf Antrag des Präsidenten auf drei Sitzungen ausgeschlossen.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 9. Mai. Nach amtlicher Meldung haben die Truppen, die aus Peshkovo aufgebracht waren, das Plateau von Kara-Dagh besetzt. Auf den Höhen des Ernoljeva hat ein Kampf stattgefunden, dessen Ausgang noch unbekannt ist.

China.

Eine beratende Kammer.

Peking, 9. Mai. Ein Dekret wurde veröffentlicht, betreffend die Eröffnung einer beratenden Kammer am ersten Tage des neunten Monats. Diese Kammer wird die Grundlage zu dem späteren Parlament bilden und aus 90 Mitgliedern, größtenteils Mitglieder des kaiserlichen Hofes, ferner aus Aristokraten und Beamten bestehen.

Aus der Partei.

Zum Internationalen Kongress in Kopenhagen.

delegierte die Reichstagsfraktion am Montag die Genossen Sebel, Singer und Lebebour. Genosse Richard Fischer wurde als Erfahmann gewählt.

Die Pächter und Sozialdemokratie in Finnland.

Die finnischen Pächter oder Torparti bilden eine Klasse der Fronbauern, die ihre kleinen Hütten auf dem Boden der Großbauern und Gutsherrscher aufgeführt und einen Flecken Land urbar gemacht haben. Die Pacht wird meist durch Roggen vergütet. — Auch diese Klasse der Ausgebeuteten erwachte vor einigen Jahren und begann sich zu organisieren. 1904—1906 fanden größere Streiks der Pächter statt, 1908 hielten sie ihren ersten, 1907 den zweiten und jetzt, vom 18. bis 20. April den dritten Kongress in Tammerfors ab. Etwa 400 Delegierte vertraten circa 200 Gemeinden, so daß gegen 50 Proz. aller Pächter vertreten waren. — Bisher waren die Organisationen der sozialdemokratischen Partei einzeln angegliedert. Jetzt beschloß der Kongress, einen „Verband der Pächter“ zu organisieren, um eine umfassende Agitation unter den Torparti entfalten zu können. Auch ein eigenes zweiwöchentlich erscheinendes Organ soll herausgegeben werden. — Die sozialdemokratische Landtagsfraktion, der auch die Vertreter der Torparti angehören, hat die Interessen der Pächter eifrig vertreten. Ihr ist es vor allem zu verdanken, daß 1909 ein neues Wahlgesetz eingeführt wurde, welches die Lage der Fronpächter etwas besserte. Dieses Gesetz wurde nun auf dem Kongress eingehend besprochen. Die Mängel des Gesetzes wurden aufgezeigt und die Fraktion beauftragt, ständig auf seine Besserung hinzuwirken. Nach wie vor wurde auf die Notwendigkeit eines gesetzlichen Kulturzwanges hingewiesen, wodurch allein die finnische Agrarfrage gelöst werden könne.

Der Kongress billigte auch im übrigen die Politik der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und nahm eine Resolution an, die die Fraktion auffordert, die bisherige Politik gegen die russischen Gewaltthäter fortzusetzen und alle gegenwärtigen Forderungen der russischen Regierung energisch abzuwehren.

Im Anschluß an den Kongress fand eine öffentliche Volksversammlung statt, wo gegen die russische Gewaltpolitik scharfer Protest erhoben wurde. Unter den Klängen der Internationalen wurde der Kongress geschlossen.

Volkshaus in Gelsenkirchen.

Im dem brüderlichen Lokalmangel zu entgehen, sahen sich die Parteigenossen und Gewerkschaften in Gelsenkirchen vor etwa zwei Jahren gezwungen, durch Herabgabe einer größeren Beileihung den Inhaber des Barbarossaales kontraktlich zu verpflichten, seinen Saal sowie die übrigen Lokalitäten jederzeit der Arbeiterchaft zur Verfügung zu stellen. Im Laufe des letzten Jahres wurde nun der Saal zum „Stadthof“ ausgebaut. Es stellte sich aber dann heraus, daß der Saal durch den Umbau in seiner Verwendbarkeit zu Volksversammlungsversuchen und Beratungen festlicher Natur erheblich gelitten hatte. Im beiderseitigen Einverständnis ist daher der Vertrag gelöst worden. Dafür ist nun der „Fürstenberger Hof“, der nunmehr Volkshaus genannt wird, erworben worden. Das neue Arbeiterlokal liegt in der Kaiserstraße, der schönsten Gegend der Stadt. Der Erwerb bedeutet in jeder Weise eine Verbesserung.

Polkzelliges, Gerichtliches usw.

„Das gleiche Recht.“

Zu 1000 Mark Geldstrafe wurde Genosse Linneweber vom „Volksblatt für Anhalt“ von der Strafammer zu Dessau wegen angeblicher fünf Beleidigungen des Vorstandes der Dessauer Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie verurteilt. Die Beleidigungen fand das Gericht in drei Artikeln des Volksblatts. Obgleich darin weder der Vorstand der Dessauer Ortsgruppe, noch eines der Vorstandsmitglieder angegriffen, sondern nur das Wirken der famosen Organisation ganz im allgemeinen charakterisiert war, erklärte das Gericht, daß sich jeder Reichsverbändler durch diese Artikel beleidigt fühlen müßte, weil in ihnen allgemein von Reichsverbändlern die Rede sei. Dagegen wies das Gericht eine Widerklage des Genossen Linneweber gegen den Reichsverbändler und Chefredakteur des „Anhaltischen Staatsanzeigers“, Liebisch, der in drei Artikeln die Sozialdemokraten und speziell die sozialdemokratischen Redakteure aufs schwerste beleidigt hatte, zurück, weil — diese Artikel die Sozialdemokratie nur im allgemeinen kritisiert hätten!

Genosse Müller von der „Leipziger Volkszeitung“ wurde zu 80 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er einen fliegenden Reichsverbandsangestellten „Reichsverbandsunruhen“ genannt hatte. Dagegen nahm das Gericht an, daß die Ausdrücke „Reichsverband wider die Wahrheit“ und „elende Organisation“ nicht als Beleidigungen des Klägers anzusehen seien.

Ein mißglückter Denunziantenstreik.

Der in letzter Zeit vielgenannte Oberhaus, den die Dortmunder Genossen aus der Partei ausgeschlossen haben und der noch jüngst wegen Verleumdung zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden ist, hatte bei der Staatsanwaltschaft gegen die Genossen Partels und Köhler zu Dortmund Strafanzeige wegen Meineids erhalten. Die Untersuchung ist nun abgeschlossen, und die Beschlusskammer des Dortmunder Landgerichts hat den beschuldigten Genossen den Bescheid zugehen lassen, daß das Verfahren eingestellt worden ist, weil sich die Anzeige als hinfällig herausgestellt hat.

Gewerkchaftliches.

Wütende Scharfmacher.

Der Kartellauschuß des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände und der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände hielt am 4. Mai eine Sitzung ab, um sich mit der Aussperrung im Baugewerbe zu befassen. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ bringt darüber an leitender Stelle einen Bericht, der trotz der für die Öffentlichkeit bestimmten Präzise doch das Unbehagen erkennen läßt, das in den Reihen der Scharfmacher über die Situation im Baugewerbe herrscht. Man war sehr unzufrieden mit dem Verlauf der Aussperrung, insbesondere mit der Einigung in Berlin, Hamburg und Bremen. Beschwichtigend bemerkten die anwesenden Vertreter der Bauunternehmer, daß es ihren Anstrengungen gelungen sei, noch 1000 Arbeiter auf die Straße zu werfen, so daß sie jetzt 187 000 der Aussperrten zählen könnten. Sehr ungenügend war man über den Versuch der Regierung und anderer Stellen, den Konflikt beizulegen. Den sozialen Friedensaposteln wurden die Leuten verlesen und die „Arbeitgeber-Zeitung“ schreibt:

„Es wurde festgestellt, daß es hauptsächlich beamtete Personen sind, welche durch ihre Stellung einzelne Bezirksverbände zu Verhandlungen verleitet, vielleicht sogar sanft gepreßt haben. Ein solches Verhalten unbeteiligter Personen ist zu verurteilen, denn auch noch so harte humanitäre Friedenssehnsucht gibt keinen Freibrief für Unbeteiligte, um einen Teil der kämpfenden Parteien zur Fahnenflucht überreden zu dürfen.“

Das geltende Recht gibt Arbeitern und Arbeitgebern die Befugnis, ihre Differenzen durch Streiks oder Aussperrung, also auf dem Wege des Kampfes, zum Austrag zu bringen. Es bedarf wohl nur des Hinweises auf diese Verhältnisse, um Unbeteiligte zu veranlassen, von jetzt ab bei ihren Friedensvermittlungen sich ausschließlich an die Zentralstelle des Baugewerbes, den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Berlin, Linienstr. 32, zu wenden.“

Die Denunziation der „beamteten Personen“ bei ihren Behörden, die Verhöhnung der „humanitären Friedenssehnsucht“ „Unbeteiligter“ und das kategorische Verlangen, Friedensverhandlungen nur da zu versuchen, wo man ja keinen Frieden will, bei der Zentralstelle der Scharfmacher, das alles ist charakteristisch für die Art, wie man auf Seiten der Unternehmer den Kampf führt. Der Ton zeigt aber auch, in welche Wut die gutgemeinten Versuche zur Beilegung der Aussperrung die Scharfmacher versetzt haben.

Inzwischen müssen die Herren einen neuen Schmerz erleben. Soeben wird aus Detmold gemeldet:

Detmold, 9. Mai. Hier wurde im Baugewerbe eine Einigung herbeigeführt, und zwar auf Grundlage der Hamburger und Berliner Beschlüsse.

Inzwischen hat auch die Hilfsaktion der organisierten Arbeiterkraft kräftig eingesetzt.

Die Sudbrüder in Hannover beschlossen in ihrer letzten Mitgliederversammlung, für die ausgesperrten Bauarbeiter einen wöchentlichen Extrabeitrag von 30 Pf. zu erheben.

Im Volkshaus zu Leipzig tagte eine von etwa 2500 Mann besuchte Sudbrüderversammlung. Ohne Diskussion wurde einstimmig beschlossen, den ausgesperrten Bauarbeitern sofort 3000 M. zu überweisen und in Anbetracht der Situation den Gaubeitrag von 60 Pf. auf 90 Pf. pro Woche zu erhöhen. Die Versammlung schloß mit einem begeisterten Hoch auf die Solidarität aller Arbeiter.

Der Bezirksverein Meß des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der alle Druckorte Lothringens umfaßt, nahm einstimmig folgende Resolution an: „Der Bezirksverein Meß des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nimmt Veranlassung, den ausgesperrten Bauarbeitern in dem ihnen aufgedrängten Kampfe gegen die Willkür des Unternehmertums seine vollste Sympathie auszusprechen. Dies um so mehr, als dieser Kampf in seinen Folgen von eminenter Bedeutung für die vitalsten Interessen der Gesamtarbeiterschaft ist. Der Bezirksverein hegt die Erwartung, daß die gesamte Bauarbeiterschaft in dem ihr aufgedrängten Kampfe bis zum Siege ausharren wird, und sichert ihr, wie er dies von der gesamten Arbeiterschaft erwartet, im Bedarfsfalle die weitgehendste materielle Unterstützung zu.“

Einen glänzenden Beweis von proletarischer Solidarität erbrachten auch die Bauhilfsarbeiter in Adm. In zwei Tagen wurden neben den laufenden Wochenbeiträgen noch 4588 Streikmarken zur Unterstützung der Aussperrten an die in Arbeit gebliebenen Kollegen verkauft, was eine Einnahme von 2298 M. darstellt.

Das Kieler Gewerkschaftskartell und die Vorstände sämtlicher Gewerkschaften haben in einer kombinierten Sitzung die Einigung von Sammelstellen für die Bauarbeiter abgelehnt und den Beschluß gefaßt, für die Dauer der Aussperrung von jedem organisierten Arbeiter einen Extrabeitrag von 50 Pf. pro Woche zu erheben. Für die Unorganisierten sollen Marken zu je 50 Pf. ausgegeben werden.

Die Werkstattbelegierten der Leipziger Holzarbeiter haben beschlossen, pro Woche ab 1. Mai gerechnet, den ausgesperrten Bauarbeitern 1000 M. zuzuführen, und zwar aus der Lokalfasse.

Die Hoffnung der Unternehmer, daß es ihnen gelingen könnte, die Massen der Bauarbeiter in sechs Wochen zu leeren, dürfte demnach schmählich zuschanden werden. Die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft dürfte es den Bauarbeitern ermöglichen, den Kampf durch Monate hinzuziehen!

Berlin und Umgegend.

Auch ein „Lehr“-Vertrag.

Wohl eigenartige Auffassungen scheint die Firma Wolff Nachf., Volkststraße, Metallwerke, von einem Lehrverhältnis zu haben. In den Lehrverträgen, die diese Firma abschließt, heißt es unter anderem:

„Der Lehrling zahlt dem Lehrling einen wöchentlich zahlbaren Lohn für die geleisteten Arbeitsstunden pro Woche im ersten Jahre 3 M., im zweiten Jahre 4,50 M., im dritten und vierten Jahre erhält der Lehrling den halben Gefellen-Affordlohn.“

Wenn nun ein Lehrling im dritten oder vierten Lehrjahre vertragsgemäß arbeitet und (was doch bei einem Lehrling vorkommen kann und vorkommt) die Arbeit nicht tauglich ausfällt, dann erhält der Lehrling nichts. Ein solches Verfahren einem Lehrling gegenüber ist unserer Meinung nach unvertretbar mit dem Sinn eines Lehrverhältnisses. Bequem und angenehm mag es ja für die Firma sein. Die Firma hat auf diese Weise nicht eigentlich Lehrlinge, sondern billige Arbeitskräfte, die eine Reihe von Arbeiten um den halben Affordpreis herstellen. Das Risiko einer nicht gelungenen Arbeit trägt die Firma von sich und begnügt sich entweder mit der Inanspruchnahme der angenehmen Seiten eines solchen Lehrverhältnisses. Die Eltern junger Leute werden gut tun, sich die Verträge erst anzusehen, ehe sie ihre Söhne auf solche Verträge verpflichten. Auch die erwachsenen Arbeiter des Betriebes haben alle Veranlassung, zu diesen nicht gerade hygienischen Zuständen Stellung zu nehmen.

Verantw. Redakt.: Richard Krich, Berlin. Inseratenteil verantw.: H. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW, Sierzu 3 Beilagen u. Unterhaltung 1914.

Zentralverband der Schmiede.

Wir machen unsere Vertrauensleute darauf aufmerksam, daß Sammelstellen für die ausgesperrten Bauarbeiter im Bureau, Linienstr. 73, abzuholen sind. Von unseren Mitgliedern erwarten wir, daß sie sich recht regen an den Sammlungen beteiligen werden. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Steinarbeiter! Wegen Nichtanerkennung des Tarifs legten die Steinmehrer der Firma Gebr. Friesede Kunststeinfabrik in Bröh, die Arbeit nieder. Eine Ausnahme machten nur die Steinmehrer August Vofinger und Otto Glor, welche angeblich die der Firma Friesede gehörenden Steinmehrarbeiten in eigene Regie übernommen haben, wahrscheinlich, um die Firma Friesede davon zu bewahren, mit unserm Verbande in ein Tarifverhältnis zu treten. Selbstverständlich kann die neue Firma Vofinger und Glor als Tarifkontrahent nicht in Frage kommen. Auch die andern beiden Zwischenunternehmer Friesede's, die Herren Schille und Jüngers, sind auf die Dauer des Streikes gesperrt. Die Kollegen auf den Bauten werden ersucht, ein wachsameres Auge auf die Friesede'schen Arbeiten, mit Einschluß der von obengenannten Zwischenunternehmern übernommenen, zu haben und alles Zweckdienliche im Verbandsbureau, Seydelstr. 30, Tel. Amt I, 218, zu melden. Zentralverband der Steinarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

Die Tarifbewegung der Brauereiarbeiter.

Mit Spannung erwarteten die Brauereiarbeiter Groß-Berlins den Bericht ihrer Kommission über das endliche Ergebnis der Tarifverhandlungen und in Massen strömten sie am Sonntag nach der „Neuen Welt“, wohin alle organisierten Brauereiarbeiter eingeladen waren. Die gesamte Lohnkommission und die Vertreter aller in Frage kommenden Gewerkschaften hatten auf der Bühne Platz genommen. Jeder sollte die Verantwortung tragen für den schweren Beschluß, den man der Versammlung unterbreiten wollte. Die Unternehmer hatten ein Ultimatum gestellt und die Ablehnung bedeutete den Kampf, das zeigte der Referent Wilhelm Siering klar und scharf in seinen Darlegungen. Die letzte Versammlung der Arbeiter hatte die Zugeständnisse des Vereins der Brauereiarbeiter als zu geringfügig abgelehnt. Die Kommission bemühte sich in neuen Unterhandlungen um weitere Zugeständnisse, und es gelang ihr auch, den Brauereien weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen abzurufen, die allerdings weit hinter den gestellten Forderungen der Arbeiter zurückblieben. Die Unternehmer erklärten aber, nunmehr keinen Schritt weiter gehen zu können und stellten ihr Ultimatum. In der entscheidenden Verhandlung vom 2. Mai gab der Syndikus Meyer für den Verein der Brauereiarbeiter eine längere Erklärung ab, in der zuerst die allgemeine schlechte Lage des Braugewerbes und die Schwierigkeiten, mit denen die Brauereien zu kämpfen haben, erörtert wird. Dann heißt es:

„Wenn trotzdem die Brauereien bereit und willens seien, einen Tarifvertrag mit wesentlichen Belastungen auf eine Dauer von 5 Jahren zu schließen, so geschähe es auch aus der Erwägung heraus, daß nach den vielen Beunruhigungen, denen das Gewerbe in den letzten Jahren unterworfen gewesen sei, die Vertreter des Vereins es für ihre Pflicht halten, das Gewerbe und die Betriebe zu schützen vor neuen Bewegungen und Unruhen, die bei kurzen Tarifverträgen vor und nach dem Ablauf mit Sicherheit zu befürchten wären. Aus diesem Grunde halte der Verein der Brauereiarbeiter fest an dem Abschluß auf die Dauer von 5 Jahren.“

Was die Arbeitszeit anlangt, so sei nach den letzten Erklärungen der Kommission, die die Genehmigung des Vereins gefunden haben, die Forderung der Verminderung auch der Brutto-Arbeitszeit am Tage um eine halbe Stunde bewilligt für alle Kategorien mit Ausnahme der Brauer, Köchler und Handwerker, die ohnehin nur eine 11stündige Bruttoarbeitszeit haben. Die weitergehenden Wünsche, wodurch die Verminderung der Brutto-Arbeitszeit für die letzteren Kategorien unter 11 Stunden herabzuführen würde, könne der Verein unter keinen Umständen erfüllen. Hinsichtlich der Nachtarbeitszeit sei der Verein nicht in der Lage, über die bereits ausgesprochenen Bewilligungen hinauszugehen.“

In bezug auf eine Lohnerhöhung wird erklärt: „Unter der Voraussetzung eines Vertragsabschlusses auf die Dauer von 5 Jahren sei der Verein bereit, statt nach drei Jahren, wie zuerst in Aussicht genommen, schon nach 2 1/2 Jahren eine generelle Erhöhung um 1 M. einzutreten zu lassen, und zwar nicht nur für die Löhne der mit weniger als 30 M. pro Woche bezahlten Kategorien, sondern für sämtliche in Betracht kommenden Arbeitnehmer in den Brauereien.“

Darüber hinaus wolle der Verein dem Wunsche auf als baldige Erhöhung der Löhne über eine bezw. zwei Mark hinaus Rechnung tragen und sofort bei Inkrafttreten des Tarifs für sämtliche Arbeitnehmerkategorien eine weitere Erhöhung um 50 Pf. gewähren. Die Vereinsbrauereien haben einstimmig beschlossen, daß über diese Konzessionen unter keinen Umständen hinausgegangen werden könne.

Die Konzessionen haben zwei Voraussetzungen: 1. daß in den weiteren Verhandlungen solche Beschlüsse nicht gefaßt werden, die eine neue wesentliche materielle Belastung der Brauereien in sich schließen; 2. daß eine Bestimmung des geltenden Vertrages geändert werde, die, so lange sie bestesse, zu Streitigkeiten Anlaß gegeben habe. Es handle sich um die Bestimmung, daß bestehende bessere Lohnbedingungen erhalten bleiben. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen sei von den Vertretern des Vereins wiederholt betont worden, daß die neuen Verträge lediglich die tariflichen Mindestlöhne festlegen, nicht aber die Erhöhung etwa bestehender und sonstiger besserer Löhne.“

Dieser Punkt der Erklärung bezieht sich, wie Siering ausführte, auf die „Wohltätigkeitseinrichtungen“ mancher Brauereien, besonders der Alterszulagen in der Schmelzbrauerei, die für Neueingestellte fortzufallen würden.

Außer den Zugeständnissen in bezug auf Lohn und Arbeitszeit sind für die einzelnen Kategorien noch eine Reihe kleinerer Vorteile erzielt worden. So sehr sich auch die Kommission dagegen sträubte, die Forderung einer Tarifdauer von 5 Jahren anzuerkennen, so sehr hielten die Unternehmer gerade an dieser Forderung als einer Bedingung für den Tarif fest. Die Kommission entschloß sich dann, mit diesem Ergebnis aller Verhandlungen vor die Arbeiter zu treten und das Erreichen zu stellen, die Zustimmung dazu nicht zu versagen.

Zuletzt wurde eine Vertrauensmännerversammlung einberufen, die folgende Resolution mit 133 gegen 74 Stimmen annahm:

„Die heute am 8. Mai 1910 in der „Neuen Welt“ versammelten Vertrauensmänner aller an der Lohnbewegung in den Lager- und Brauereiarbeiten beteiligten Organisationen beschließt, der heute stattfindenden Allgemeinen Versammlung der organisierten Brauereiarbeiter die Annahme der von dem Verein der Brauereiarbeiter gemachten Zugeständnisse zu empfehlen. Die Vertrauensleute erklären, daß die Zugeständnisse keineswegs die begehrten Erwartungen befriedigen, sie sind aber der Meinung, daß durch einen Kampf weitergehende Zugeständnisse nicht erzielt werden können und die Aufnahme eines Kampfes daher nicht ratsam erscheint.“

Der Massenversammlung lag diese Resolution der Vertrauensleute vor. In der Diskussion wurde sie heftig bekämpft. Viele Stimmen erhoben sich für den Kampf mit den Unternehmern. Der Vorschlag der fünfjährigen Tarifdauer rief den härtesten Widerspruch hervor, und die Versammlung lehnte mit großer Majorität den Tarif unter dieser Bedingung ab. Siering machte den Versammelten nochmals den Ernst der dadurch geschaffenen Lage klar und empfahl die Annahme eines Antrages, nach welchem der Tarif auf Grund der gemachten Zugeständnisse angenommen wird, wenn er auf vier Jahre Geltung hat und die generelle Erhöhung der Löhne nach 2 Jahren eintritt. Mit sehr knapper Majorität stimmte die Versammlung diesem Antrage zu und ermächtigte die Kommission, auf dieser Grundlage zu verhandeln.

Die tariflosen Brauereien sind zu einem Tarifabschluß geneigt, sie werden sich aber nach dem Verlauf der Dinge in den Brauereien richten. — In den Brauereiarbeiten werden die Verhältnisse noch geregelt werden; die Verhandlungen schweben noch.

Die erhöhten Löhne, wie sie vom Verein der Brauereiarbeiter bewilligt sind, sollen vom 1. April ab nachgezahlt werden. Zur genaueren Information über die Zugeständnisse in der Lohnfrage gab Siering die folgende Tabelle bekannt:

	Jetziger Lohn M.	Bewilligter Lohn M.	Nach 2 1/2 Jahren M.
Für Brauer und an deren Stelle Beschäftigte	35	36,50	37,50
Für Köchler	35	36,50	37,50
Für Gärtner	28	30,50	31,50
Für Sattler, Maler, Lackierer	30	32,50	33,50
Für die übrigen Handwerker	32—34	34,50	35,50
Für Handwerker-Hilfsarbeiter	26	28,50	29,50
Für Maschinenisten	31—33	33,50	34,50
Für Heizer	29—31	31,50	32,50
Für Abkühlmischer und Kohlen-schieber	28—27	28,50	29,50
Für Flaschenfellerarbeiter	25	27,50	28,50
Für Hofarbeiter	25,50	27,50	28,50

Für das Fahrpersonal ist zugestanden, daß den Fahrgärgern 3000 M. und den Flaschenfahrgärgern 2000 M. Jahresentlohnung garantiert werden. Für die Fahrgärgere sind die Lohnsätze entsprechend dem angeführten Verhältnis: 25 M., 26,50 M., 27,50 M. nebst einer Provision von 7 1/2 Pf. verkauftes Bier. Bei den Flaschenfahrgärgern sind die Lohnsätze: 25 M., 27 M., 28 M. Für die Flaschenfahrgärgere: 28 M., 29,50 M., 30,50 M. Für die Ställeute: 28 M., 29,50 M., 30,50 M. Für die Schauffeure 40 M. Für die „Dibergen“ und die Arbeiter im inneren Betrieb gelten ebenfalls die Zulagen von 1,50 M., die sogleich gezahlt werden, und von 1 M. nach 2 1/2 Jahren.

Deutsches Reich.

Metallarbeiteraussperrung zu Lünen (Westf.).

Seit April sehen 60 Formere der Firma Rothoff im Auslande, weil sie sich die fortwährenden Lohnabzüge nicht mehr gefallen lassen konnten. Die anderen Metallindustriellen am Orte hatten angedroht, daß sie sämtliche Metallarbeiter aussperrten würden, wenn die Formere nicht bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen. Die Drohung ist jetzt zur Tat geworden. Die Eisen- und Stahlwerke, die Lünen Hütte Schlich u. Co., die Eisengießerei Lühme u. Lenz, sowie Rothoff u. Fühme haben ihre Betriebe geschlossen. Dadurch sind über 700 Familienbäuer auf Straßenpflaster gesetzt. Von den Aussperrten sind circa 400 organisiert, zum größten Teil im christlichen Metallarbeiterverband, ungefähr 300 Mann sind unorganisiert. Lünen, eine Stadt von 9000 Einwohnern, liegt hart an der Grenze des Münsterlandes, wo die Arbeiterorganisationen bisher noch wenig Eingang finden konnten. Charakteristisch an dieser Aussperrung ist, daß auch solche Arbeiter mit ausgesperrt wurden, die ihr Leben lang dem Werke ihre Arbeitskraft zur Verfügung gestellt haben. Es sind Arbeiter mit ausgesperrt, die im Alter bis zu 66 Jahren stehen, und solche, die 50 Jahre ununterbrochen auf dem Werke gearbeitet haben. Als Dank und Anerkennung für ihre lange Dienstzeit haben diese Leute vor zwei Jahren noch eine goldene Uhr vom Unternehmer erhalten, und vom Staate sind sie wegen 50jähriger treuer Dienstleistung mit dem allgemeinen Ehrenzeichen dekoriert worden.

Der Gärtnerkreis in Remscheid ist mit Erfolg beendigt! Die Gärtner haben in diesem Jahre äußerst zäh zu kämpfen, um ein paar Pfennige Lohnerhöhung zu erlangen. In Remscheid war für die Landschaftsgärtnerei ein Stundenlohn von 42 und 45 Pf., für die sonstigen Betriebe 22 und 25 M. Wochenlohn gefordert worden. Die Unternehmer hatten jedwede Verhandlung abgelehnt und ließen es zum Auslande kommen. Obgleich 90 Proz. aller Gehilfen und Arbeiter am Orte organisiert waren und in den Auslande traten, und obgleich strikte Solidarität geübt wurde und kein Streikbruch vorkam, und der geringe Zugang von außerhalb stets abgefangen wurde, auch die Bitterungsverhältnisse sehr günstig waren, so hatten die Streikenden dennoch volle vier Wochen mit ganzer Energie zu kämpfen, um ihre bescheidenen Forderungen durchzusetzen. Sie mußten eine Firma nach der anderen niederzuringeln. Als dann nach vier Wochen die Streikenden bis auf drei in den bewilligten Firmen untergebracht waren und deshalb der Streik sein Ende erreicht hatte, verblieben immer noch etwa die Hälfte der Betriebe, über die nun die Sperre verhängt wurde. Im ganzen wurde in diesem Kampfe vorläufig für 55 Beschäftigte eine Lohnerhöhung von 2 M. pro Mann und Woche herausgeholt. Lohn-erhöhungen in etwas bescheidener Grenze haben allerdings auch die noch gesperrten Firmen eingeführt.

Ausland.

Von den österreichischen Seeleuten.

Ende April tagte in Triest eine Konferenz der Seemannsorganisationen der östlichen Adriaflüsse, die sich sämtlich dem Transportarbeiterverband angeschlossen haben. Der Verbandsvorstand, Reichratsabgeordneter Genosse Forstner-Wien, nahm an der Konferenz teil. Die österreichischen Seeleute erstritten sich noch nicht einmal der obligatorischen Kranken- und Unfallversicherung. Dafür erzielte ein unter bischöflichem Patronat stehendes Seemannshaus, das von den Arbeitern bezugsweise „casa trapplina“ (Rausfalle) genannt wird. Die Konferenz forderte Arbeiterbeschäftigung in dieser Verwaltung, und paritätische Leitung für den Arbeitsnachweis, Einbeziehung in die allgemeine Sozialversicherung, Herabsetzung des Invaliditätsalters von 65 auf 60 Jahre und Ausdehnung der Versicherung auf alle zwischen österreichischen Häfen diensttunenden Schiffe ohne Rücksicht auf deren oder der Mannschaft Nationalität. — Vertreter der elend lebenden Fischer von Triest und Istrien erboten den Schutz der Organisation. So fordert u. a. auch Ausdehnung der Gewerkschaftsaktion, die schon die Binnenschiffahrt umfaßt, auf die Seeschiffahrt. Ueber die Aufgaben der Organisation sprach Genosse Forstner. Die Konferenz sei der Anfang einer intensiven Aufklärungsarbeit. Auch die an Zahl sehr schwachen ungarischen Arbeiter — der Hafen Triest ist ungarisch — mühten sich anzuschließen. Abg. Oliba-Triest versicherte die Konferenz des Bestandes aller sozialdemokratischen Arbeiter. Ramens der italienischen Kameraden sprach Genosse Todeschini für wahre Internationalität.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bluttat und Polizeiknäuel.

München, 9. Mai. (B. S.) Eine schwere Bluttat wurde in einem Schuhmacherladen in der Herrenstraße verübt. Ein bei dem Schuhmachermeister Wilbach bediensteter 25jähriger Schuhmacher geriet mit seinem Meister in Streit und verlegte ihm mit einem Schustermeißer vier Stiche, durch welche der Meister schwer verletzt wurde. Der Täter wurde durch einen hinzukommenden Kriminalschutzmänn mit einem Polizeiknäuel niedergeschlagen und festgenommen.

Die Jungtürken gegen den Epipel Schefil.

Konstantinopel, 9. Mai. (B. S. D.) Die Kammer war heute der Schauplatz von Tumultigen anlässlich eines Antrages auf Veröffentlichung sämtlicher den Araber Schefil betreffender im Bildis aufgefundenen Geheimberichte. Schefil steht bei den Jungtürken in dem Ruf, ein Epipel des früheren Sultans gewesen zu sein. Der Großwesir erklärte, eine Entscheidung über die Veröffentlichung vor der Überprüfung des gesamten Bildisarchivs sei unmöglich. Die Majorität stimmte dem Großwesir zu.

Reichstag.

81. Sitzung vom Montag, den 9. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten v. Bethmann-Hollweg, v. Schoen, Kraetke, Dernburg, Wermuth.

Vizepräsident Dr. Spahn bringt die Teilnahme des deutschen Volkes an der Trauer Englands aus Anlaß des Todes König Eduards VII. zum Ausdruck.

Das Haus ehrt das Andenken des Königs Eduard durch Erheben von den Sitzen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Berichte der Budgetkommission über Petitionen.

Entsprechend dem Antrage der Kommission werden die Petitionen, die zumeist Gehaltsaufbesserungen von Post- und Telegraphenbeamten und Arbeitern betreffen, der Regierung als Material oder zur Berücksichtigung überwiesen.

In dritter Beratung wird dann der Gesetzentwurf über die geschäftliche Behandlung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Strafprozeßordnung und der Reichsversicherungsordnung (Diäten für die Mitglieder der Sommer-Kommissionen), sowie der entsprechende Nachtragsetat debattellos angenommen, und ebenso das Konsulatsgebührengesetz und das Kolonialbeamtengegesetz; zu letzterem werden auch zwei Resolutionen angenommen, in denen der Reichstag eine gesetzliche Regelung des Verfahrens vor den Disziplinarbehörden und die Möglichkeit des Wiederannahmeverfahrens im Disziplinarverfahren wünscht.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition um Unterstützung des Deutschen Schillerbundes wird nach kurzer Befürwortung durch den Abg. Pfeiffer (Z.) dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Die Petition des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehehilfen Deutschlands (Sitz Hamburg), die nötigen Schritte zur Herbeiführung einer Arbeitslosenversicherung in die Wege zu leiten, wird debattellos dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen.

Eine Reihe weiterer Petitionen wird debattellos nach den Beschlüssen der Kommission erledigt.

Der katholische Arbeiterverein in Habelschwerdt, dessen Mitglieder zu zwei Dritteln Händlwarenarbeiter sind, und die Arbeiter und Arbeiterinnen verschiedener Händlwarenfabriken petitionieren um Entschädigung in der arbeitslosen Zeit, die durch das Händlwarengesetz herbeigeführt ist.

Die Kommission beantragt, diese Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. Dr. Pfann (natl.): Ueber das Händlwarengesetz vom vorigen Jahre sind von Seiten der Unternehmer und Arbeiter der Händlwarenindustrie und verwandter Gewerbszweige zahlreiche Klagen eingelaufen. Hier haben wir es zu tun mit Petitionen von Händlwarenarbeitern und zwar aus den verschiedensten Teilen Deutschlands, die durch den starken Produktionsrückgang infolge der Steuererhöhung schwer geschädigt worden sind. Es ist eine Ehrenpflicht, diesen Leuten zu helfen, und so ist denn zu hoffen, daß der Reichstag möglichst einstimmig dem von der Kommission mit großer Mehrheit beschlossenen Antrage beitreten wird. (Beifall links.)

Abg. Wey (Soz.): Wir wünschen, daß der Reichstag nicht nur die Petitionen dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überweist, sondern daß er sich auch dafür einsetzt, daß diese Berücksichtigung auch wirklich stattfindet und die erbetene Entschädigung gewährt wird. Wir haben schon bei der Beratung der Finanzreform auf die verhängnisvollen Wirkungen des Gesetzes hingewiesen und das Gland vorausgesagt, daß über zahlreiche Händlwarenarbeiter hereinbrechen werde. Es ist eine Ehrenpflicht gerade auch der Parteien, die aller Warnungen ungeachtet diese arbeiterfeindliche Steuer beschlossen haben, jetzt für Entschädigung der davon betroffenen Armen zu sorgen. Unsere Vorschläge über den Rückgang der Produktion sind nicht nur eingetroffen, sondern von der Wirklichkeit noch weit übertroffen worden. Ueberall wurden sehr erhebliche Feuerschichten eingelegt, viele Fabriken mußten zeitweise ganz still gestellt werden. Für die Arbeiter ergab sich überall Verringerung des Lohnes, Verkürzung des Glands. An der Spitze der Petenten marschiert der katholische Arbeiterverein in Habelschwerdt. Er muß das Gland, um dessen Befreiung er jetzt petitioniert, auf das Schuldbüchlein des Zentrums schreiben, der führenden Partei im schwarz-blauen Steuerblock. Unseren Antrag, die Händlwarenarbeiter zu entschädigen, hat das Zentrum damals abgelehnt. (Zurufe im Zentrum.) Daß Sie angesichts dieser vom Zentrum geschaffenen Lage, angesichts dieses großen Glands noch ironische Zurufe machen, wird draußen im Lande gehört werden, Herr Weyer! (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten, Unruhe im Zentrum.) Das Zentrum hat den Jammer verschuldet, über den jetzt die katholischen Arbeiter von Habelschwerdt klagen; aber als wir auf diese notwendigen Folgen der Steuerpolitik des Zentrums hinwiesen, sagte Herr Erzberger, die beste Fürsorge für die Händlwarenarbeiter sei die Einschränkung der Produktion. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Reich ist

verpflichtet, den Händlwarenarbeitern Hilfe zu gewähren; es handelt sich dabei nur um eine verhältnismäßig geringe Zahl und um eine verhältnismäßig geringe Summe. Aber die Frage, woher diese Mittel zu nehmen sind, darf nicht als Vorbedingung für die Unterstützung aufgeworfen werden, es ist vielmehr eine Ehrenpflicht des Reiches, die armen Opfer einer verfehlten Politik nicht im Gland verkommen zu lassen. Ich bitte Sie, einstimmig dem Beschlusse der Kommission beizutreten, und die Regierung möge recht bald dem Wunsch der Petenten entsprechen und Hilfe leisten, denn die Not unter den Arbeitern ist groß. (Bravo! bei den Sozialdemokraten und Händlwarenarbeitern auf der Tribüne.)

Abg. Sasse (Soz.):

Auch ich möchte gleich meinem Freunde Wey den ironischen Zwischenruf, der aus den Reihen des Zentrums erfolgte, festnageln und auf das entschiedenste zurückweisen. Die Ausführungen der Vorredner über das Gland, das infolge jener verfehlten Steuererhebung über die Händlwarenarbeiter hereinbrochen ist, kann ich auf Grund speziell in Schlesien gemachter Beobachtungen bestätigen. Himmelschreiend ist die Not in diesen Kreisen der Ärmsten der Armen. Ich bitte dringend um möglichst einstimmige Annahme des Kommissionsantrages. Es handelt sich nicht um Millionen, sondern nur um ein paar Hunderttausende. Das Reich muß diese Summe übrig haben! Ganz besonders ist es die Pflicht der Parteien, die diese verhängnisvolle Steuer beschlossen haben, für die Entschädigung der von ihr betroffenen blutarmen Leute zu sorgen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Becker-Arnsherg (Z.) erklärt, daß er nicht bei der Schilderung der Not der Arbeiter ironische Zwischenrufe gemacht habe.

Abg. Sasse (Soz.):

Ich stelle fest, daß ironische Zurufe aus dem Zentrum erfolgten, als mein Freund Wey die Notlage der Händlwarenarbeiter schilderte (hört! hört!) bei den Sozialdemokraten, und daß sich Herr Becker unter den Zurufen befand.

Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen.

Eine Petition des Westf. Sch. Kriegsrats Hlenbrock bittet 1. um Einsetzung einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Dienstverhältnisse der Militärintendanten, 2. um anderweitige Regelung der Rechtsverhältnisse der Militärintendanten, 3. um Entschädigung des Petenten selbst, der gegenwärtig abgesetzt ist.

Die Kommission beantragt, Punkt 1 und 2 zur Erwägung zu überweisen, über Punkt 3 zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Sommer (Fortschr. Wp.) begründet einen von der gesamten Linken unterstützten Antrag: die gesamte Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Redner bedauert lebhaft, daß bei dieser Debatte kein Regierungsvertreter anwesend sei.

Abg. Erzberger (Z.): Ich kann mich diesem Bedauern nur anschließen. Wir sollten wirklich die Weiterberatung der Petition vertagen, bis ein Vertreter des Kriegsministeriums erscheint. (Sehr richtig!) Handelt es sich doch hier um die außerordentlich wichtige Frage, ob das Kontrollrecht des Reichstages über die Verwendung gewisser Ausgaben des Militärretais dadurch gewahrt werden soll, daß verantwortliche Beamte über die Ausgaben bei Warten usw. zu bestimmen haben. Nach der Anschauung des Kriegsministeriums nämlich unterstehen die Militärintendanten nicht nur dem Kriegsministerium, sondern persönlich auch dem kommandierenden General. Dadurch kommen die Intendanten natürlich vielfach in Zwiespalt mit ihren Pflichten, weil sie die Wünsche des kommandierenden Generals erfüllen müssen. Wir schließen uns dem Antrage der Petitionskommission an. Es würde das Beste sein, daß die Herren von der Linken ihren Antrag zurückziehen. Dann würde sich vielleicht ein einmütiges Votum des Plenums erzielen lassen und eine solche Einmütigkeit würde am meisten geeignet sein, beim Bundesrat Eindruck zu machen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Weyer (natl.) schließt sich dem Bedauern der Vorredner über die Nichtvertretung des Kriegsministeriums an. Die Frage ist von prinzipieller großer Wichtigkeit. Es empfiehlt sich vielleicht, die Sache zu vertagen. Die ganze Petition zur Berücksichtigung zu überweisen, geht doch wohl nicht an. Wir müssen darauf bestehen, daß die wichtige Angelegenheit in Gegenwart von Vertretern des Kriegsministeriums behandelt wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Weyer (Z., Vorsitzender der Petitionskommission) beantragt, die Petition von der Tagesordnung abzusagen.

Abg. Sasse (Soz.):

Wir schließen uns diesen Anträgen an und müssen ebenfalls unter außerordentlichen Umständen darüber zum Ausdruck bringen, daß das Kriegsministerium nicht für nötig befunden hat, sich bei der Erörterung einer Angelegenheit von dieser prinzipiellen Wichtigkeit hier vertreten zu lassen. Wir erwarten, daß, wenn im Herbst diese Petition wieder auf der Tagesordnung stehen wird, ein Vertreter des Kriegsministeriums am Bundesratsstische sitzen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

kränkende Untreue mit gleicher Münze heimzuzahlen beschließt, wird hier etwas trivial, doch äußerst witzig und obendrein mit feiner psychologischer Beobachtung ins Lustspielmäßige gewendet. Nach einem ziemlich lahmen ersten Akt, setzt die Erfindung dann in um so flotterem Tempo ein. Jacqueline's Charakter ist geschickt von vornherein so angelegt, daß sie trotz ihrer überschwänglich naiven Liebeshelligkeit moralisch doch mit ihrem Bon vivant von Gatten ungefähr al pari steht, ja, ihn bei allen Chancen stürmisch sprudelnden Temperaments an rücksichtslosem Egoismus womöglich übertrifft. So bleibt ein Mitleid, das die Komödienstimmung stören würde, ausgeschlossen und amüsiert schaut man dem Spiel als einem Spiel von Gleichen zu. In den Szenen mit dem schwächlichen, sie schwärmerisch berechnenden Herrn Auguste, den Jacqueline sich als Nebenliebhaber erkoren, dessen unüberwindlich lächerliches Aussehen sie aber wieder auf den Pfad der Tugend leitet, erreicht die Komik ihren Gipfelpunkt. Die beiden Hauptrollen: das blind verliebte hübsche Tropföpfchen, das um des geliebten Hohlkopfes André willen im Handumdrehen Ehrenworte gibt und bricht, wie der geprellte sentimentale Wächermenschen kamen in der Darstellung Helene Almas und Reinhold Köllins vorzüglich zur Wirkung. Das Publikum quittierte für den vergnügten Abend mit reichem Beifall.

Humor und Satire.

Moisewelt.

Stell mit wichtiger Geberde Und geladen das Gewehr, Stromert Teddy um die Erde, Ein Nestlame-Adasber. Raslos mit dem alten Juden Um die Wette läuft er Trab, Seine Zelte, seine Huden Waut er auf und bricht er ab. Redner heute, morgen Jäger, Uebermorgen Diplomat, Fühlt er sich so recht als Träger In modernen Humboldtstaat. Unbegrenzte Möglichkeiten Deckselt er mit seiner Hand; Welch ein Glück: nun ich ich schreien Ihn auch forsch durch Preußenland!

Der Antrag Sommer wird zurückgezogen und der Antrag auf Absetzung der Angelegenheit von der Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

Die Petitionen betreffs Bau einer dritten Vogesenbahn beantragt die Kommission teils zur Berücksichtigung, teils zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Wetterlé (Eli.) tadelt die laue Haltung der Regierung gegenüber dieser wichtigen Bahnfrage und tritt für Berücksichtigung Colmars bei Schaffung einer neuen Verbindung mit Frankreich ein.

Abg. Emmel (Soz.):

Der Kollege Wetterlé hat die Angelegenheit durchaus vom Standpunkte seines Wahlkreises aus betrachtet. Dem allgemeinen Interesse des Elsaß entspricht es sicher mehr, daß entsprechend der Petition der Mülhousener Handelskammer die Verbindung von Mülhausen ausgeht. Mülhausen ist der Sitz hochwichtiger Industrien und hat den allerersten Anspruch, bei der neuen Verbindung mit Frankreich berücksichtigt zu werden. Wenn ich also in diesem Punkte von dem Vorredner abweiche, so stimme ich darin völlig mit ihm überein, daß die Interessiertheit der Regierung in dieser Frage auf das schärfste mißbilligt werden muß. In den Reichslanden herrscht über diese Vernachlässigung eine sehr begreifliche Erbitterung. Ich muß dringend bitten, daß mehr Dampf hinter die Sache gesetzt wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Zweite Lesung des Kaltegesetzes.)

Schluß 6 Uhr.

„Aus dem roten Sumpf.“

Unter dieser Ueberschrift und dem Untertitel „Wie es in einem nicht ganz kleinen Zentralverband hergeht“ erschien im August 1909 im Verlage von Fritz Kater, Berlin eine von Karl Roche verfasste Broschüre, in welcher der als Hilfsarbeiter im Zentralvorstande des Verbandes der bürgerlichen Hilfsarbeiter beschäftigt gewesene, aber wegen triftiger Dinge entlassene Verfasser seine zweijährigen Beobachtungen im Zentralvorstand in breiter Weise niedergelegt hat. In dieser Broschüre werden dem Vorstande, namentlich Wehrendt, Köpfer und Wrede, die schwersten Vorwürfe gemacht: Verheimlichungen von Vetragereien und unberechtigte Entlassungen von Hilfsarbeitern. Ferner sind darin die Ausdrücke enthalten: „Unehrlichkeit“, „Aufgeblasenheit“, „Wurschtigkeit“, „Trägheit“, „Närrichtlosigkeit“, „Unfähigkeit“ und andere Lebenswürdigkeiten. Von den Instanzen, auf die ihn das „Hamburger Echo“ bei Ablehnung seines „Eingefandts“ verwiesen, will Roche nichts wissen, weil diese in der Hauptsache aus bezahlten Beamten bestanden. „Eine Krähle haßt der anderen die Augen nicht aus“. Der „alte Parteigenosse“ Roche wählte also einen anderen Weg: er trug die vermeintlichen Missethäter im „roten Sumpf“ ins Lager der Gegner. Mit einer wahren Wollust wühlten die gegnerischen Blätter, denen Regensburger Exemplare zugingen, in dem „roten Sumpf“ umher. Die „freisinnige Zeitung“ hielt die Angaben des entlassenen Roche für wichtig genug, um sie in einem langen Leitartikel gegen die „Partei der Freiheit, Gleichheit und Erblichkeit“ zu verteidigen, obwohl das „freisinnige“ Hauptorgan einleitend ausführte, man dürfe nicht alles glauben, was ein entlassener Hilfsarbeiter ab irato sage. — Auch scherzhafte Aeußerungen, charakteristische Gepflogenheiten einzelner, die mit der Sache gar nichts zu tun haben, werden der ob solcher Verworfenheit im roten Lager erhauchten Mitwelt erzählt.

Roche konnte da nicht mehr mitmachen; nachdem er „seine“ Ideale zu Grabe getragen, wurde er Anarcho-sozialist und Kampfgenosse der bürgerlichen Blätter, der gelben und blauen Gewerkschaftler gegen den verworfenen „roten Sumpf“. Zur Vervollständigung dieser Kampfschrift sei noch kurz mitgeteilt, daß die Reichs- und sonstigen Verbändler die Broschüre Roche es bei der Reichstagsnachwahl in Halle und bei der Stadtverordnetenwahl in Wandlitz als Agitationsmaterial gegen die Sozialdemokratie vertreteten.

Die genannten Vorstandsmitglieder beschränkten gegen Roche und Kater den Klageweg, um vor Gericht festzustellen zu lassen, was an diesen Angaben wahrhaftig ist. Die Verhandlung fand am Sonnabend vor dem Schöffengericht Hamburg statt. Sie dauerte den ganzen Tag. Der Verteidiger der Beklagten, Rechtsanwalt Dr. Fraenkel-Berlin, erlaubte sich einige Anwürfe gegen unsere Partei, die von dem Rechtsbeistand der Kläger, Dr. Lückheim-Hamburg, zurückgewiesen wurden. Die Tatsache, daß Genosse

Hier, o Teddy, ernst du schnelle, Wenn die Wut dich nicht verdrückt, Raum zwar, wie man Löwenfelle, Aber wie man Wölfe schießt.

Ha, schon find' ich in der „Woche“ Dich effektiv konterfeit Als den Posa der Epoche, Und Don Wilhelm dir zur Seit'.

Michel.

Notizen.

Theaterchronik. Die Sommerdirektion des Deutschen Theaters gedenkt ihre Tätigkeit mit einer Feier für Björnson zu eröffnen. Der erste Teil des Dramas „Ueber unsere Kraft“ ist zu einer einmaligen Aufführung freigegeben.

Der Verband der Berliner Theaterbesucher teilt mit, daß er dem Verein der Berliner Theaterbesucher keine Vergünstigungen gewähren werde. Der Verein scheint solche seinen Mitgliedern bereits in Aussicht gestellt zu haben. — Uebrigens ist es noch keineswegs ausgemacht, ob die Theaterdirektoren einer kräftigen Organisation, die eine regelmäßige, große und sichere Villetabnahme garantieren könnte, nicht entgegenkommen könnte und müßte.

Als unsicherer Kantionist erweist sich immer mehr der Halle'sche Komet. Seit Jahr und Tag wird er mit einer Liebe und Sorgfalt in der Presse, den Zeitschriften, Büchern und im Alltagsgespräch behandelt, daß wir wirklich mehr entgegenkommen von ihm erwarten könnten. Er narzt uns. Sein Kern nimmt nach den neuesten Beobachtungen gar nicht mehr an Helligkeit zu und der Schweif ist sehr unbedeutend. Dazu werden die Beobachtungsbedingungen bald wieder ungünstiger. Und ob er in der zweiten Hälfte des Mai am Abendhimmel mehr Glanz entfalten wird, ist sehr fraglich.

Bevölkerungstatistik der Vereinigten Staaten. Aus New York wird berichtet: Auf Grund der bisher genommenen Ergebnisse der Volkszählung schätzt das amerikanische statistische Amt die heutige Bevölkerung der Vereinigten Staaten auf 91 424 423 Seelen. Allein in den letzten zehn Jahren ist die Bevölkerung der Vereinigten Staaten um 15 121 096 Seelen gewachsen. Die größten Städte Amerikas sind nach der neuen amtlichen Schätzung New York mit 4 563 003 Einwohnern, Chicago mit 2 292 726 und Philadelphia mit 1 540 429 Bewohnern.

Kleines feuilleton.

Mit Franz Nikolaus Finck, dem Privatdozenten für Sprachwissenschaft an der Berliner Universität, der am letzten Freitag im besten Mannesalter ganz unerwartet verstorben ist, ging ein außergewöhnliches Sprachgenie dahin, und die Kunde, die sein Tod dem Lehrkörper der Berliner Universität gerissen, ist vorläufig überhaupt nicht auszufüllen. Als er im Jahre 1903 die ersten Vorlesungen ankündigte, lafen wir mit ungläubigem Staunen, daß ein und derselbe Herr indo-germanische, Vantuneger- und polynesische Sprachkurse abhalten wollte. In den Kreisen der Fachgelehrten, besonders bei den exotischen Philologen, galt er als wandelnde Universalgrammatik und als lebendes Lexikon und wurde als solches von ihnen wie von den Studenten auch in entsprechender Weise gehalten und mißbraucht. Uebersetzungen aus dem Chinesischen ins Arabische, vom Säkimonischen ins Papuanische, vom Mexikanischen ins Indische, waren für diesen Gelehrten ein Kinderspiel. Neben seinen Sprachstudien, bei denen er sich mit der hohen Kenntnis einer Sprache nicht begnügte, sondern sie in ihrem Wesen zu erfassen und in ihren Zusammenhang mit anderen einzureihen suchte, fand er immer noch Zeit zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen und zur Herausgabe einer Anzahl von Werken. Vor zehn Jahren wurde er in weiteren Kreisen durch sein Buch „Der deutsche Sprachbau als Ausdruck deutscher Weltanschauung“ bekannt. In diesem Jahre erschienen in der Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt“ zwei Bändchen aus seiner Feder „Die Haupttypen des Sprachbaues“ und „Die Sprachstämme des Erdkreises“, die zwar eine Menge anregender Gedanken enthalten, aber leider zu sachwissenschaftlich gehalten sind, so daß selbst der gebildete Laie sich nur mit großer Mühe durch die Menge des hier gebotenen Materials hindurcharbeiten kann. eg.

Theater.

Schiller-Theater: „Die Liebe wacht“. Lustspiel von Cailabet und Hier. Kein Schläger ersten Ranges wie die fantose, aus den Lesing-Theateraufführungen bekannte Königsposse der beiden Autoren, ragt immerhin auch diese zuerst im Lianon gespielte Komödie weit über das Niveau der landläufigen Pariser Bühnenfabrikate hinaus. Das in Damas „Francillon“ erntet und in scharf polemischer Zuspitzung gegen die korrupte Chemämernormal behandelte Thema, daß eine Frau, die ihren Gatten liebt, seine

Töpfer Hausbesitzer ist, benutzte Dr. Fraenkel als „Waffe“, indem er fragte: „Halten Sie den Besitz von Mietshäusern, aus denen Sie einen Teil Ihres Einkommens beziehen, für vereinbar mit der Stellung eines das Privateigentum bekämpfenden Arbeiterführers?“ — Nun die schweren Vorwürfe Roche's. Der äußerst objektive Vorsitzende wollte nicht nur allgemeine Redensarten hören, sondern auch wissen, worin die furchtbaren Vergehen der Angegriffenen bestanden.

Er fragte Roche: Sind Sie noch Sozialdemokrat?
Roche: Demokrat bin ich nicht mehr, Marxist ja. Ich bin Individualist, weil die Demokratie das nicht bringt, was ich mit darunter vorstelle habe.

Der Vorsitzende fragte weiter, weshalb Roche sich nicht an die Parteinstanzen gewandt habe. Nach der Schilderung Roche's müssen diese Instanzen aus erbärmlichen Schäften bestehen. Was nun Roche vortrug, waren „alle Kamellen“. Der frühere durch Selbstmord geendete Hauptkassierer Lange hat etwa 1500 M. unterschlagen, die sein Sohn auf Heller und Pfennig erforscht hat. Wie die damaligen Revisoren erklären, ist diese Sache nie verheimlicht worden. Die fabelhaften Summen, die nach der Behauptung Roche's „abhandelt“ gekommen sein sollen, waren Rechenfehler, die durch die Ueberrahme in andere Hände entstanden waren. Die Revisoren erklären, das sei dem stets herumlaufenden Roche bekannt gewesen. Er behauptet, er sei entlassen worden, weil er empört gewesen sei über die Maßregelung des im Zentralvorstande beschäftigt gewesen Hilfsarbeiters Zeißig, der, nebenbei bemerkt, gegen die Vorstandsglieder intrigiert und diesen vorgeworfen hat, sie versteuerten nicht ihr richtiges Einkommen, was sich als un wahr herausstellte. Der „Idealist“ Roche war, wie er selbst sagte, schon nach dreimonatiger Tätigkeit im Zentralvorstande mit den Vorstandsmitgliedern „innerlich zerfallen“, weil diese nicht mehr „innerlich zur Arbeiterbewegung gehörten“.

Dr. Farkheim bemerkte hierzu sarkastisch: „Der Idealist Roche, der schon nach so kurzer Zeit innerlich zerfallen war mit dem Vorstande, plätscherte noch ein und dreiviertel Jahr weiter in diesem Sumpf herum und würde noch jetzt munter darin umherplätschern, wenn er nicht aus Trodne gejagt worden wäre.“

Wie aus der langen Beweisaufnahme hervorgeht, ist es gerade Töpfer gewesen, der, obwohl er vor Roche gewarnt worden war, über diesen die Hand gehalten, ihn zweimal aus dem Sumpf hinauszog (Roche hatte sich in seinen früheren Stellungen infolge seines persönlichen Verhaltens unmöglich gemacht), wofür ihm sein Protog „ewig dankbar“ sein wollte. Unter feierlicher Befestigung gelobte Roche Besserung und wurde Hilfsarbeiter im Vorstande. Das alles schilderte Töpfer, hinzuzufügen, Roche habe aus Dankbarkeit sofort intrigiert. Der „Idealist“ Roche spielte vor Gericht eine sehr kägliche Rolle. Alles gelang ihm glänzend vorbei. Der Schlüssel zu seinem Vorgehen ist, daß er nicht schnell genug abancierte. Er wollte der Tonangebende sein.

Der entlassene Zeißig meinte, in einem solchen Betriebe dürfe es nur völlig Gleichberechtigte geben. Der Zeuge will also keine Geltung anerkennen.

Vorsitzender: Weiter haben Sie nichts vorzubringen?

Zeuge: Ja, man könnte ja noch viele Kleinigkeiten vorbringen.

So geht's noch eine Weile fort. Doch lassen wir das Gericht sprechen: Der Angeklagte Roche wird zu 200 M., Kater zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, die Widerklagten (diese haben in einer Erklärung im Verbandsorgan den „Roten Sumpf“ belüchtet) werden freigesprochen. Die Verhandlung habe nichts für die inkriminierten Behauptungen ergeben, der Wahrheitsbeweis sei misslungen. Die Kläger hätten selbst mit der Kassenführung Langes nichts zu tun gehabt. Abgesehen von dem Fall Lange, für den die Kläger nicht verantwortlich seien, handle es sich nur um einige Rechenfehler. In jedem größeren Betriebe, auch in sozialdemokratischen, müsse eine Leitung sein und Ordnung herrschen, könne nicht jeder tun was er will. Trotz der Schwere der Beleidigung sei von einer Gefängnisstrafe abgesehen worden, weil der Angeklagte Roche die Großsäre in der Erregung über seine Entlassung geschrieben habe. Kater habe sich erkundigt, ob die Angaben wahr seien; mehr könne man von einem Verleger nicht verlangen, weshalb gegen ihn auf eine niedrigere Geldstrafe erkannt worden sei.

Wir gratulieren den Reichsverbändlern zu ihrem interessanten „roten“ Dumbdesgegnen!

Herzliche Irrungen.

Am 8. März wiesfen wir auf die schweren Gesundheitsbedingungen hin, denen Vergarbeiter durch die neuen technischen Einrichtungen — vor allem die sogenannten „Schüttelrutschen“ und die automatischen Bohrhammer ausgesetzt sind. Wie wenig diese Wirkungen von manchen Ärzten bislang erkannt sind, zeigt ein kürzlich verhandelter Unfallprozess.

Im Januar 1908 hatte der Bergmann Sch. auf der Gustav-Grube zu Rothenbach in einem circa 1,30—1,50 Meter hohen Stütz das Hangende mit einer der neuen pneumatischen Bohrmaschinen anzuhören. Bei der Arbeit des Bohrers trat plötzlich ein so heftiger und schwerer Blutsturz ein, daß Sch. sofort die Grube verlassen mußte. Er hat nicht wieder gearbeitet. Am 14. Juli 1908 erlag er in einer Heilstätte, in welche ihn die Landesversicherungsanstalt geschickt hatte, einem weiteren Blutsturz. Bereits vor dem Unfall war er von einer leichten Lungenblutung befallen gewesen.

Die Hinterbliebenen, Witwe und 5 Kinder, erhoben an die Berufsgenossenschaft Anspruch auf Hinterbliebenenrente.

Die Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch ab. In den Gründen heißt es: Es habe keine Überanstrengung vorgelegen, der tödliche Blutsturz habe mit dem im Januar erlittenen nicht in Verbindung gestanden; der Tod sei nicht Folge des Unfalles. Der behandelnde Arzt hatte erklärt, es sei wohl anzunehmen, daß die Überanstrengung beim Heben und Arbeiten an der Bohrmaschine die Blutung veranlaßt habe. Die eigentliche Ursache habe wohl in einer vererbten inneren Lungenerkrankung gelegen. Etwa auch die Überanstrengung an der Bohrmaschine nicht in ursächlichem Zusammenhang mit dem Tode, so lasse sich doch ein gewisser Einfluß derselben auf das Leben und den Ausgang nicht absprechen.

In der schiedsgerichtlichen Verhandlung erklärte der ärztliche Sachverständige des Schiedsgerichts, ein Geheimer Medizinalrat, es als sehr wohl möglich, daß durch die Anstrengung bei der nicht ganz intakten Herzstätigkeit und der bestehenden Lungenerkrankung die Lungenblutung eingetreten sei. Ein als Beisitzer anwesender Obersteiger erklärte, daß die Bohrmaschine zur Zeit des Unfalles erst kurze Zeit in Gebrauch gewesen seien und die Arbeit mit einem solchen, namentlich wenn sie von einem damit noch nicht geübten Bergmann verrichtet werde, als eine schwere bezeichnet werden müsse, da bei derselben der ganze Körper in Erschütterung komme.

Das Schiedsgericht nahm eine Befestigung der Unfallstelle und eine Vorführung der Arbeit mit dem Bohrhammer vor. Das hierüber aufgenommene Protokoll besagt: „Zur Vergegenwärtigung des Unfallortes, welcher sich darin geltend macht, ab gegen das Hangende, gegen den Mittelstöß oder gegen unterliegende Kasse angebohrt wird, wurde nach den 8 Richtungen hin gearbeitet. Es zeigte sich, daß namentlich bei dem Bohren gegen das Hangende, bei welchem der Bohrende gezwungen ist, in kniender Stellung, den Bohrer gegen die Leitbahnen gestemmt, zu arbeiten, der ganze Körper nachhaltig erschüttert wird. Von der Hochgradigkeit der Erschütterung haben sich sowohl der Bergmeister G., wie der

unterzeichnete Vorsitzende, die selbst den Bohrer geführt haben, persönlich überzeugt.“

Ein Kasserer bezeugte, daß das Bohren zu Anfang, d. h. so lange man noch keinen genügenden Stützpunkt gefunden habe, ungleich schwieriger und anstrengender sei, als später, wenn der Bohrhammer schon einige Zeit ins Gestein eingedrungen sei.

Zwei andere Zeugen bezeugten, daß der Bohrhammer 48 Pfund schwer gewesen sei.

Trotz dieses Befundes gelangte der nun gehörte Sachverständige Professor Alexander in Breslau zu einem den Hinterbliebenen ungünstigen Gutachten. Der Gutachter kam zu dem Ergebnis, daß die Möglichkeit, aber nicht die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenhanges der während der Arbeit erfolgten Lungenblutung mit dem Tode vorliege. Zu diesem Ergebnis gelangte der Arzt auf Grund von Deduktionen, die sich nicht durch Logik auszeichnen, aber eine verblüffende Weltfremdheit bezüglich der Dinge zeigen, ohne deren Kenntnis ein ärztliches Gutachten wertlos ist. Der Professor führt aus: Zur Entstehung der Lungenblutungen bei bestehender Lungentuberkulose sei irgend eine äußere Einwirkung auf den Körper des betreffenden durchaus nicht notwendig, namentlich sei dazu bringend eine Verletzung oder Erschütterung des Körpers oder eine Anstrengung nicht erforderlich. Lungenblutungen treten bei Personen, welche körperliche schwere Arbeit verrichten, nicht häufiger auf, als bei solchen Personen, welche niemals Veranlassung hätten, sich körperlich anzustrengen. Sie träten während der Arbeit nicht häufiger auf, als nach der Arbeit und ein großer Teil dieser Lungenblutungen ereigne sich bei solchen mit Tuberkulose behafteten Personen, welche zur Zeit der Blutung im Bette liegen oder selbst schon längere Zeit dauernd im Bette gelegen hätten. Der Zeitpunkt, an welchem die Blutungen stattfinden, sei dem Zufall unterworfen. Sie treten mit dem Augenblick ein, in welchem die Festigung der Gefäßwand durch den Krankheitsprozess vollendet werde. Und das könne natürlich zu jeder Zeit geschehen.

Die ungewisse Mehrzahl aller Lungenblutungen bei Tuberkulose sei von äußeren Einwirkungen auf den Körper völlig unabhängig und hänge lediglich mit dem Fortschreiten des Krankheitsprozesses nach einer bestimmten Richtung hin zusammen, welche mit einer Verschlimmerung des ganzen Krankheitsbildes durchaus nicht einhergehen brauche, so daß die Blutung für den Kranken, für seine Umgebung und für den Arzt überraschend aufträte.

Dennoch könne die Möglichkeit, daß in einem einzelnen Falle einmal die infolge des Krankheitsprozesses schon unmittelbar drohende Blutung in einem gegebenen Augenblick hervorgerufen, gewissermaßen ausgelöst werde, nicht völlig in Abrede gestellt werden. Man könne sich vorstellen, daß unter dem Einfluß einer Quetschung oder Erschütterung des Körpers oder durch eine schwere Anstrengung die schon in Vorbereitung begriffene Eröffnung eines Gefäßes durch den Krankheitsprozess vollendet, daß die schon verdünnte Gefäßwand völlig durchtrennt werde. Es sei dies allerdings eine mehr theoretische Feststellung, welche das Eintreten von Lungenblutungen bei oder unmittelbar nach den genannten Einwirkungen erklären solle, durch ärztliche Erfahrungen und wissenschaftliche Beobachtungen sei diese Feststellung allerdings nicht ausreichend gesichert.

Insmerhin könne in einem einzelnen Falle die Möglichkeit, daß in der geschilderten Weise eine Lungenblutung bei einem an Tuberkulose erkrankten Menschen durch eine Erschütterung des Körpers oder durch eine schwere Anstrengung herbeigeführt werde, nicht ausgeschlossen werden.

Die Wahrscheinlichkeit für die angegedeutete Möglichkeit werde im einzelnen Falle um so größer sein, je größer die Erschütterung des Körpers oder die Anstrengung bei der Arbeit gewesen sei.

Das oft wiederholte Heben eines Gewichtes von 21,5 Kilogramm und das Anstemmen eines schweren Bohrers und die Handhabung des Bohrers gegenüber schwerem Gestein, noch dazu in unbehaglicher Körperstellung und bei noch nicht ausreichender Einübung für die Arbeit, bestimmten den Professor allerdings zu der Auffassung, daß die bei der Arbeit des Sch. am Unfallstage notwendige Anstrengung doch immerhin eine recht bedeutende gewesen sei, wenn sie auch wahrscheinlich über das in dem betreffenden Betriebe übliche Maß von Anstrengung nicht hinausging. Die Anstrengung sei groß genug gewesen, um die Möglichkeit, daß diese Anstrengung bei einem zur Lungenblutung disponierten, an Tuberkulose erkrankten Menschen den Ausbruch der Blutung beschleunigt oder herbeigeführt, zugeben zu müssen. Die Frage aber, ob es wahrscheinlich sei, daß, wenn Sch. am 11. Januar 1908 die fragliche Arbeit nicht verrichtet hätte, die Blutung nicht erfolgt wäre, könne er keineswegs mit einem Ja beantworten. Dennoch sei die Möglichkeit, daß die Lungenblutung vom 11. Januar 1908 mit der an diesem Tage von Sch. verrichteten Betriebsarbeit ursächlich zusammenhänge, nicht ausgeschlossen, aber ein höherer Grad von Wahrscheinlichkeit für diese Annahme sei nicht vorhanden.

Die Witwe wurde auf Grund dieses Gutachtens in beiden Instanzen abgewiesen.

Nun hungert die Witwe, nun hungern ihre fünf Kinder, weil Kerge und Richter aus nur Menschen sind, die sich irren können. Freig ist das Alexander'sche Gutachten und irrig sind die auf ihm sich aufbauenden Entscheidungen. — Lungenblutungen sollen bei Personen, welche schwere körperliche Arbeit verrichten, nicht häufiger auftreten, als bei solchen Personen, welche niemals Veranlassung haben, sich körperlich anzustrengen! Wenn das ärztlich erwiesen ist, wenn das das neueste Ergebnis ärztlicher Forschung ist, dann befinden sich ja noch immer Tausende von Kerkern in albertlicher Anstalt! Ruhe, Ruhe, ja keine Anstrengung, das ist der Rat, den sie mit Recht stets erteilen, wenn nur die Möglichkeit einer Lungenerkrankung besteht.

Wenn ärztliche Erfahrung und wissenschaftliche Beobachtungen auf dem Standpunkt des Alexander'schen Gutachtens stehen, wären sie geringwertiger als die Kenntnisse von Laien. Glücklicherweise steht die Auffassung des Professors Alexander vereinzelt da. Zu bedauern ist, daß gegenüber so offensichtlicher Unkenntnis über die Wirkung der Bohrhammerarbeit das Reichsversicherungsamt nicht noch einen anderen Arzt geholt hat. Der verstorbenen Vergarbeiter war nicht ganz lungenlos. Wenn eine Arbeit für ihn ungeeignet war, so jene, die er zu verrichten hatte. Ihr ist er erlegen! Er ist ein Opfer dieser Nordmaschinen geworden, die schon so unfähliches Unheil für die mit ihnen Beschäftigten hervorgerufen haben. Eine speziellere Prüfung der Wirkungen dieser Maschinen auf die Gesundheit der Vergarbeiter tut dringend not.

Soziales.

Stiftsprämien.

Im Gemeinderate von Vera-Neuh hatte der Genosse Leben im Jahre 1908 die energische Bekämpfung der in Vera besonders großen Säuglingssterblichkeit beantragt. Jetzt hat der Gemeinderat nach einer Vorlage des Stadtrates die Einführung von Stiftsprämien als Mittel zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit beschlossen. Krankenkassenmitglieder sollen erhalten: von der 6. bis zur 8. Woche 1,25 M., von der 9. bis zur 13. Woche 2 M. wöchentlich. Nichtkassenmitglieder erhalten während der angegebenen Zeit 1,50 und 2 M. In den Monaten Juni, Juli, August werden wöchentlich 25 Pf. mehr gezahlt. Für die Zeit von der 14. bis zur 20. Woche wird eine besondere Prämie von 10 M. gewährt. Die Unterzählung erhalten nur diejenigen, deren Jahreseinkommen 1200 M. nicht übersteigt. — Zwei Gemeinderatsmitglieder hatten den Rat, gegen die Vorlage zu stimmen. Einer der beiden war der „reichstreu“ Textilarbeiter Gardt.

Aus Industrie und Handel.

Hohe Fleischpreise.

Die Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ über Fleischpreise in 50 preussischen Städten ergeben folgende Durchschnittspreise:

	April 1908	April 1910
1 Kilogramm	1 Kilogramm	1 Kilogramm
Rindfleisch	154	154
Kalbfleisch	171	177
Lammfleisch	163	170
Schweinefleisch	155	161
Schweinepied (ger.)	178	187

Das sind erhebliche Steigerungen. Das Bild wird noch ungünstiger, wenn man die Bewegung der Preise bei den einzelnen Sorten verfolgt. So schnellte der Preis für Schweinefleisch von 171 auf 175 Pf. pro Kilo hinauf; bei der nächst teuersten Sorte (vom Bug) trat eine Verteuerung um 5 Pf., von 160 auf 165 Pf. ein, während der Preis für Kopf und Schweine pro Kilo von 94 auf 98 Pf. stieg. Bei der billigsten Sorte ist demnach die Verteuerung am schärfsten, macht sie doch 10,7 Proz. aus. Auch der Preis des Rückenfettes ist erheblich stärker gestiegen als der für die besseren Sorten Schweinefleisch. Im April vorigen Jahres kostete 1 Kilo 152 Pf., jetzt 163 Pf. Die Kernsorten werden von der Verteuerung am härtesten betroffen.

Wirkungen der erhöhten Tabaksteuer.

Wie die „Tabakzeitung“ meldet, ist der Zigarettenabsatz „zum Teil auf die Hälfte herabgegangen und die Lager der Fabrikanten sind überfüllt. Mit Arbeitseinschränkungen allein kann man sich vielfach nicht mehr helfen, sondern muß, der Not gehorchend, zur völligen Stilllegung der Betriebe übergehen. In Baden haben bereits 18 000 Unterstellungen an beschäftigungslose Arbeiter bewilligt werden müssen, und an eine nennenswerte Verringerung der Konjunktur ist in absehbarer Zeit nicht zu denken. Da hierunter auch die mittleren und kleineren Fabrikanten sehr empfindlich zu leiden haben, ist im Verband der Zigarettenfabrikanten ein Antrag eingebracht worden, durch Vermittlung des Deutschen Tabakvereins bei den gesetzgebenden Faktoren darauf hinzuwirken, daß den Fabrikanten für die nachteiligen Folgen des neuen Tabaksteuergesetzes ebenfalls eine billige Entschädigung aus Reichsmitteln gewährt wird. Die kürzlich stattgehabte Generalversammlung nahm diesen Antrag nach eingehender Debatte an. Als Maßstab für die Entschädigung wurde der Umfang und die Dauer der Arbeitseinsparungen in den einzelnen Fabriken im Vorschlag gebracht.“

Eine Geldvermittlungsstelle der deutschen Stadtverwaltungen.

Der Kreditbedarf der deutschen Städte geht in Hunderte von Millionen Mark. Jetzt ist eine Einrichtung ins Leben getreten, die den Zweck hat, einen Austausch von Vorkrediten zwischen den Städten, die über flüssige Mittel verfügen, und denen, die vorübergehend Geld bedürfen, zu ermöglichen. Die Vermittlungsstelle hat ihren Sitz in Kassel, der dortige Magistrat leitet sie. Alle deutschen Städte mit mehr als 80 000 Einwohnern können sich dieser Einrichtung anschließen. Zur Deckung der entstehenden Unkosten trägt jede angeschlossene Stadt jetzt vorläufig 10 M. jährlich. Der Gedanke, der dieser Organisation zu grunde liegt, ist sicher sehr beachtenswert. Die Kreditorganisation der Städte muß jedoch ganz anders ausgebaut werden.

Rückgang des Stahlverbands. Die Direktion des Stahlwerksverbandes schätzt den Aprilverband in A-Produkten auf rund 410 000 Tonnen gegen 608 383 Tonnen definitiven Verband im Vormonat.

Brau-Union. Der Bildung einer Vereinigung des deutschen Brauwesens haben, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, bereits 93 Brauereiverbände zugestimmt.

Einschränkung der Braunkohlenproduktion.

Aus Guben wird unterm 9. Mai berichtet: Das Niederlausitzer Braunkohlenbündel beschloß eine Produktionsbeschränkung um ein Drittel. Es sind für 8 Millionen Mark Kredit ausgestellt.

Das Essener „Glückauf“ berichtet vom Ruhrkohlenmarkt, daß der Absatz in Kohlen im April besser gewesen sei als im März. Der Absatz in Hochofenkoks dagegen war schwächer, die Einbuße wurde jedoch durch gesteigerte Seeausfuhr und Lieferung von Bruch- und Stiebloks ausgeglichen.

Folgen der Biersteuer. Die Maschinenfabrik Grebenbroich in Grevenbroich klagt in dem Geschäftsbericht über die neue Biersteuer. Diese habe verschuldet, daß die Brauereien, auf deren Aufträge die Fabrik in dem neubauten Schwelz- und Emailwerk in der Hauptsache angewiesen sei, mit ihren Bestellungen während des ganzen Jahres außerordentliche Zurückhaltung beobachtet hätten.

Organisierter Gegenstand. Wegen der Einführung einer Reichwertzumsatzsteuer wehren sich die in Betracht kommenden Grundstücksinteressenten mit allen Mitteln. Jetzt planen, wie die „Vossische Ztg.“ mitteilt, diese Kreise einen Zusammenstoß auf breiterer Grundlage: Terraingesellschaften, Hausbesitzervereine, Bauwerkbetreibende, Hypothekendarlehen und Grundstücksmakler sollen vereint die Reichsteuer bekämpfen. Vorläufig ist die Organisation nur für Berlin gedacht, sie soll sich aber später über das ganze Reich ausdehnen.

Starke Auswanderung. Die Nachrichten von der Besserung der amerikanischen Wirtschaftslage, die vor mehreren Wochen in Europa verbreitet waren, haben ihre Wirkung auch in einer verstärkten Auswanderung nach den Vereinigten Staaten gehabt. Im April wanderten nämlich über Hamburg 13 857 Personen aus gegen 10 470 im April 1909, 5414 im April 1908 und 20 836 im April 1907. In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres wanderten über Hamburg aus 48 942 Personen gegen 45 754 in 1909, 17 693 in 1908 und 68 231 in 1907.

Die Lage am Eisenmarkt. In den letzten acht Tagen sind die Preise für kontinentales Halbzeug in England um einen Schilling gesunken. Die Berichte aus den einzelnen Bezirken lauten weniger zuversichtlich als bisher.

Der amerikanische Eisenmarkt.

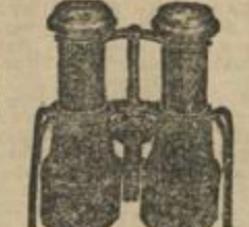
Der allzu impulsive Steigerung der Erzeugung im Vorjahre von 16,04 auf 26,12 Millionen Tonnen ist eine äußerst nachhaltige Reaktion gefolgt, die in den letzten Wochen zu einer Devote am amerikanischen Roheisenmarkt umschlug. Zwar ist von interessierter Seite wochenlang versucht worden, durch Stimmungsbilder die Lage des amerikanischen Eisenmarktes günstiger darzustellen, als sie in Wirklichkeit war, aber die Steigerung der Produktion und der Vorratsschmelze der Verbraucher war eine so ungelände, als daß nicht schließlich die Ueberlastung des Marktes offenbar werden und auf die Preise einen starken Einfluß ausüben mußte. Selbst als schon die ungünstige Position des amerikanischen Roheisenmarktes kaum zu verkennen war, wurde die gute Stimmung durch Berichte von dem guten Geschäftsgange in Fertigfabrikaten anrechtzuerhalten gesucht, aber die letzten Berichte vom amerikanischen Eisenmarkt geben immer dunkler zu, daß auch eine Stöckung in der Nachfrage nach Fertigfabrikaten eingetreten ist. Die ungesunde Ueberlastung des amerikanischen Roheisenmarktes hat dem bereits zu weitgehenden Produktionsbeschränkungen geführt, so daß im April nicht weniger als vierundzwanzig Hochofen abgedrosselt wurden. Neben der Ueberfüllung des amerikanischen Eisenmarktes hat die Zurückhaltung der Käufer in den letzten Wochen zu starken Preisermäßigungen geführt. Der Preis für Roheisen foundry No. 2, der vom Mai bis Ende Oktober des Vorjahres von 16—18,50 auf 19—19,50 Dollar pro Tonne gestiegen war und sich auf dieser Höhe noch bis gegen Mitte Dezember hielt, notierte am 26. Januar mit 18 1/2—19 und sank bis zum heutigen Tage auf 16,50—17,25 Dollar pro Tonne, so daß der ungünstige Preisstand vom Mai 1909 zurzeit nur noch um 1/2 Dollar übertrieben wird.



Optiker Ruhnkens
„Meteor“
Reise- und Sportglas
4 1/2 mal Vergrößer. M. 36.—
5 „ „ „ „ „ 42.—



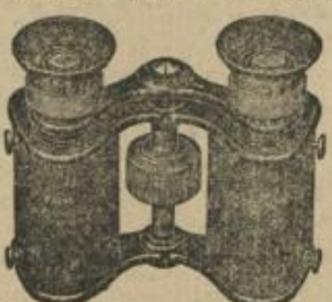
Optiker Ruhnkens „Ortho“-Kneifer
mit Optikkörper
Ia. Qual. Hartnickel M. 4.—
Spezial-Gold-Double 8.50



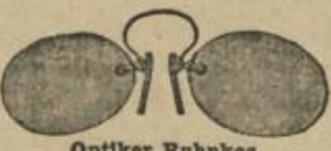
Optiker Ruhnkens
„Universal“
Jagd- u. Sportglas
großes Gesichtsfeld, starke
Vergrößerung, mit dauer-
haftem Futteral . . M. 12.—



Optiker Ruhnkens
**Salon-Spring-
Lorgnette**
imit. Schildpatt M. 5.50
echt 12.—



Optiker Ruhnkens
Spezial-Prismen-Glas
5 Jahre Garantie
5malige Vergrößerung . . . M. 70.—
8 „ „ „ „ „ 80.—
Deutsches Fabrikat.



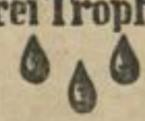
Optiker Ruhnkens
— Sport-Kneifer —
gewöhnliche Qualität M. 1.—
bessere 2.50
Gold-Double 4.50

Unentgeltliche ärztliche Angengläser-Verordnung

Linkstr. 1 Brunnenstr. 12 Am Alexanderplatz
11-1 u. 5 1/2-7 1 1/2-4 1/2 10 1/2-12 u. 6-7

Verlangen Sie die kostenlose
Zusendung meiner Broschüre
Wie man ein Fernglas wählt.

Drei Tropfen



Kaol

flüssige Metall-Politur

**machen das
schmutzigste Metall
spiegelblank**

in Flaschen von 10 bis 50 Pfennig
Überall zu haben.

Fabr.: Lubszynski & Co., Berlin NO.

Torpedo-Schreibmaschinen,
Modell 3, verkaufe ich zu billigem Preise mit voller Garantie,
da Modell 4 herausgekommen. Vorführung kostenlos.
Franz Kaiser, Mehrrenstraße 22/23.

Phänomen

Cigaretten
Qualitätsmarke

mit und ohne, auch mit
Goldmundstück, St.
2, 3, 4 und 5 Pf.

Cigarettenfabrik
NAMKORI



2. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 8. Mal, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

2018 195 97 221 425 [500] 26 514 25 487 3045 171 226 95
426 583 97 692 736 94 655 511 4212 308 49 413 392 823
[500] 65 5107 94 213 18 371 [1000] 478 [500] 245 654 [1000]
732 802 51 901 6229 110 68 813 80 7081 507 502 608 18 17
700 890 19 931 8029 80 209 384 430 25 9009 106 348 782 809
29 31
10127 [1000] 113 73 68 684 11366 486 521 713 [1000]
903 12950 302 439 241 822 [1000] 69 359 458 [500] 44 507
3 [1000] 14048 198 301 857 35 414 [1000] 63 557 82 412
761 [1000] 68 [1000] 91 942 15044 126 [500] 65 291 369
445 214 658 [500] 97 323 53 932 16066 156 213 71 517 372
66 [1000] 17053 153 297 300 [500] 418 551 691 782 18000
71 93 470 325 98 807 14 17 932 42 43 19042 208 27 87
460 548 671 716
20016 190 144 414 801 743 21008 29 247 419 28 713
841 22308 98 114 [1000] 79 94 407 66 329 23092 399 782
928 22208 808 416 80 784 856 80 25488 323 26088 111
644 62 97 726 867 911 27362 72 80 301 [1000] 28444 [500]
603 74 81 968 29030 111 39 51 219 58 63 450 591 770
30141 279 302 32 308 633 754 804 31084 118 608 771
878 32204 81 600 782 33010 60 181 210 78 89 608 12 29
73 372 973 34108 219 28 81 399 407 902 19 990 35197 509
76 83 667 606 71 [1000] 737 21 89 78 36367 328 64 63
624 33 59 37056 350 426 500 [1000] 841 712 843 38001
97 109 18 319 416 608 909 39183 [1000] 419 719 804
40042 229 928 711 41072 194 350 329 66 [500] 640
740 800 41 [1000] 95 941 42006 35 38 101 215 320 71 420
930 122 551 938 43389 576 892 444 [1000] 306 72 440 [1000]
556 990 45666 63 [1000] 676 713 802 46113 45 246 65 887
711 18 837 47066 149 346 477 519 42 95 [1000] 699 394
48124 83 [1000] 96 813 813 917 49120 278 849
50188 215 91 91 881 [500] 390 803 [500] 984 35 51108
[500] 97 [1000] 681 780 222 53 [500] 52133 233 487 804
737 99 808 53156 417 60 542 87 91 613 826 916 [1000]
91 84 54577 [1000] 967 55011 96 297 371 491 808 90 906
82 87 56188 [1000] 320 30 347 408 893 903 57000 178
254 372 82 641 [1000] 743 58384 521 845 229 59138 260
60 302 570 [1000] 90 39 97 711 812
60001 171 92 321 36 401 78 800 61202 345 813 713
62155 438 [1000] 82 324 608 46 716 [500] 63144 377 625
819 622 [1000] 64015 362 74 363 498 666 74 [1000] 802 71
116 625 322 5 518 13 86 75 706 66028 45 194 [1000] 350
87 270 849 900 67098 146 227 36 321 681 704 19 244
71 68111 88 899 766 [1000] 444 69209 20 70 147 81 300
9 17 323 828
70137 274 658 97 947 71099 403 632 72268 836 490
775 73015 820 67 74234 27 656 70 789 800 75206 77 393
635 819 307 68 76121 219 422 761 935 77106 300 324 27
[500] 967 78251 304 471 751 302 79415 [500] 28 [500] 563
80028 108 90 990 82 81119 71 [1000] 872 977 82101
85 99 206 18 654 788 984 83071 287 810 [1000] 658 [1000]
84660 56 722 43 85303 432 83647 80 [1000] 658 [1000]
729 63 809 876 [1000] 621 621 82 85668 749 800 950 96 89288
880 423 84 842 729 [1000] 89 915 [1000]
90219 21 [1000] 181 92 292 543 604 54 733 908 91868
525 [500] 53 [1000] 65 87 597 786 92715 [1000] 93068 89
122 57 84 [1000] 213 407 794 94130 34 625 39 851
95184 97 217 396 604 46 727 88 [500] 984 96107 56 738
924 84 97112 [1000] 811 447 61 411 826 98066 250 879 487
44 76 622 98 700 39 932 99117 472 651 711 814 [1000]
100000 98 275 428 239 608 702 66 101419 502 832
102105 41 265 306 430 508 [1000] 10 806 904 48 99
103205 132 94 258 42 [1000] 626 104297 304 468 41 559
64 [1000] 83 659 105014 302 92 632 729 99 [500] 106840
86 907 107121 87 275 85 630 98 834 108083 772 801 854
109074 465 709 819 37
110135 10 32 98
112014 118 587 800 [500] 28 113049 91 101 93 [500]
221 397 [1000] 817 [1000] 95 794 3 841 900 114327 45
93 84 875 901 115015 471 594 [500] 709 9 116190 246
64 629 77 781 117047 [1000] 66 93 781 948 [500] 63 [500]
118400 725 844 119002 177 773 [1000] 838 826 [1000] 824
120016 67 60 771 207 29 812 [500] 811 37 27 547
141 [1000] 237 314 810 872 122070 [500] 212 37 27 547
473 964 123158 [1000] 41 273 504 825 771 124051 871
560 965 84 125 114 47 862 126247 451 645 [1000] 70
833 63 127060 214 296 584 89 811 913 128000 30 139
[1000] 234 702 91 804 20 129097 288 91 84 439 94 700
809 38 46 [1000] 870
130093 337 360 681 86 857 981 131300 311 132132
[1000] 227 350 84 481 546 814 86 897 133441 59 [500]
71 83 540 623 [1000] 63 608 44 134100 504 700 869
[1000] 80 991 [1000] 135190 368 531 665 721 825 46 50
136986 180 760 819 [137] 102 502 634 138174 236 503 646
139127 58 277 789
140286 309 425 [1000] 521 624 141306 521 142054
317 [1000] 85 260 [1000] 489 543 143303 50 500 699 711
61 [1000] 144277 407 517 [500] 26 89 810 984 145445
[1000] 588 627 146019 [1000] 252 97 474 599 967 [500]
726 512 903 147254 534 554 644 764 813 [1000] 148281
[500] 92 581 81 706 99 149491 70 77 [500] 118 52 518
45 679 39 780 [500] 849 842 [500]
150321 649 815 960 151215 447 664 728 823 [500]
152010 32 547 153190 235 72 329 79 412 27 31 671
154000 [500] 218 825 716 46 155003 310 278 [500] 339
98 345 741 [500] 373 156684 521 645 157022 472 243
[1000] 651 307 158008 409 [1000] 58 [1000] 333 [1000]
96 [500] 883 707 159031 82 92 443 [1000] 601 92 839
25 913

2. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 8. Mal, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

72 117 72 294 214 62 581 86 97 770 914 49 1257 843
948 2035 56 174 75 [1000] 216 [30 000] 20 27 [1000] 484
585 550 799 80 850 [1000] 95 903 3098 215 58 221 54 877
732 707 829 4123 83 265 218 471 890 5075 293 856 419
678 6081 267 421 30 723 45 7171 132 436 549 854 8096
278 443 82 644 653 64 799 9148 [500] 468 702 883
10062 87 719 894 632 [1000] 38 11051 [500] 189
423 577 86 828 18 12101 10 825 96 [1000] 13029 514 808
43 708 [1000] 850 14078 200 804 90 497 514 41 25 713
[1000] 806 [1000] 15308 48 250 417 608 30 297 18046 220
[500] 497 742 17197 868 708 829 18048 148 [1000] 203
424 28 511 46 84 907 80 90 19063 81 134 89 264 302 90
471 770
20043 458 780 800 [1000] 21078 647 846 [500] 22028
[1000] 604 58 [1000] 86 648 23096 100 90 268 88 [500]
533 [1000] 99 58 722 37 45 819 24274 77 687 25452 866
[500] 96 26094 378 [1000] 621 713 52 878 27008 207 238
597 633 46 63 282 28452 878 969 39 22975 423 402 884
[1000] 902 3 63
30029 406 [1000] 709 81 866 31043 [500] 227 433
84 306 899 769 [500] 960 84 302049 49 103 83 308 764 806
996 97 33151 [500] 308 43 301 877 34077 88 306 604 915
35108 75 510 36002 300 435 87 96 37135 60 87 277
[1000] 806 89 904 904 [1000] 38019 164 290 311 82 [500]
639 733 39000 43 253 512 56 710 825 822
40014 43 163 208 453 739 958 41213 87 545 437
787 828 384 [1000] 39 42191 872 86 478 896 873 43144
258 468 594 655 [1000] 723 25 87 887 94 44900 153 413
608 699 724 300 45113 208 589 938 46068 [1000] 187 446
847 621 47045 54 63 229 350 488 88 532 82 [1000] 783 836
48106 [1000] 211 87 844 21 78 89 400 92 900 29 31 [1000]
822 508 82 [500] 49487 81 78 89 400 92 900 29 31 [1000]
[500] 826 32
50074 156 208 488 [1000] 609 787 851 958 51944 85
52104 822 513 817 53096 22 148 87 829 76 418 228 877
601 27 54944 189 373 381 687 730 56 830 30 890 [1000]
55113 239 [500] 79 681 [500] 55197 254 [10 000] 65 223
683 835 84 57325 72 814 49 901 58009 24 228 60 84 78
75 59133 [1000] 299 404 [500] 13 48 548 744
60214 41 487 504 19 88 728 [1000] 61113 544 207
749 91 801 88 962 39 86 62158 464 252 32 706 17 26
63088 295 313 61 75 490 393 704 800 64010 321 96 27 394
426 88 209 600 700 65143 336 81 322 604 800 853 66103
204 5 402 500 668 748 890 805 67069 498 733 73 813 [500]
68227 308 88 433 53 56 [500] 322
70154 77 293 297 747 71068 229 35 43 53 484 232
826 75 72064 99 446 847 [1000] 73003 811 16 43 506
729 74081 121 223 [1000] 358 888 879 972 75021 85 284
445 494 76200 [1000] 210 15 [1000] 423 706 862 324
77644 306 364 402 [1000] 42 97 604 664 71 371 78094
79785 147 251 854 90 665
80063 439 53 776 850 629 81055 186 [500] 203 306
18 24 477 319 854 799 828 82064 64 90 284 321 [1000] 614
45 909 87 83083 187 334 33 778 96 817 84018 137 80
209 18 27 563 832 61 [1000] 85609 210 82 [1000] 416 [500]
533 27 632 716 804 921 86606 133 206 404 17 78 [1000]
79 837 70 87008 [1000] 302 560 88088 113 [1000] 773
854 677 851 96 89008 89 [500] 107 563 812 701 825
90288 489 81 787 71 886 91471 703 968 89 92081
71 182 203 885 820 93004 37 151 [1000] 80 268 990 94064
296 443 [1000] 503 13 628 82 748 861 967 95247 502
480 [500] 51 649 962 96289 491 827 98 97726 37 277 317
[500] 27 57 87 67 [1000] 98043 111 222 399 734 996
99025 57 783 452 628 89
100068 249 376 486 811 817 85 101288 44 248
750 102192 240 406 511 875 822 [1000] 103047 65
110 477 899 104049 88 229 347 425 97 [1000] 514 708
880 859 105048 282 830 47 731 74 106133 53 287
[1000] 497 60 521 988 107063 269 [1000] 477 580 651
974 108158 [1000] 814 85 649 805 78 100361 370
110122 408 274 820 58 973 111778 547 873 880
112112 [1000] 205 821 649 818 25 113188 477 613
[500] 82 891 114124 298 403 811 70 842 73 [500] 974
115096 204 97 429 24 84 86 889 116069 291 [1000]
89 646 60 783 808 812 60 117023 89 170 82 321 760
822 33 928 118187 276 432 505 807 119713 [1000]
860 889
120177 206 57 619 64 802 85 973 121128 489
[1000] 801 947 83 122154 53 204 331 631 123296
287 403 701 811 844 [500] 62 124314 404 11 609 790
125179 250 458 75 512 27 797 844 88 994 126005 77
[500] 238 95 [1000] 788 127091 99 124 [500] 274 371
147 588 [500] 652 800 5 17 128300 32 469 96 662
[500] 953 129091 315 388 931 9
130039 538 891 131058 811 648 85 718 829 61
132009 [500] 288 317 1361 64 753 [500] 75 878 917
133111 215 [500] 475 397 806 840 46 134005 75 [1000]
132 454 86 564 796 602 892 135093 [500] 260 80 307
[500] 509 794 [500] 849 136029 253 825 82 817
137141 344 [1000] 655

Zum bevorstehenden Zusammenschluß der Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande.

Zeit gestern finden im Gewerkschaftshaus zu Hamburg außerordentliche Verbandstage der Organisationen der Transportarbeiter, Hafenarbeiter und Seeleute statt. Zunächst tagt jeder Verband für sich, um dann, am Donnerstag, zu einem gemeinsamen Verbandstage zusammenzutreten...

Trotz einiger Mißverständnisse schlummerte der Fusionsgedanke nicht ein. Auf allen Verbandstagen der drei Organisationen in den letzten Jahren wurde immer wieder die Frage des Zusammenschlusses der Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande angeregt...

Bereits im September 1906 tagte eine gemeinsame Vorstandskonferenz, die für die Schaffung einer Einheitsorganisation die Grundlage schuf.

Der zehnte Verbandstag der Hafenarbeiter (Mai 1908) erkannte diese Grundlage als brauchbar an und beauftragte den Vorstand, „mit den Vorständen der anderen Organisationen in Verbindung zu treten, die Bedingungen für den Zusammenschluß zu stipulieren und den Zusammenschluß unter Wahrung der Interessen unseres Berufes zu vollziehen“.

Der Verbandstag der Seeleute (Mai 1909) erkannte nach wie vor grundsätzlich die Bestrebungen nach Gründung eines Industrieverbandes der Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande als berechtigt an und erteilte, unter gewissen Voraussetzungen, dem Zentralvorstande die Ermächtigung, „im gegebenen Moment gemäß dieser Resolution zu handeln, d. h. alle dann noch erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung des Industrieverbandes zu schaffen“.

Der sechste Verbandstag der Transportarbeiter (Mai 1900) stellte sich ebenfalls auf den Boden der Konferenzbeschlüsse von 1906 und erklärte ferner:

„Die gegenwärtig bestehenden Grenzstreitigkeiten zwischen den Hafenarbeitern und unserer Organisation sind weder ein Hindernis für die Fortführung der Zusammenschlußverhandlungen, noch dürfen sie für die Zukunft ein solches sein, weil nur durch den Vollzug des Zusammenschlusses diese Streitigkeiten ohne weiteres endgültig beseitigt werden können.“

Der Vorstand erhielt den Auftrag, den Zusammenschluß mit allen Kräften zu fördern und zu diesem Zweck neue Verhandlungen mit den Verbänden der Seeleute und Hafenarbeiter anzugehen.

Im Oktober 1909 tagte die erste Konferenz der Vorstände, am 13. Dezember und folgende Tage die zweite, auf der einmütig der Entwurf eines Gesamtstatuts beschlossen wurde, der nun den drei Verbandstagen zur Beschlußfassung zugeht. Dann erfolgt der gemeinsame Verbandstag.

Nach der Vorlage soll die neue Vereinigung den Namen „Deutscher Transportarbeiter-Verband“ führen mit dem Sitz Berlin.

„Dem Verbandsrat können alle im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe zu Wasser und zu Lande beschäftigten Personen beitreten, sofern sie die Bestimmungen des Statuts anerkennen.“

Der Geschäftsbericht der Hafenarbeiter tritt warm für die Vorlage ein.

Es wäre zu wünschen, daß die Verbandstage die Vorlage einstimmig und freudig annehmen; einen um so größeren Eindruck wird das große Werk, das man wohl ohne Ueberhebung ein bedeutendes Kulturwerk nennen darf, auf unsere Gegner, die international organisierten Arbeitgeber, und auch auf die indifferenten, und noch fernstehenden Kollegen machen zum Wohle der Einheitsorganisation — des Deutschen Transportarbeiterverbandes.“

Nach den vorliegenden Geschäftsberichten haben die Verbände unter den Einwirkungen der Krise der letzten Jahre stark gelitten.

Den Transportarbeitern gelang es, den Rückgang von 1908 nicht nur auszugleichen, sondern die Mitgliederzahl überhaupt zu steigern, von 87 746 auf 96 623. Nurzeit dürfte der Verband über 100 000 Mitglieder zählen. Die Einnahme der Hauptkasse beträgt 1909 1 684 338 M., der Kassenbestand am Ende des Jahres 481 909 M. An Unterstützungen aller Art leistete der Verband 818 446 M.

Der Hafenarbeiterverband erzielte bei 22 036 Mitgliedern eine Einnahme von 652 149 M. Der Kassenbestand der Hauptkasse beträgt 97 155 M., der der Lokalkassen 32 305 M. An Unterstützungen aller Art wurden den Mitgliedern 542 235 M. zugewandt, in den letzten zehn Jahren über zwei Millionen Mark. „1,1/2 Mill. entfallen allein auf die Unterstützung bei wirtschaftlichen Kämpfen zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Für unsere kleine Organisation eine respectable Leistung, auf die wir stolz sein können.“

Das Jahrbuch 1909 des Zentralverbandes der seemannischen Arbeiter behandelt eingehend die wirtschaftlichen Verhältnisse an der Wasserfront, wie den Terrorismus der Seefahrer, von denen sich vor allem die Sachwalter der Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd's hervortun. Das reichsgesetzliche Koalitionsrecht der seemannischen Arbeiter glauben diese Herren mit Füßen treten zu dürfen. Dagegen nutzen die Reeder ihr Koalitionsrecht in rücksichtslosester Weise aus, verlangen eine schärfere Bestrafung desertierender Seeleute und finden auch einen guten Resonanzboden.

Trotz wirtschaftlicher Depression, trotz terroristischer Maßnahmen seitens der „Herren von der Wasserfront“ hat der Verband nur wenig Einbuße erlitten. Im Jahresdurchschnitt 1909 betrug die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder 10 604, die der zahlenden 7297, so daß gegenüber dem vorhergehenden Jahre nur ein Verlust von 241 resp. 244 zu verzeichnen ist. Die Gesamtsumme des Verbandes betrug 1909 154 256 M. gegen 163 713 M. im Jahre 1908 und 163 305 M. im Jahre 1907. Das Gesamtvermögen belief sich Ende 1909 auf 150 669 M.

Das ist der Stand der Dinge vor der am Donnerstag zum Abschluß gelangenden Ehe. Daß diese Ehe eine dauernde und allen in Betracht kommenden Arbeitern zum Vorteil gereichen möge, das sei unser herzlichster Wunsch.

Außerordentlicher Verbandstag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Hamburg, 8. Mai.

Am Sonntagmorgen wurde im geschmückt decorierten großen Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses der Verbandstag durch Schumann-Verlin eröffnet. Anwesend sind 123 Delegierte mit beschließender Stimme, sechs Mitglieder des Zentralvorstandes, je ein Mitglied des Verbandsausschusses, der Revisionskommission, der Redaktion des „Courier“, der Reichsleitung der Eisenbahner, der Redaktion des „Botschafter“ und der Reichsleitung der Straßenbahner sowie 13 Gauleiter.

Als Vertreter der Generalkommission ist Adolf Cohen-Verlin erschienen.

Hamburg, 9. Mai.

Den Geschäfts- und Kassenbericht

erstattet der Verbandsvorsitzende Schumann. Die Entwicklung und den Stand des Verbandes haben wir an anderer Stelle schon skizziert. Die umfangreiche Agitations- und Organisationsstätigkeit ist in dem stätlichen Jahrbuch des Zentralvorstandes niedergelegt. Abgehalten wurden im Berichtsjahre 8925 Versammlungen, 645 mehr als im Vorjahre. Die Versammlungen mit wirtschaftlichen Themen hatten leider einen Märgen erfahren. Rechner naturgemäß die Erledigung von Tagesfragen und Berufsinteressen viel Zeit in Anspruch, so blühte doch das wissenschaftliche Gebiet nicht vernachlässigt werden. Wie der Berichtstatter mit Genugthuung konstatiert, ist die Fluktuation unter den Mitgliedern in Abnahme begriffen. Die Zahl der jugendlichen Mitglieder ist von 1242 auf 1023 gestiegen. Hier ist noch ein weites Feld zu beackern, da namentlich im Transport- u. Gewerbe viele Jugendliche beschäftigt sind. Die Verbandsleitung widmet dieser Angelegenheit große Aufmerksamkeit; sie hat für den Agitationszweck Groß-Berlin eine besondere Agitationskraft zwecks Gewinnung jugendlicher Mitglieder angestellt. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt zurzeit zwischen 104 000 und 105 000. Um die Ziele des Verbandes erfüllen zu können, müsse der Prozentsatz der im Berufe beschäftigten Personen noch bedeutend gesteigert zu werden; in jedem organisationsfähigen Orte müsse eine Mitgliedschaft entstehen. Die Arbeitsnachweise des Verbandes funktionieren zum Teil sehr gut; in einigen Orten habe man infolge der Erleichterung städtischer Arbeitsnachweise die des Verbandes eingehen lassen. Den örtlichen Verwaltungen wird zur Pflicht gemacht, über die Vermittlung der städtischen Arbeitsnachweise, soweit sie auf paritätischer Grundlage beruhen, an die Verbandsleitung zu berichten. An Unterstützungen aller Art sind 1909 pro Wochenbeitrag 20,78 Pf. ausgegeben worden, 1,1/2 Pf. mehr als im Vorjahre. Die Summe aller Unterstützungen beträgt 818 446 M. Die für die Kraftwagenfahrer und Straßenbahner geschaffenen fakultativen Unterstützungsvereinigungen, ins Leben getreten am 1. April 1910, gliedern sich in: 1. Rechtshilfe und Gastpflichtunterstützung, 2. Jubiläen- und Pensionszuschußunterstützung, 3. Witwen- und Waisenunterstützung und 4. Zuschußunterstützung bei Todesfällen. Dieser Kasse sind bereits viele Mitglieder beigetreten. — Was die Lohnbewegungen anlangt, so wurden ohne Arbeitseinstellung Ergebnisse erzielt für 8805 männliche und 1449 weibliche Personen. Die Angriffstreiks (1802 Personen) kosteten 42 426 M., die Abwehrestreiks (508 Personen) 5650 M., die Ausperrungen (510 Personen) 40 497 M. — Der Berichtstatter läßt noch das Verhältnis des Verbandes zu den Genossenschaftspartnern, hervorhebend, daß es immer noch solche gibt, in denen unorganisierte beschäftigt sind. (Hört! hört!) Die Verbandsleitung werde diese Angelegenheit nicht aus den Augen lassen und eventuell deutlich werden. Die in den Genossenschaftspartnern mitwirkenden Kollegen müssen da ihren Einfluß auszuüben suchen. Eine genaue Deklaration bedarf der § 11 des Genossenschaftsstatuts, der von der Entlassung organisierter Kollegen handelt. Der ultima ratio, der Entlassung, müsse, so versteht er diesen Paragraphen, eine Verhandlung vorausgehen, wie auch, wenn das gewünscht werde, nach erfolgter Entlassung eine Aussprache stattfinden müsse. Hinsichtlich der Stellung des Verbandes zur Sozialpolitik betonte Redner mit Nachdruck, daß als politische Interessensvertretung der Arbeiter nur die Sozialdemokratie in Frage komme, die zu unterstützen und zu fördern Pflicht aller Arbeiter sei. (Sehr richtig!) — Der Schaffung eines eigenen Heims haben über drei Fünftel der Mitglieder zugestimmt und es sind der Zentrale schon 93 135 M. überwiesen worden. Der Ertragsbeitrag (Hausbaufonds), der einmalig erhoben werden soll, trägt einen freiwilligen Charakter. Bei Eingehung von Verpflichtungen für den Bau von Gewerkschaftshäusern sei äußerste Vorsicht geboten. — Der verstorbenen Mitglieder wird in der üblichen Weise gedacht.

Die Einnahme der Hauptkasse beträgt 1 684 338 M., der Kassenbestand Ende Dezember 1909 481 909 M. Der Hauptkassierer Kähler gibt die nötigen Erklärungen an und verweist auf die durch den Ausbau der Unterstützungen eingetretene Expansion der Kasse.

Der Revisionsbericht erstattet Streiter-Verlin, der mustergültige Ordnung der Kassengeschäfte konstatiert; den Ausschußbericht Lüddecke-Regdeburg.

Darauf tritt die Mittagspause ein.

Gerichts-Zeitung.

Schweineereien im Stadtbahnhof. Ein unangenehmes Abenteuer, welches eine junge Dame im Stadtbahnhof erlebt hatte, beschäftigte gestern die 1. Strafkammer des Landgerichts III. Angeklagt wegen Erregung öffentlichen Aergernisses war der Drogeri Ernst Baer. — Eines Tages im Januar d. J. benutzte die Telegraphenassistentin W. vom Potsdamer

Bahnhof aus den Südringzug in einem Abteil 2. Klasse. Unterwegs betrug der jetzige Angeklagte Baer auf einer Station dasselbe Coupee und begann sofort die ihm gegenüberliegende junge Dame mit dreist zudringlichen Blicken und Gesten zu belästigen. Diefem Treiben setzte er auf der Fahrt zwischen Schmaragdort und Halensee dadurch die Krone auf, daß er sich nach Art der sogenannten Exhibitionisten in der schamlosesten Weise entblöhte. Auf der Station Halensee rief Fräulein W. sofort die Stationsbeamten herbei, welche den zudringlichen Patron festnahmen. Es ergab sich später, daß Baer wegen einer ganz ähnlich liegenden Tat einmal vorbestraft ist. — Das Schöffengericht, vor welchem sich W. in erster Instanz zu verantworten hatte, erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten mit Rücksicht darauf, daß alleinreisende Damen in der energischsten Weise gegen derartige schamlose Attentate in Schutz genommen werden müssen. Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein, so daß sich die Strafkammer nochmals mit dieser Angelegenheit beschäftigen mußte. Das Berufungsgericht erkannte nach längerer, unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführten Verhandlung auf Verweisung der Berufung.

Kavalierwechsel.

Wechselschiebungen mit sog. Kavalierwechseln hatte der Kaufmann Paul Mendelsohn verübt, der sich gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts II wegen Antreue zu verantworten hatte.

Der schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte, der sich mit Darlehnsgeheimnissen befaßt, machte vor einiger Zeit die Bekanntschaft des prakt. Arztes Dr. G. in Schöneberg. Dieser befand sich seinerzeit in Geldnot, da er sich eben erst als Arzt niedergelassen hatte und in seinem Sprechzimmer vorläufig nach die bekannte gähnende Leere herrschte. Dr. G. hoffte durch die Aufnahme eines Darlehns über diese kritische Zeit hinwegzukommen und wandte sich vertrauensvoll an den Angeklagten, der sich auch bereit erklärte, ihm ein Darlehen von 1000 M. zu beschaffen. Dr. G. gab die Akzept über zusammen 1300 M. und erhielt dafür von Mendelsohn 150 M. als „Anzahlung“. Der Rest ließ jedoch trotz wiederholter Mahnung lange auf sich warten. Erst auf fortwährendes Drängen erhielt Dr. G. nach und nach 300 M. Damit schien für den Angeklagten das ganze Geschäft erledigt zu sein, denn er ließ nichts mehr von sich hören. Als Dr. G. durch einen Zufall erfuhr, daß Mendelsohn die Akzente für insgesamt 800 M. diskontiert und das Geld in seine Tasche gesteckt hatte, erstatte er sofort Strafanzeige.

Mit Rücksicht auf den von dem Angeklagten begangenen großen Vertrauensbruch erkannte das Gericht auf 4 Monate Gefängnis.

Ein gemeingefährlicher Wüstling

Nach am Sonnabend unter der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens vor der Potsdamer Strafkammer. Der im Hause Kleiststraße 15 zu Potsdam wohnende Schuhmacher O. Katuschke, geboren am 15. November 1848 in Potsdam, ist schon einmal wegen Verbrechens gegen § 175, das er an zwei Anaben verübt hat, vorbestraft. Trotz seiner 62 Jahre beschreift der Angeklagte von neuem die Bahn des Verbrechens. Diesmal suchte er zwei Schulmädchen als Opfer aus, darunter seine elfjährige Stieftochter Emma Lehmann. Das zweite Opfer des Angeklagten war ein Kind von 8 Jahren. R. bekannte sich schuldig und wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Unterschlagungen durch Zollbeamte.

Umfangreiche Unterschlagungen bei dem Zollamt in Köpenick beschäftigten seit gestern in einer auf zwei Tage berechneten Verhandlung das Schwurgericht des Landgerichts II. Auf der Anklagebank saßen der Oberzollinspektor Zollendant Hermann Witte und der Regierungsbauaufseher Heinrich Koberke, beide aus Köpenick. Die Anklage lautete auf fortgesetztes Verbrechen im Amte bezw. Beihilfe und Hehlerei. Der Angeklagte Witte war bis Mai 1909 als Beamter der Zollverwaltung bei dem Zollamt in Köpenick tätig, und zwar war ihm die Zollamtskasse und die damit verbundene Kasse der Wasserbauinspektion Köpenick unterstellt. Die Gelder beider Kassen bildeten einen gemeinsamen Bestand und gelangten im Anhang zum Kassenbuch der Zollkasse in einer Summe zum Nachweis. Am 8. Mai 1909 erschien Witte nicht zum Dienst; er hatte Köpenick ohne Angabe seines Verbleibs verlassen. Bei einer sofort vorgenommenen außerordentlichen Kassenrevision fehlten Oberzollinspektor Kähler, Zollinspektor Altmann und Rechnungsdirektor Ullersdorf bei der ganz selbständig von Witte verwalteten Kasse einen Reihbetrag von 6755 M. fest; der schließlich unter Hinzurechnung einiger Defizite bei der Zollamtskasse ermittelte Gesamtbetrag bezifferte sich auf 7512 M. Es wurde ferner festgestellt, daß Witte eine Summe von 1443 M. auf Grund gefälschter Belege in Ausgabe nachgewiesen hatte. Hinter dem flüchtigen Witte wurde ein Sterbefriede erlassen und der ungetreue Beamte nach längerer Zeit in Brooklyn (Nordamerika) ermittelt und festgenommen. Nach Erledigung der erforderlichen diplomatischen Verhandlungen ist er dann von der Regierung der Vereinigten Staaten ausgeliefert worden und befindet sich seit längerer Zeit in Untersuchungshaft. Witte ist im allgemeinen geständig, Unterschlagungen in der angegebenen Höhe begangen und falsche Eintragungen in die Bücher gemacht zu haben. Durch zahlreiche Anknüpfungen in der Familie und andere mündliche Verhältnisse will er auf die schiefe Ebene getrieben worden sein. Es hat sich ergeben, daß er eine Anzahl Quittungen über gezahlte Geldbeträge durch unbefugte Unterzeichnung mit dem Namen der Empfangsberechtigten gefälscht hat. In den meisten dieser Fälle hat er das Geld nachträglich gezahlt, und es ist offenbar, daß er die Fälschungen begangen hat, um vorhandene Unterschlagungen zu decken. Dem zweiten Angeklagten wird zur Last gelegt, daß er bei einigen der von Witte begangenen Veruntreuungen Beihilfe geleistet und aus einigen Manipulationen bei der Postkasse Gelder für sich herausgeschlagen habe. Er bestreitet mit aller Entschiedenheit, sich irgend einer strafbaren Handlung schuldig gemacht zu haben und weist alle Schuld weit von sich. Da die einzelnen Fälle der Anklage eingehender Erörterung bedürfen, nimmt die Verweisaufnahme einen großen Umfang an.

Das Urteil erging dahin: Der Angeklagte Zollinspektor Witte wird zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt; sechs Monate werden als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet. Der Angeklagte Regierungsbauaufseher Koberke wird freigesprochen.

Vermischtes.

Explosion in einem Dynamitwerk.

Eine folgenschwere Explosion ereignete sich am Sonntagabend in einem Dynamitwerk in der Stadt Hull in Kanada. Durch Selbstentzündung eines erst kürzlich patentierten Sprengstoffes wurden neun Personen getötet und über vierzig Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Der Sprengstoff lagerte in einem Magazin, dessen steinerne Mauern drei Fuß mächtig waren. Die Trümmer der Mauer wurden eine Viertelmeile weit geschleudert und durchschlugen eine große Anzahl Häuser, deren Bewohner getötet oder verletzt wurden. Hunderte von Fensterheben wurden in dem zwei Meilen von Hull entfernten Titawa durch die Gewalt der Explosion zerschmettert. Die Gefahr, die die Anlage eines so gefährlichen Werkes mitten in der Stadt für die Einwohnerschaft bedeutet, hatte vor einiger Zeit zu einem Prozeß der Stadtverwaltung gegen die Gesellschaft geführt. Das Gericht hatte aber die Forderung der Verlegung des Werkes als unbegründet abgewiesen.

Ein Soldat als Raubmörder.

In der Inhaberin eines Kaffeebistros in München ist in der Nacht zum Montag ein Raubmord verübt worden.

Vom Erdbeben in Costarica.

Die Erdstöße dauern noch fort. Außer Costarica sind auch noch Paraisa, Orhomojo sowie mehrere kleinere Ortschaften zerstört.

St. Bureaufratius.

Sein säuberlich wird in den deutschen Länden jedes Vorkommnis im Leben des Staatsbürgers protokolliert.

Ein Viebklein davon weiß ein in dem weisfälischen Dorfe D. wohnender Landmann zu fingen.

der Kleine jedoch gesund und munter fort. Zunächst erhielt der Vater im Jahre 1903 eine Aufforderung, den Jungen impfen zu lassen.

Sie werden hierdurch aufgefordert, Ihre Tochter Theresia anzumelden und Ihren Sohn binnen zehn Tagen abzumelden.

Da war guter Rat teuer! Eine Tochter hatte der Landmann nie besessen und der Sohn war bereits im Jahre 1904 als verstorben abgemeldet worden.

Sie werden hierdurch aufgefordert, Ihren am 4. Februar 1904 geborenen Sohn sofort zur Schule zu schicken.

Der Kernste hat den Kampf gegen die Behörde als zwecklos aufgegeben; resigniert sieht er der Zeit entgegen, in der sein vor sechs Jahren verstorbener Sohn das militärische Alter erreicht.

Die Frühlingsgewitter

haben in den letzten Tagen verschiedene Menschenleben vernichtet. Bei einem Gewitter, das am Sonnabend im Kreise Celle niederging, wurden drei Arbeiter, die sich vor dem Gewitter in einem Schuppen geflüchtet hatten, vom Blitz erschlagen.

Nonnen als Schinder von Fürsorgezöglingen.

Aus Rom schreibt uns unser dortiger Korrespondent: Die Syndikalistin Maria Ruggier hat vor ungefähr Jahresfrist in mehreren italienischen Blättern die allerschärfsten Anschuldigungen gegen die Nonnen erhoben, die in der Strafanstalt von Florenz und in der Besserungsanstalt von Perugia ihre christliche Wirksamkeit entfalten.

Kleine Notizen.

Bei einer Kesselexplosion an Bord des Frachtdampfers „Jonas Alstroem“, der zurzeit im Hafen von Gothenburg vor Anker liegt, wurden zwei Mann der Besatzung getötet, mehrere schwer verletzt.

Geleitetes Ruderboot. Im Dorsund bei Skodsborg (Dänemark) ist am Sonntagabend ein Ruderboot geleitet. Von fünf Insassen sind vier ertrunken.

Auf der Rutschbahn verunglückt. Bei einem Volksfeste in Versailles löste sich an einem Rutschbahnschlitten ein Verbindungsstück; zehn Personen stürzten in die Tiefe.

Erfassungen hat sich in einer Privatbank in Rom der italienische Deputierte Guido Pompili, früherer Unterstaatssekretär im Ministerium des Inneren.

Vergiftung. In St. Anton (Nieder-Österreich) erfolgte ein großer Vergiftung. Eine Bergwand mit fünf Hektar Wald stürzte in den Reibach, der verschüttet wurde.

Theater und Vergnügungen

Neues Operetten-Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Graf von Zugenburg. 1. und 2. Ringelreiter, nachm. 8 Uhr, zu ermäßigten Preisen: Die Dollarsprinzessin.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Das Leutnantmündel. Residenz-Theater. Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: Das Nachtlicht.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.) Dienstag, abends 8 Uhr: Hans Lange.

Apollon Theater. 8 Uhr: Programm der Attraktionen! Mahara, indische Tempeldarstellerin mit ihren lebenden Niesenschlangen.

Wintergarten. Neues Programm! Prinz Charles der Affe mit Menschenkultur. Dorothy Kenow Banjovirtuosin Les Roeders Luftrekkart und das von Publikum u. Presse glänzend beurteilte Mai-Programm.

Schiller-Theater. Schiller-Theater (Charlottenburg). Dienstag, abends 8 Uhr: Die Katakomben.

Herrnfeld Theater. Sensationserfolg Herrnfeld-Schlagers Wenn zwei dasselbe tun.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 15. Mai 1910: Eröffnung der Sommersaison Konzert, Theater und Spezialitäten.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Der Halleysche Komet.

Passage-Panoptikum. Die heiligen Fakire in ihren Wunderproduktionen. Lebend! Atom der kleinste Mensch der je gelebt.

Burgtheater-Kinematograph. v. Groterjan, Inhab. v. Rud. Herz, Schönhauser Allee 129, Tel. 3, 9363. Lebende Photographien.

Wilhelm Hagenbecks größte Raubtier-Dressur-Schau der Erde Bülow-Platz.

Casino-Theater. Lotzinger Straße 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis Freitag: Berlin bei Nacht.

Karl Haverland. Anfang Theater. präz. 8 U. 77/79 Kommandantenstraße 77/79. Täglich nur erstkl. Spezialitäten.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Die Sterne des Humors. Claire Waldoff Willi Prager und das große Varieté-Programm!

Allen Verwandten, Freunden wie Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Vater **Hermann Tilsener** im Alter von 40 Jahren nach kurzem schweren Leiden entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 5 Uhr von der Halle des Städtischen Friedhofes aus nach dem Friedhof Kirchhof statt. Dies geschieht mit der Bitte um stille Teilnahme an **Witwe Tilsener nebst Kindern.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 7. Mai verstarb unser Mitglied, der Tischler **Hermann Tilsener** Conntstraße 71.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes aus nach dem neuen Friedhof Kirchhof, Seestraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.

Nachruf.

Dem Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler **Albert Schulz** (21. Bezirk) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 8. Mai, der Kollege **Hermann Meier** (Bezirk Gesundbrunnen) plötzlich verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes in Rieder-Schönhausen-Nordend aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer **August Gärtig** am 7. Mai verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Gang plötzlich und unerwartet entschlief am Sonntagvormittag 10^{1/2} Uhr mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager- und Großvater, der Werkführer **Ferdinand Berndt** im 63. Lebensjahre.

Um stille Beileid bitten **Die trauernden Hinterbliebenen Familie Berndt, Grünauer Str. 32.**

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, 5^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Gumboldt-Friedhofes, Nigdorfer, Hermannstr., aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drehtreibräger **Hermann Lange** am 7. d. Mts. im Alter von 43 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 10. d. Mts. nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Ahrensfelde aus statt.

Um rege Beteiligung wird gebeten. **Die Bezirksverwaltung.**

Blumen- und Franzbinderri von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Todes-Anzeige.

Am 7. Mai verstarb unser Mitglied, der Gelbgießer **Rudolf Kröning** (Sennigsdorfer Straße 9).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Müllerstraße, Ecke Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gelbgießer **Rudolf Kröning** am 7. d. Mts. an Lungenerkrankung verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. Mai, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes in der Müller-, Ecke Seestraße aus statt.

Rege Beteiligung erwartet. **Die Ortsverwaltung.**

Statt besonderer Mitteilung.

Neuzeit nach verstorben plötzlich mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder und Schwager, der Redakteur **Max Neustädter.**

Wilmerdorfer, 9. Mai 1910. Holsteinsche Str. 20.

Die Beerdigung findet Mittwoch 11 Uhr in Behrenseer Platz. Kondolenzbesuche dankend abgelehnt.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die zahlreichen Kranzsendungen bei der Beerdigung meines lieben Mannes **August Schmidt** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen und Kolleginnen der K.G.G., Abteilungs-Scharpe, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, der Unterstützungskasse der Schmiede, den Kolleginnen der Firma Schüffel, Seidelstraße 7, dem Gesangsverein „Morgengrauen“ sowie Herrn Risch für die trostreichen Worte meinen tiefgefühltesten Dank.

Die trauernde Witwe **Elise Schmidt.**

Dankfagung.

Für die rege Anteilnahme bei der Beerdigung unseres Vaters und Bruders, des Fuhrers **Ernst Fuchs** sagen wir hiermit allen Freunden und Bekannten sowie dem Zentralverband der Maurer (Sektion der Fuhrer), dem Wahlverein Schönberg, den Mitgliedern des Bezirks 10, den Urteils-Kollegen der Kolonne 11, insbesondere dem Sängerkorps und dem Stadtvorordneten Herrn Obst für seine freundlichen Worte unseren herzlichsten Dank.

Familie Fuchs.

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung elegant. Herren- und Knaben-Garderobe fertig und nach Maß, feinste Verarbeitung.

S. Boltuch, Frankfurter Allee 75, 1 Eingang Tilsener Straße.

Ziehung morgen, Mittwoch und Donnerstag.

Berliner Arbeits-Lotterie

Gesamtbetrag der Gew. Mark.

50000

30000

20000

Originallose à 2.— Mark.

Porto u. Liste 30 Pf. extra, empfiehlt und versendet der General-Debit

G. Dischlatis & Co., Bankgeschäft, Berlin C. 2, Königstr. 34-36.

Auch zu haben in sämtlichen Lotterie- und Zigarrengeschäften.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3. 1233. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3. 1987

Donnerstag, den 12. Mai 1910: Bezirks-Verfammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharus-Säle, Müllerstr. 112, abends 8^{1/2} Uhr.
- Norden: Obiglio Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8^{1/2} Uhr.
- Norden: Franks Festsäle, Sadstr. 19, abends 8^{1/2} Uhr.
- Moabit: Frachtsäle Nord-West, Wickestraße 24, abends 8^{1/2} Uhr.
- Westen und Schöneberg: Klubhaus Schöneberg, Hauptstr. 5/6, abends 8^{1/2} Uhr.
- Osten und Lichtenberg: Litzins Festsäle, Memeler Straße 67, abends 8^{1/2} Uhr.
- Stralau und Rummelsburg: Blumes Restaurant, Mit. Borghagen 56, abends 8^{1/2} Uhr.
- Süden und Südost: Lokal Süd-Ost, Waldemarstraße 75, abends 8^{1/2} Uhr.
- Tegel: Borsigwalder Festsäle, Borsigwalde, Spanbauer Straße, abends 8 Uhr.
- Rixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8^{1/2} Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8^{1/2} Uhr.
- Weißensee: Penkerts Restaurant, König. Chaussee 38, abends 8^{1/2} Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Gesellschaftshaus Grathagen, Friedrichstraße 69, abends 8^{1/2} Uhr.
- Spandau: Restauration Vorwärts, Schönwalder Straße 80, abends 8^{1/2} Uhr.
- Ober-Schöneweide: Restaurant Wernicke, Wilhelmshofstr. 18, abds. 8^{1/2} Uhr.

- Tages-Ordnung:**
1. Berichterstattung vom außerordentlichen Gewerkschaftskongress.
 2. Stellungnahme zur Generalversammlung.
- Witgliedsbuch legitimiert. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Zur Beachtung!

Die Kollegen, welche Gewerkschaften-Unterstützung (Kranke) beziehen, machen wir darauf aufmerksam, daß für Montag, den 16. Mai, schon am Sonntag, den 14. Mai, die Unterstützung gezahlt wird.

Am Dienstag, den 17. Mai (3. Feiertag), wird die laufende Unterstützung nur bis 12 Uhr gezahlt.

Nachmittag bleibt das Bureau geschlossen. Der Krankenschein ist bei jeder Zahlung mitzubringen.

115/7 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Die Versammlung der **Stocharbeiter** findet heute nicht statt.



Wollen Sie bequem und angenehm gehen? Machen Sie einen Versuch mit Salamanderstiefeln! Fordern Sie Musterbuch. V

Salamander

Schuhes. m. d. H., Berlin

- W. 3 Friedrich-Strasse 182
- C. König-Strasse 47
- SW. Friedrich-Strasse 221
- C. Rosenthaler Tor
- W. Potsdamer Strasse 5
- NW. Wilsnacker Strasse Ecke Turn-Strasse 9
- W. Tauentzien-Strasse 15
- N. Bad-Strasse 20
- Spandau, Breite Strasse 30
- Steglitz, Schloss-Strasse 20

Hut-Arnold Dresdenstr. 116 (Kein Laden) am Oranienplatz

Hut und Mützen Engros-Geschäft. Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen



Berliner Spar- u. Bauverein

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Bilanz am 31. Dezember 1909. 105/3 Aktiva.

Bebaute Grundstücke	7 576 029,43
Zellweise bebaute Grundstücke	515 134,71
Reisbauern	294 930,20
Unbebaute Grundstücke	279 800,90
Sou-Raumline	6 500,—
Wörterbuch	1,—
Verrenter	1,—
Verrenter- u. d. Siegfried Lech-Schenkung	50 000,—
Stichtungsgemeinde Tempelhof	17 725,—
Stichtungsbücher	88,75
Verrenter	33 903,05
Bank-Guthaben	121 982,—
Kassen-Bestand	35 681,62
Gesamt	8 931 794,65

Passiva.	
Siegfr. Lech-Schenkung	56 291,25
Helene Bernheim-Schenkung	90 019,10
Rückstellung für d. Bauhaus Charlottenburg	26 042,10
Rückstellung für die Verrentung Tempelhof	17 725,—
Referendats	30 931,55
Guthaben	439 405,65
Bermehrung	
l. 3. 1909	43 471,10
Schuldberichtigungen	512 000,—
Hypotheken	5 789 875,85
Sparanlagen d. Genossen	1 874 169,70
Sonstige Darlehen	12 169,35
Einbehaltenen Verrentungen	18 075,—
Nach zu zahlende Schuldberichtigungen	10 620,—
Reingewinn	17 998,90
Gesamt	8 931 794,65

Gewinnverteilung.

31. Proz. Dividende auf Geschäftsguthaben am 31. Dezember 1909 . . . 14 354,80 Mk.

Dem Referendats gutgeschrieben . . . 8 644,50

Gesamt . . . 23 000,00 Mk.

Mitgliederzahl.

Am 1. Januar 1909 . . . 4839

Eingetretene im Jahre 1909 . . . 742

Gesamt . . . 5581

Am 31. Dezember 1909 (Schieden aus infolge Ausschluß, Tod und Austritt) . . . 481

Bestand an Mitgliedern am 1. Januar 1910 . . . 5100

Die Haftsumme sämtlicher Mitglieder betrug am Schlusse des Geschäftsjahres 1908 . . . 1 472 100 Mk.

Sie hat sich vermehrt um . . . 96 000,—

Gesamt-Haftsumme am Schlusse des Geschäftsjahres 1909 . . . 1 568 100 Mk.

Der Vorstand.

L. Schmidt, Ernst Roscher.

Ungewitter.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neues Katalog. Empfehlung. Preisliste u. Prospekt gratis u. fr.

H. Unger, Baumstrasse 11/12, Berlin NW., Friedrichstrasse 91/9

Gartenstadt Hofjagdrevier

am Bahnhof Birkenwerder

1000 Morgen — □-Rate von 10 Mark aufwärts

Stundung des Restkaufgeldes bis 1920. — 10% Anzahlung.

Bellebig hohe Abzahlungen.

Niemand weiß es besser, als die 3000 Käufer unserer Grundstücke in den von uns angelegten Siedlungen, wenn wir eine neue Kolonie ins Leben rufen, daß die Grundstückspreise in allen unseren Siedlungen, als sie sich in der allerersten Anlage befanden, enorm billig waren. Durch die schnelle Entwicklung, die jede unserer Kolonien, wie Bahnhof Buch, Röntgenal, Fichtennau, Kaulsdorf-Königstal, Kieckemal, Bahnhof Stolpe-Nikolaswald und Gartenstadt Hoppegarten, auszeichnet, erhöhen sich infolge dieser schnellen Entwicklung die Grundstückspreise im Handumdrehen. Wenn jemand die Absicht hat, sich einen Eigengarten oder ein Eigenheim anzulegen, so soll er dann kaufen, wenn wir noch mit der Vermessung einer neuen Kolonie beschäftigt sind, weil wir dann diesen ersten Pionieren die Grundstücke fast zum Einkaufspreis abgeben. Dies ist in unserer neueröffneten, jedoch kurzzeit noch gänzlich unentwickelten **Gartenstadt Hofjagdrevier** der Fall. Wir offerieren:

Unmittelbar am Bahnhof Birkenwerder, Baustellen (event. mit Baugeld) die □-Rate von 65 Mark aufwärts

Grundstück 10 bis 15 Minuten vom Bahnhof, mitten im Walde und direkt am Hofjagdrevier die □-Rate von 10 Mark aufwärts.

Diese Angebote halten wir bis zum 15. Juni d. J. anrecht. Auskunft direkt am Bahnhofs-Ausgange Birkenwerder im Restaurant „Boddensee“.

Allgemeine Bau- und Ansiedlungs-Gesellschaft

m. b. H. vorm. C. Winkler

Berlin C. 25, Dirksenstraße 20. — Tel. VII. 2524.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Similiseide in den Farben 4³⁵ 6²⁵ rot, blau, 7⁵⁰ 8⁷⁵ (Seidenersatz) also auf beiden Seiten benutzbar 11,25

Wollatlas blau, 7⁵⁰ 9⁰⁰ rot

Bunte Normal-Schlafdecken 1⁷⁵ 2⁵⁰ 3⁵⁰

Wolldecken ganz dick, extra billig 9⁰⁰ 4⁰⁰

Große Post. echte Kamelhaardecken 10-24⁰⁰

Spezialkatalog

mit ca. 650 Abbildungen gratis u. franko.

H. Pfau, Banlagist

Berlin Direksenstraße 20

am Bahnhof Alexanderplatz und Volteipräsidenten. — Amt VII, 13799.

Für Damen Frauen-Bedienung. * Lieferant für alle Krankenkassen.

5 Proz. Rabatt

bei Vorzeig. dieses Inserats

Für Damen

Aus meinem Engros-Lager.

Einzel-Verkauf nur v. 3-5 Uhr

Dies Woche enorm billige Preise!

Eleg. Kostüme auf Seide aus Kammgarn und prima engl. Stoffen jetzt bei mir 21.50

Leinen-Kostüme sehr schick 11.50

Prim. schwarze anschl. Schneider-Jacken, auch a. Seide, 110cm, 20.— u. 25.—

Leinen-Paletots, elegant verarbeitet 6.50.

Staubmäntel 4.75, 9.00 und 12.50 M.

Kein Laden.

Sonnt. öffn. | Fahrg. ersetzt

H. Heymann

parf. Gröner Weg 48 (an der Koppenstraße).

Fahrg.legenheit: Elektrische Bahnen Nr. 1, 3, 6, 16, 22, 31, 48, 78, 79.

Morgen Mittwoch, Zahlabend in allen Bezirken Groß-Berlins.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute findet der dritte Vortrag des Genossen Grünwald statt, und zwar bei Habel, Bergmannstr. 5/8. Die Teilnehmer werden gebeten, pünktlich 8 1/2 Uhr zur Stelle zu sein und sich mit der üblichen Legitimation zu versehen.

Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis, Friedrichstadt. Rahlnacht für Buchdrucker, Stereotypen usw. Mittwoch, den 11. Mai cr., abends 1/2 12 Uhr, bei Jul. Meyer, Oranienstr. 103.

Die Vertrauensleute.

Grünau. Morgen, Mittwoch, den 11. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal des Genossen J. Franz, Köpenicker Straße 83: Vortrag des Genossen Kagenstein über Nationalökonomie. Aufnahme neuer Mitglieder. Vertikale Angelegenheiten. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Ormsdorf. Am Mittwoch, den 11. d. Mts. (Zahlabend), spricht der Gemeindevorsteher Genosse Behrends über: Konsumwesen. Ferner wird Genosse Priekmeier einen Bericht von der letzten Gemeindevorstandssitzung geben. — Willetts zu dem ersten Feiertag im „Forsthaus“ (Weidenreich) stattfindenden Frühkonzert sind bei den bekannten Genossen zu haben.

Der Bezirksführer.

Berliner Nachrichten.

Allgemeine Städtebau-Ausstellung.

Die allgemeine Städtebau-Ausstellung, die am Sonntag trotz des schönen Wetters wieder einen Besuch von mehr als 2000 Personen zu verzeichnen hatte, erfährt heute eine ganze Anzahl wertvoller Zusätze. So sind jetzt die fünf Modelle der königlichen Kommission für die Stadterweiterung zu Hofen eingetroffen, die den Bebauungsplan für das Umwallungsgelände zu Hofen und die Landhaus-Ansiedelung Solatsch in reizvoll plastischer Weise darstellen. Ferner wird heute das aus Amerika eingetragene Material der Gebr. Olmsted ausgestellt, das neben zahlreichen Darstellungen von großen, durch die Firma Olmsted ausgeführten Parks in allen Teilen Amerikas die Waldgürtel von Baltimore und besonders den einzigartigen Waldgürtel von Boston zur Darstellung bringt. Auf dem Bostoner Uebersichtsplan, wo die großen, staatl. der Bebauung entzogenen Wald- und Wiesengebiete, Fluss- und Reeresufer schwarz hervorgehoben sind, hat der amerikanische Architekt ganz netisch den Berliner Tiergarten im selben Maßstabe eingetragen, der neben dem Parksystem von Boston allerdings klein genug ausfällt. Dieselbe Firma Olmsted hat auch die mehr als 20 zählenden Kollsparks von Chicago ausgeführt. Dieser Bostoner Parkgürtel übertrifft an Umfang und Vollständigkeit selbst den vielgenannten Wiener Waldgürtel. Außer den Waldgürteln von Wien, Boston, Baltimore zeigt die Ausstellung ferner noch Pläne der Parkgürtel von Washington, Philadelphia, St. Louis. Neu eingetroffen ferner ist umfangreiches Material vom Londoner Grafschaftsrat zur Darstellung der verschiedenen Londoner Parks.

Zum Bebauungsplan für Groß-Berlin schreibt Herr Architekt Janßen der „Täglichen Rundschau“ folgendes: „Erst insofern der Angriße der letzten Tage ist mir der von der Architektensuma sich u. Anle veröffentlichte Entwurf bekannt geworden, welcher das bekannte italienische Säulenmotiv zur Grundlage hat. Ich habe daraufhin festgestellt, daß dieser Entwurf meinem Angestellten (welcher die Skizze des Places angefertigt hat) tatsächlich vorgelegen hat. Ich brauche wohl nicht zu versichern, daß er mir bisher völlig unbekannt war. Die Skizze dieses Places, welche in meinem Generalentwurf überhaupt nicht Aufnahme gefunden hat, ist gegenüber meiner Gesamtkonzeption von größter Bedeutung. Sie betraf angesichts der rein städtebaulichen Aufgabe einen nebenfachlichen architektonischen Vorschlag. Dieser Vorschlag hat denn auch das Preisgericht in seiner Gesamtheit dadurch Ausdruck verliehen, daß es beschloß, auf die Beschwerde der Firma Esch u. Anle weiteres nicht zu veranlassen.“

Befremden erregte es am Sonntag früh auf dem Schleifischen Bahnhof bei Reisenden, die den 5 Uhr 23 Minuten nach Erkner abgehenden Zug benutzten, daß gegen 200 Radfahrer vom Deutschen Radfahrerbund — nicht zu verwechseln mit dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ — ihre Räder in die Coupés mit hineinnahmen. So sehr jedes Entgegenkommen gegen die Radfahrer durch die Bahnbehörden anerkannt werden soll, so läuft die Unterbringung von Radrädern in den Coupés doch auf eine Beeinträchtigung des übrigen fahrenden Publikums hinaus. Zum Glück war dieser Frühzug noch nicht so überfüllt wie die später fahrenden Züge, allein die Räder nahmen in den Coupés soviel Platz weg, daß viele Mitfahrenden stehen mußten, ganz abgesehen davon, daß in vielen Fällen die Räder auf die Sitze gestellt wurden, wodurch letztere nicht gerade sauberer aussahen und sich das Publikum, das später die Sitze benutzte, seine Sonntagsgleidung zweifellos beschmutzen mußte.

Besuch aus Amerika kommt nach Berlin. Theodor Roosevelt, der frühere Präsident der Vereinigten Staaten, ist es, der Berlin mit seiner Anwesenheit beglücken wird. Zu seinem Empfang waren große Vorbereitungen getroffen, er sollte im Schlosse wohnen als Gast des Kaisers. Infolge des Todes Edwards ist das große Empfangsprogramm schnell verkleinert worden und der Tamtam wird weniger groß sein als ursprünglich geplant war. Einige Leute wird das ärgern, vielen anderen ist es sehr gleichgültig. Die Stadt Berlin will dem Expräsidenten eine Reihe städtischer Anstalten zeigen.

Wegen einer Gasexplosion wurde am Sonntagvormittag um 7 Uhr der 20. Zug nach dem Schloßplatz alarmiert. Dort befindet sich ein Zeitungskiosk der Firma Stielke. Ein junger Mann sah in dem Zeitungstempel ganz heiter, als die Explosion erfolgte. Er erhielt einen zum Glück nicht allzugefährlichen Stoß und stieg von seinem Dreifuß, während das Dach sich öffnete und Dämpfe emporstiegen. Die Offenbarung folgte. Der junge Mann hatte den Gasbehälter nicht geschlossen, das Gas strömte aus und explodierte, als er sich eine Zigarette anzündete.

Früchte der Erziehung der Jugendwehr. Dieser Tage machten wir Mitteilung über das Benehmen der Jugendwehr anlässlich eines Durchmarsches durch die Neue Königstraße. Die gefristete Nummer der „Welt am Montag“ bringt einen weiteren Beitrag zu dem obigen Thema. Ein angesehenes Geschäftsmann schreibt dem genannten Blatte: „Ich bezeugte diesem Zuge (der Jugendwehr Red.) auf der Schloßbrücke und, da mich mein Weg die Kaiser-Wilhelm-Straße lang führte, begleitete ich den Zug bis zur Spandauer Straße; hier wollte ich nach der rechts liegenden Seite der Kaiser-Wilhelm-Straße, um durch die Spandauer Straße nach der Königstraße zu gelangen. Da nahm ich einen Zwischenraum von zirka 1,50 Meter, der sich im Zuge gebildet hatte, wahr, um den Zug zu durchqueren; ich hatte nicht die Absicht, den Zug in seinem Gange irgendwie aufzuhalten, vielmehr war ich mir bewußt, ohne jegliche Störung die paar Schritte machen zu

können. Da hatte ich aber nicht das Benehmen der jungen Leute in Verächtlichkeit gezogen, die sich anscheinend ihrer Uniform wegen schon etwas Höheres wählten: es versuchte einer dieser jungen Leute, mich mit Gewalt aufzuhalten. Ein gelinder Stoß bewies ihm, daß er an den Unrechten gekommen war, und seine Annäherung mußte er mit dem Hinweis quittieren, daß ich es noch nicht für angebracht halte, daß solch jugendliche Leute den Straßenverkehr behindern dürfen.“

Das sollten sich einmal Angehörige der freien Jugendorganisation erklauben! Wie würde da die gegnerische Presse zetern über die Noheiz der arbeitenden Jugend!

Mit dem Schuttmannsfädel das linke Ohr abgeschlagen hat am Sonnabendabend ein Schuttmann einem Manne in der Gropiusstraße. Ein in den mittleren Jahren stehender Mann namens Sch. hatte mit der Wittin eines Lokals mit Damenbedienung, Gropiusstraße 2, Streit, im Verlaufe dessen die Zuhaberin des Lokals einen Schuttmann zur Feststellung des Namens des Gastes rufen ließ. Das geschah, indem der Gast ein Vereinsbuch vorzeigte. Nach kurzer Zeit erschien der Schuttmann wieder, der den Sch. zur Wache bringen wollte behufs Feststellung der Personalien. Das konnte Sch. nicht begreifen, weil seine Personalien doch festgestellt waren, und so gab es ein Hin und Her. Schließlich zog der Schuttmann den Säbel und hieb auf Sch. ein, wobei er ihm das linke Ohr buchstäblich abschlug. Inzwischen hatte sich vor dem Hause zahlreiches Publikum angesammelt, das seiner Empörung über das Verhalten des Schuttmannes lauten Ausdruck gab. Nach Verübung der Heldentat machte sich der Schuttmann aus dem Staube und stieg flugs auf einen Straßenbahnwagen, um der Wut der aufgeregten Menge zu entgehen.

Verkohlt ausgestunden wurde in der Nacht zum Sonntag der 57 Jahre alte Wirtmeister Reinhold Witt aus der Elisabethstr. 47 bei einem Werkstattbrande im Keller des Nebenhauses Nr. 46. Um 1 1/2 Uhr nachts sahen Bewohner des Hinterhauses Kaiserstr. 7, dessen Fenster nach der Elisabethstraße hinausgehen, in der Küche der Wittschen Werkstatt Feuer und riefen die Wehr. Als ein Zug von der Wache in der Kaiserstraße vorfuhr, war auch Frau Witt erweckt und rief angsterfüllt aus dem Fenster ihrer Wohnung: „Mein Mann ist noch nicht zu Hause, wenn er nur nicht in der Werkstatt ist!“ Die Feuerwehler mußten die Werkstatt einschlagen und fanden in der fast ganz ausgebrannten Küche den Wirtmeister tot und am ganzen Oberkörper verkohlt auf dem Fußboden liegen. In seiner Nähe lag die zertrümmerte und ausgebrannte Petroleumlampe. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte Witt, sonst ein sehr nüchternen Mann, am Sonnabendabend mit Bekannten in benachbarten Wirtschaften geknöpft. Abends um 9 Uhr sahen Hausgenossen, wie er sich betrunken nach seiner Werkstatt begab. Frau Witt ist nach dem schrecklichen Unglück schwer erkrankt.

Einem falschen Stellenvermittler sind zwei Hausdiener in der Nähe des Stettiner Bahnhofes in die Hände gefallen. Der Schwindler verpackt ihnen für eine Vermittlergebühr von 30 M. beiden in Magdeburg Stellung verschaffen zu wollen. Zu einer bestimmten Zeit sollten sie sich in Magdeburg vor dem Hotel „Zum weißen Schwan“ einfinden.

Sie verloren nicht nur die Gebühr, sondern auch noch das Fahrgehalt. Denn als sie nach Magdeburg kamen, erfuhren sie, daß sie betrogen worden waren. Der Schwindler, der sie in einer Weichbierstube in der Nähe des Stettiner Bahnhofes angesprochen hatte, ist etwa 30 bis 35 Jahre alt und mittelgroß, hat ein gesundes Gesicht und einen schwarzen, gut gepflegten Schnurrbart und spricht die Berliner Mundart. Stellungsuchende mögen vor ihm auf der Hut sein.

Eine Betriebsstörung im Straßenbahnverkehr ereignete sich am gestrigen Montagvormittag in der Französischen Straße. Zwischen Oberwallstraße und Hedwigstraße war einem Gerüstwagen der Firma Oswald Gebauer ein Rad gebrochen und das umgestülzte Gefährt sperrte das Gleis in beiden Richtungen. Die nach dem Hauptbahnhof fahrenden Wagen der Linien 12, 18, 18, 32, 39 und 42 wurden durch die Französischen-, Charlotten- und Leipziger Straße abgelenkt. In der Richtung nach der Charlottenstraße war das Gleis bis 10,26 Uhr gesperrt; die Linien 60, 61, 73, 75, 80 und 81 wurden vom Rathaus ab über Rollenmarkt und Leipziger Straße umgeleitet.

Todessturz eines Kindes aus dem Dachfenster. Bei einem schrecklichen Unglücksfall hat das vierjährige Töchterchen Alice des Logendieners Fremmann, Duppelstraße 2, den Tod gefunden. Während sich die Mutter auf kurze Zeit aus der Wohnung entfernte, hatte, um kleine Einkäufe zu besorgen, kletterte die kleine Alice auf das Fensterbrett hinaus, um aus dem im Dachgeschoß belegenen Fenster auf die Straße hinabzusehen. Das Kind beugte sich zu weit nach vorn, verlor das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Mit zerschmetterten Gliedern blieb das arme Geschöpf auf dem Bürgersteig liegen. Der Schädel war beim Aufschlagen auf das Pflaster vollständig zerschmettert worden, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Ueberrfahren und schwer verletzt wurde am Montag nachmittag der achtjährige Sohn Paul des in der Köpenicker 9 wohnhaften Hausdieners Steinko. Der kleine spielte mit anderen Kindern vor dem elterlichen Hause und lief dabei gegen ein Geschäftsfuhrwerk. Der Knabe wurde ungerissen und geriet unter den Wagen, dessen Räder ihm über Brust und Kopf hinweggingen. Der Verunglückte, der eine Gehirnerschütterung und schwere innere Verletzungen davongetragen hatte, erhielt auf der Unfallstation am Grünen Weg die erste Hilfe und wurde dann nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt.

Statt in das Krankenhaus in den Tod gegangen ist der 41 Jahre alte Krieger Conrad Lilsdorf aus der Dredowstraße 8, der als Jahnkräftkünstler in Spezialitätentheatern auftrat, bis er vor sechs Wochen am Gelenkrheumatismus erkrankte. Weil sein Zustand sich in den letzten Tagen verschlimmerte, so besorgte seine Frau am Sonnabend alle Gänge, um ihn in ein Krankenhaus bringen zu lassen. Während dieser Zeit aber erhängte sich der Kranke in seiner Wohnung an der Türklinke. Als seine Frau nach Hause kam, war er tot.

Großes Aufsehen rief am Eingangportal des Begräbnisplatzes der Goltztha-Gemeinde die Verzweiflungstat eines Lebensmüden hervor. Vor den Augen der Passanten jagte sich der Selbstmordkandidat, ein unbekannter, etwa 20jähriger Mensch, einen Säuf in die Brust. Da die Kugel nicht tödlich wirkte, so feuerte der Unglückliche noch einen Säuf in die Stirn ab. Blutüberströmt brach der Unbekannte jetzt zusammen. Im leblosen Zustand wurde der Selbstmörder nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Auf der Straße verstorben ist am Sonntag eine unbekannt, etwa 50jährige, anscheinend dem Arbeiterstande angehörige Frau. Sie wurde gegen 5 Uhr nachmittags an der Ecke der Frankfurter Allee und Liebigstraße bewußlos auf dem Bürgersteig liegend aufgefunden und auf Veranlassung eines Schuttmannes nach der Unfallstation in der Warschauer Straße übergeführt. Hier konnte jedoch der anwesende Arzt nur noch den auf dem Transport, wahr-

scheinlich infolge Herzschlages, eingetretenen Tod feststellen. Bei der Verstorbenen wurden keinerlei Papiere vorgefunden, so daß ihre Personalien nicht festgestellt werden konnten. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe geschafft.

Todessturz eines Dachdeckers. Aufsehen verursachte gestern abend ein tödlicher Unfall am Oranienburger Tor. Zwei Dachdecker der Dach-Biz-Gesellschaft hatten auf dem Dache eines Hauses Reparaturarbeiten vorgenommen. Sie kamen hierbei in recht gefährliche Situationen, da sie auch um einen Dachstuhl herum arbeiten mußten. Während einer der Leute eine flache Leiter, die zur Sicherheit noch an einem Haken befestigt war, mit den Händen hielt, kletterte der andere, der 28jährige Hermann Klätsch aus der Bülowstraße, auf der Leiter um den Turm herum. Er sah sich dabei an einer feillich angebrachten Stange an, die ihm plötzlich aus den Händen glitt. Das Gleichgewicht verlierend, stürzte der Unglückliche in die Tiefe. Mit zerschmetterten Gliedern blieb er auf dem Bürgersteig liegen. Kopf und Brust waren dem Verunglückten vollständig zerschmettert worden, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Radrennen in Treptow. Das am Sonntag, 8. Mai, gebotene Programm war ein recht mageres, trotzdem war der Verlauf der Rennen ein zeitweise spannender und der Besuch der Bahn ein guter. — Die beiden Dauerrennen über 15 und 20 Kilometer wurden von den Reulingen Erleben, George, Hamann und Wahnusch bestritten. Das für die kleine Bahn bedenkliche Experiment von vier ungeübten Fahrern hinter Motoren hätte im ersten Rennen zu einem gefährlichen Zusammenstoß führen können. Hamann, der einen Vorstoß gegen Erleben unternehmen wollte, sah plötzlich alle seine drei Gegner vor sich, die ziemlich hoch in den Kurven saßen. Um ein Unheil zu verhüten, bog der Schrittmacher Hamann nach innen und führte seinen Schützling glatt vorbei und damit auch zum Siege. Ein gegen ihn eingeleiteter Protest wurde abgewiesen. Im zweiten Lauf hatte Hamann unter Motorbefehl zu leiden. George spielte in beiden Läufen eine untergeordnete Rolle. — Die Flegelrennen umfahnen ein Hauptfahren und ein Match in drei Läufen zwischen Göge-Heiß-v. Ragner. — Das Ergebnis ist folgendes: Hauptfahren: 1. Heiß, 2. Ragner, 3. Göge, 4. v. Ragner. 15 Kilometer-Rennen: 1. Hamann, 14 Min., 32 1/2, 2. Erleben, 250 Meter; 3. Wahnusch, 1020 Meter; 4. George, 1550 Meter. 20 Kilometer-Rennen: 1. Erleben, 20 Min., 50 1/2, 2. Wahnusch, 150 Meter; 3. Hamann, 770 Meter; 4. George, 120 Meter. Match in drei Läufen über 900, 1200 und 1500 Meter. 1. Göge, 2. Heiß, 3. v. Ragner.

Erschapplich ist ein Angefallener, der am 6. Mai zwischen Markgrafen-damm und Treptow-(Siemens-Halske-Bahn) oder Lindenstraße 17-30 einen Hundertmarkschein verloren hat. Der eventuelle Finder wird gebeten um Abgabe an Ferd. Hirschdorf, Markgrafen-damm 4, Seitenfl. III.

Die zweite Berliner Schuljahrsklinik (Hochstr. 4) ist gestern eröffnet worden.

Zeugen gesucht. Am 6. März, dem Demonstrationssonntage, begab sich ein junger Mann in das Haus Köpenicker Straße 1, wurde aber in dem Augenblick, da er die Haustür zumachen wollte, von daherkommenden Schulkleuten herausgeholt und von einem Schuttmann geschlagen. Personen, die Augenzeugen des Vorfalls waren, insbesondere diejenigen, die dem jungen Manne Hut und Stiefel nachbrachten, werden um Angabe ihrer Adressen an Köpenicker Straße 1, gebeten.

Vorort-Nachrichten.

Der Kreisbrandmeister von Niederbarnim und das mindertwertige Publikum.

Mit welsch niederrächtigsten Mitteln die Stützen der Gesellschaft gegen Gastwirte vorgehen, die ihre Lokale der Arbeiterchaft zur Verfügung stellen, das hat sich jüngst wieder einmal in Erkner gezeigt, und zwar in einer Weise, die die ganze Bevölkerung des Ortes empört. Es handelt sich hierbei um Wachsenschäften gegen den Gastwirt Degebrodt, dessen großes Gesellschaftshaus recht einladend für die Berliner Ausflügler gleich jenseits der Brücke liegt, die über den Kanal führt, welcher den Dämmersee mit dem Platensee verbindet. Das Etablissement hat einen geräumigen Saal, in dem wohl an 500 Personen Platz finden können. Herr Degebrodt ist ein Mann, der seine Räume allen anständigen Leuten gern zur Verfügung stellt und weit davon entfernt ist, sie der Arbeiterchaft zu verweigern, wie dies zum Beispiel die Herren vom Klosterhof, vom Gasthaus zur Traube und vom Neuen Schützenhaus tun. Es gibt jedoch Leute in Erkner, die die Arbeitervereine nur zu gerne obdachlos machen möchten und es als ihre Aufgabe betrachten, solche Gastwirte wie Herr Degebrodt so viel wie nur irgend möglich zu schädigen. Dabei schreckt man auch vor den schamigsten Mitteln nicht zurück. Herr Degebrodt geht seit einiger Zeit mit der Absicht um, sein Grundstück zu veräußern und bemüht sich schon lange, einen rechten Käufer zu finden, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Die Ursache davon ist, daß jene Gruppe von Arbeiterfeinden ganz im geheimen gegen ihn tätig ist. Ein nettes Stück dieser Maulwurfsarbeit ist aber nun ans Tageslicht gekommen. Es ist ein Brief des Kreisbrandmeisters Spindler, gerichtet an einen Mann in Berlin, der ihn um Auskunft über das zu verkaufende Grundstück erucht hatte. Der Brief, der mit dem amtlichen Stempel: Kreisbrandmeister des Kreises Niederbarnim versehen ist, lautet:

„Antwortlich Ihres Schreibens vom 18. 12. 09 teile Ihnen mit: Das Degebrodt'sche Lokal und Grundstücke liegen hier günstiger als alle anderen großen Gasthofgrundstücke, es ist nur ein bißchen verlotterte Wirtschaft dort, solange Degebrodt's Besizer sind. Wenn dort ein tüchtiger Gastwirt hineinkommt, läßt sich wohl was daraus machen. Jetzt verkehrt nur mindertwertiges Publikum dort, das heißt Arbeiter, weiß Sozialdemokraten, die guten Vereine und Gesellschaften gehen nicht hin. Der große Garten ist im Sommer leer.“

Darauf folgen einige Angaben über Ausdehnung und Wert des Grundstückes und dann schließt das Schreiben:

Wenn eine tüchtige Kraft hineinkommt, wird das ganze Lokal aufblühen und das Geschäft ein gutes werden.

Mit Hochachtung

D. Spindler.“

Es werden gewiß viele von unseren Berliner Parteigenossen auf ihren Ausflügen schon das Degebrodt'sche Lokal besucht haben, ohne irgend etwas von Verlotterung gewahr geworden zu sein, und sie werden auch gefunden haben, daß das Lokal keineswegs leer war, wenn auch die „Gesellschaft“ des Herrn Spindler alles getan hat, um einen solchen Zustand herbeizuführen. Der Kreisbrandmeister hat natürlich, als er seine Verunglimpfungen niederschrieb, nicht damit gerechnet, daß der Brief Herrn Degebrodt zur Verfügung gestellt werden würde, der nun den Klagetweg gegen ihn beschritten hat. Weiterhin

hat aber auch die Arbeiterkassen Kenntnis von der Sache erhalten und sie läßt es sich selbstverständlich auch nicht ruhig bieten, als minderwertiges Publikum verschrien zu werden. Am Mittwoch der verfloßenen Woche war Herr Spindler zur Sitzung des Gewerkschafts-Kartells geladen, um für seine Käuferschaft der Arbeiterkassen Verantwortung gezogen zu werden. Das war ihm gewiß sehr unangenehm, aber er kam und suchte sich damit herauszureden, daß er mit dem Worte „minderwertiges“ nur „minderbemitteltes“ Publikum gemeint habe. Da jedoch der ganze Inhalt des Briefes beweist, daß das Wort in dem üblichen verächtlichen Sinne verstanden werden sollte, hatte er kein Glück mit seinen faulen Ausreden. Um es dem Herrn noch etwas deutlicher zu machen, was derartige Schmähungen bedeuten, luden unsere Genossen ihn zum Sonnabend nach dem Degebrödischen Saale zu einer öffentlichen Versammlung ein und sie erliefen zugleich auch den Gemeindevorsteher Köffel-müller, zu kommen, um seine Meinung über die Angelegenheit zu sagen. Das schien um so mehr angebracht, als Herr Spindler nicht nur Kreisbrandmeister, sondern nebenbei auch stellvertretender Gemeindevorsteher, Schöffe und Kirchenältester ist. Aber die Herren kamen beide nicht. Spindler entschuldigte sich damit, daß er keine Zeit habe, und der Gemeindevorsteher erklärte, daß er sich nicht in „Privatangelegenheiten“ mischen wolle. Die Bevölkerung Eckners und der umliegenden Orte war jedoch außerordentlich zahlreich erschienen, so daß der große Saal kaum Platz genug bot, und es waren auch manche Leute aus dem Bürgertum da, die sonst nicht zu den von unseren Genossen einberufenen Versammlungen zu kommen pflegen. Der Referent Genosse Wähler aus Vichtenberg schilderte das Verhalten des Kreisbrandmeisters, verlas auch dessen Brief und führte dann aus, daß man die ganze Sache nicht als einen Einzelfall zu betrachten habe, sondern als den Ausfluß eines Systems, das von oben herunter, von den Spitzen des preussischen Staates und ihrem Anhang genährt und gepflegt wird. Wie im Staat, im Landtag und Herrschaftshaus die alle Werte schaffenden Arbeiter als minderwertig hingestellt und behandelt werden, so machen es auch die kleinen Gewerke in den Gemeinden. Da spielt die Person Spindlers, des ehemaligen Klempnergehilfen, des späteren Spielwarenhändlers, der als solcher mit großer Höflichkeit seine Arbeiterkundschaft zu behandeln pflegte, die er jetzt als minderwertig bezeichnet, nur eine untergeordnete Rolle. Er ist nur einer von denen, die es nicht viel besser treiben als er. Es kommt darauf an, diesem ganzen System endlich einmal ein Ende zu bereiten.

Dem Vortrag folgte eine rege Diskussion, an der auch Leute aus dem Bürgertum teilnahmen, aber nicht etwa um Herrn Spindler in Schutz zu nehmen — dazu fand sich trotz aller Aufforderung keine Bereit — sondern um nicht minder kräftig wie unsere Genossen die Handlungsweise des Kreisbrandmeisters zu verurteilen. Es wurde folgende Resolution eingebracht:

„Die Versammelten protestieren auf das entschiedenste dagegen, als minderwertig zu gelten. Sie erblicken in der Bezeichnung minderwertig eine Beschimpfung der gesamten Arbeiterkassen und sprechen Herrn Spindler jegliches Vertrauen ab.“

Die Versammelten verpflichten sich, als Protest gegen diese Herabsetzung der Arbeiterkassen, soweit sie noch nicht Mitglied sind, den freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei beizutreten und deren Kandidaten bei allen kommenden Wahlen wirksam zu unterstützen.“

Einige Herren aus dem Bürgertum waren bereit, für den ersten Teil der Resolution, worin Herrn Spindler jegliches Vertrauen abgesprochen wird, zu stimmen, jedoch nicht für den zweiten Teil, der das Bekenntnis zur Sozialdemokratie enthält. Auf ihren Wunsch wurde dann über die beiden Teile getrennt abgestimmt. In ihrem ersten Teil wurde die Resolution einstimmig und in ihrem zweiten Teile fast einstimmig angenommen.

Rixdorf.

F. Siegrist f. Unser alter Veteran und treuer Kampfgenosse F. Siegrist hat am Sonntagabend seinem Leben gewaltsam ein Ziel gesetzt. Am Fensterkreuz seiner elenden Mansardenwohnung erhängte er sich. Qualvolle und schmerzreiche Stunden mußte er in den letzten Wochen durchleben. Ein langsam schleichendes Leiden packte den durchmürbten Körper, um ihn nicht mehr zu verlassen. Kümmerlich schlief er sich als Invalidenrentner durchs Leben. 15 Mark monatliche Rente bildeten die gesamte Einnahme. Um nicht seine politischen Rechte zu verlieren, wies er jede Armenunterstützung von sich; bis er ein Krankenhaus aufsuchen mußte, das er bald mit dem Stichenhaus vertauschte. Zu spät wurde allem Anschein nach sein wahres Leiden erkannt. Hunger und Kälte waren der ständige Gast in seinem Hause. Als vor längerer Zeit einigen Vorzeigenossen das traurige Los bekannt wurde, das unser alter Genosse zu leben gezwungen war, sorgten sie für regelmäßige und zuträglichste Rohrnahrung. Zu spät! Vom Wagnersbrennen besaßen, konnte ihm durch das Entgegenkommen und die Pflege der Genossen eine Besserung seiner Existenz und gesundheitlichen Verhältnisse nicht mehr gebracht werden. Durch die lange Unterernährung hatte der fleckige Körper jede Widerstandsfähigkeit verloren.

Schon in früher Jugend hatte er sich unter den schwierigsten Verhältnissen in der gefährlichsten Zeit der sozialdemokratischen Partei angeschlossen, um für die Ziele derselben eine unablässige Propaganda zu entfalten. Nach Inhaftierung des Schandgeseges gehörte er in Berlin zu den ersten Opfern des neuen Sturzes. 1878 wurde er aus Berlin ausgewiesen. Bald darauf wurde er in Chemnitz, wohin er sich u. a. begab, zu vier Monaten Gefängnis wegen Verleumdung des Richterstandes verurteilt. Seiner Propagandatätigkeit tat die Strafe keinen Abbruch. Bis zu seinem Lebensabend, so lange es seine Kräfte zuließen, war er im Dienste der Partei tätig. Mit regem Interesse verfolgte er noch als müder, gebrochener Greis die letzten Aktionen der Partei und freute sich ihrer großen Erfolge.

Rafflos kämpfte er für seine Ueberzeugung. An Opfermut, Kampfesfreudigkeit und selbstloser Hingabe für die Ideale des Proletariats wird er der jüngeren Generation jederzeit ein leuchtendes Vorbild sein.

Im Säcklingszuge erkrankte er gestern nacht gegen 12 Uhr der Arbeiter Fiesel von hier. Er hatte seine Frau in einem Schönberger Krankenhaus besucht und war auf der Rückkehr im Zuge eingeschlossen. Als er auf dem Bahnhof Rixdorf erwachte, war ihm die linke Oberschule aufgeschwollen und ein Lederbeutel mit 88 M. entwendet worden.

Treptow-Baumschulentweg.

Die von der Sozialdemokratie am Vorabend der Feier zur Grundsteinlegung der Kirche abgehaltene Versammlung, noch mehr aber das vorher zur Verbreitung gelangte Flugblatt hat bei unseren honetten Bürgern böse Verknüpfung. Sie heulen auf, just so, wie ehemals die Pharisäer aufschrien, wenn Christus seine Heil über sie schwang, und das Amtsblatt muß sich pflichtgemäß entsetzen. Wie eine alte, zahnlöse Gevatterin leist und freischt es: „Das Flugblatt überbietet alles bisher Dagewesene“, es schlägt allem Anstand frech ins Gesicht, es ist die elendeste, schandöseste und voll Unwahrheiten strotzende Schrift.“

Einen Beweis für seine fastigen Beschimpfungen und Anklagen vermag das Amtsblatt freilich nicht zu erbringen, wodurch sie sich von selbst als bloße Anwürfe erweisen. In Wahrheit wehrt das Verantwortliche Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den

Flugblatt zunächst nur die Befehligungen der sozialdemokratischen Einwohnerkassen ab, mit denen das Verbot des Raufstanzuges begründet wurde. Nebenher werden allerdings auch den Kirchenchristen einige Wahrheiten gesagt, die aber, auch wenn sie als bitter empfunden werden, nichtsdestoweniger Wahrheiten bleiben.

Das „Slandalfest“ im Inhalt des Flugblattes besteht darin, daß die Bevölkerung, die hinter den 1904 sozialdemokratischen Wählern steht, kategorisch für sich dieselben Rechte fordert, wie sie die Einwohnerkassen, die hinter den 1014 bürgerlichen Wählern steht, besitzt, und als selbstverständlich für sich in Anspruch nimmt. Die bürgerlichen Sippen sind so an ihre Vorrechte und an die Unterdrückung der anderen Volkskreise gewöhnt, daß nach ihrem Empfinden eine solche Forderung allem Anstand frech ins Gesicht schlägt.

Um allen abeltwollenden Auslegungen vorzubeugen, ist eingangs des Flugblattes noch ausdrücklich erklärt worden, daß die sozialdemokratische Arbeiterkassen gegen die Feier der Grundsteinlegung nicht das allergeringste einzuwenden hat und daß sie für sich nichts weiter fordert als Gerechtigkeit. Hätte man ihr diese gewährt, dann wäre die Einladung zur Teilnahme an der Grundsteinlegung einfach mit höflichem Dank abgelehnt und über die Sache selbst kein Wort weiter gesprochen worden.

Auch der Treptower Kommunalverein hat sich bereits mit der Angelegenheit beschäftigt und eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Er (der Kommunalverein) verurteilt die Angriffe, die gegen Herrn Bürgermeister Schwabow im sozialdemokratischen Flugblatt erhoben worden sind, da die politische und die kirchenangelangte nicht mit einander zu tun haben und Herr Bürgermeister Schwabow in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher den amtlichen Verfügungen zu folgen hat.“

Das ist die bekannte doppelte Buchführung und schöne Zweifelsentheorie, die für unsere Kirchenchristen so überaus bezeichnend ist. Außerdem befinden sich die Herren vom Kommunalverein in einem großen Irrtum, wenn sie meinen, jeder Bürgermeister, der Polizeigewalt ausübt, sei dem preussischen Polizeiminister unter allen Umständen zu Kadavergehorsam verpflichtet. Im vorliegenden Falle handelt es sich um eine durch Reichsgesetz geregelte Materie, in der nimmermehr, wie auch das Oberverwaltungsgericht erst wieder vor ganz kurzer Zeit entschieden hat, von oben herab bestimmte Anweisungen gegeben werden dürfen, vielmehr in jedem einzelnen Falle nach gewissenhafter Prüfung der örtlichen und zeitlichen Verhältnisse von den zuständigen Beamten die Entscheidung zu treffen ist.

Und den Bürgermeister und Amtsvorsteher möchten wir sehen, der bei dieser Prüfung, sofern er dabei mit Liebe an die Menschheit und mit Ernst an seine Pflicht denkt, was bei unserem Bürgermeister ganz zweifellos der Fall ist, sich zu der Behauptung zu versteigen wagt, ein Anzug der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter unseres Ortes schließe eine tatsächliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit in sich. Das ist es, was das Reichsgesetz fordert: Die öffentliche Sicherheit muß tatsächlich bedroht sein! Was der Bürgermeister zur Begründung seines Verbotes anführte, daß möglicherweise bürgerliche Hämmerlinge und Angsthühner das Schlottern und Wackern bekommen könnten, wenn sie den Tritt der Arbeiter hörten, ist keine tatsächliche Gefährdung der öffentlichen Sicherheit.

Aber angenommen, die Dinge lägen so, wie die Herren im Kommunalverein unterstellen, daß ein bereiteter Beamter von oben herunter zu einer Handlung gezwungen werden könnte, von der er vielleicht innerlich selbst aberzogen ist, daß sie wider Recht und Gesetz ist, wenn sie dann die Verantwortung für so schamhafte Zustände auf sich zu nehmen? Doch nur wieder den gleichen bürgerlichen Kreisen, die gegenüber der Forderung der Sozialdemokratie auf Demokratisierung der Staatsverwaltung eben dieselben Zustände als „gottgewollt“ mit Säbeln und Säbeln verteidigen.

Wenn also, wie die bürgerlichen Kreise beweglich kagen, durch das Auftreten der Sozialdemokratie „ein Nichts“ in die Feiler kam, so tragen sie daran einzig und allein selbst die Schuld. Man kann unmöglich von den Sozialdemokraten verlangen, daß wir wie stumme Hunde schweigen sollen, wenn wir getreten werden, nur damit garbesattelte bürgerliche Gemüter, die es nicht im geringsten alteriert, wenn Nebenmenschen elementarste Rechte geraubt werden, keine Sekunde aus dem Gleichgewicht kommen. Rein! Wir Sozialdemokraten werden weiter um unsere bürgerlichen Rechte kämpfen, und wenn es dem Amtsblatt nach einem Kängeln gelüftet, so soll ihm dazu nach Roten ausgespielt werden.

Charlottenburg.

Elternverein für freie Erziehung. Auf unsere jeden Mittwoch stattfindenden Ausflüge nach der Jungfernhöhe wird hierdurch nochmals hingewiesen. Treffpunkt 2 1/2 Uhr am Kaiser-Friedrich-Denkmal; für Radfahrer bis 4 Uhr bei Kant, Waldhaus, Zepeler Weg. — Gleichzeitige machen wir bekannt, daß am 17. Mai (dritter Feiertag) ein Familienausflug nach Finkenkrug stattfindet. Treffpunkt spätestens 10 Uhr vormittags am Bahnhof Jungfernhöhe.

Lichtenberg.

Ein falscher Gerichtsassessor hat am hiesigen Ort einen Gaunerstreich verübt. Kürzlich starb in der Müllerstr. 3 der Oberpostkassierer Reichmann. Bei seiner Witwe erschien darauf am 8. d. M. ein Mann, der sich als „Gerichtsassessor Dr. Gottheit“ vorstellte und erklärte, daß er im Auftrage des Gerichts komme. Weil Reichmann drei unmündige Kinder hinterlassen habe, so müsse das Vormundschaftsgericht den Nachlaß regeln. Hiermit habe das Gericht ihn betraut. Weil der Mann sehr gewandt und sicher auftrat, auch eine Altemappe mit vielen Schriftstücken mitbrachte, so glaubte ihm Frau Reichmann und gab bereitwilligst Auskunft. Der Herr Assessor setzte sich an den Tisch, ließ sich den Nachlaß diktiert und nahm ein genaues Verzeichnis auf. Er bemerkte noch, daß er für die Michtigkeit der Aufzeichnung haste und sich auch an Ort und Stelle überzeugen müsse und hat deshalb die Frau, ihm in jeder Weise klaren Wein einzuschütten, auch über etwa vorhandenes bares Geld. Als ihm die tief gebeugte Witwe erklärte, daß sie noch 1000 M. an barem Gelde besitze, legte der „Assessor“ seine Stirn in Falten und sagte mit einigem Bedauern, daß er dieses Geld als die Hauptmasse des Nachlasses „von Gericht wegen beschlagnahmen müsse“. Dann überlegte er ein Weilchen und kam zu dem Ergebnis, daß er sich mit der Beschlagnahme von 485 M., dem Anteil der Kinder, begnügen könne. Der Rest stehle ja der Frau zu, die 485 M. aber müsse er unbedingt mitnehmen und an Gerichtsstelle für die Kinder sicherstellen. Eine Quittung werde das Gericht einfordern. Frau Reichmann handigte das Geld aus, und der „Assessor“ empfahl sich, nachdem das Protokoll vorgelesen, genehmigt und unterschrieben worden war. Als die Quittung ausblieb, erkundigte sich die Frau bei der Polizei und bei dem Gericht und erfuhr nun, daß sie einem Gauner in die Hände gefallen war. Der falsche Assessor ist mittelgroß und etwa dreißig Jahre alt. Er hat dunkles Haar und einen Anflug von dunklem Schnurrbart, eine seltene Gesichtsfarbe, eine gewölbte Stirn, eine gebogene Nase und weiche Hände und trug einen schwarzen, steifen Hut, einen dunklen, gräulich gesprenkelten Ueberzieher, einen weißen Kragen, gelb und blau geringelte Manschetten und einen Kneifer mit schwarzer Einlösung.

Königs-Wusterhausen.

In der Gemeindevertretersitzung wurde u. a. die Erwerbsteuer des Gemeindegewerks beschlossen, da eine große Zunahme des Gewerbetriebs gegen das Vorjahr zu erwarten steht. Dem hiesigen Rohrweg sind in letzter Zeit der Bahnhof, die Schwarztopf- und Maffei-Schwarztopf-Werke angeschlossen worden. Das Werk war einen Reingewinn von 18 500 M. ab. Der Umbau kostete 88 000 M. und soll von der Firma Leopold u. Hartig durchgeführt werden. Ein Darlehen zu 4 Proz. wird bei der Kreisparlasse aufgenommen, die Dedung soll mit 2 Proz. vom Reingewinn erfolgen. — Unter Eingemeindungsfragen wurde mitgeteilt, daß u. a. das Schloß und die Försterei-Jasanerie ausgemeindet und an 360 Morgen eingemeindet werden. — Das Schulgeld für Fremde wurde auf 45 M. festgesetzt. — Der Wasserturm wird gleichlaufend mit der Berlinerstraße zu stehen kommen und 30 Meter Höhe erreichen.

reichen. — Von den kaum erworbenen Häusern von der Hofkammer wurde eine Baustelle von 14 Ar für 7000 M. an den Lehrer Schulz einstimmig verkauft.

Karlshorst.

Dem Volke muß die Religion erhalten werden. Am hiesigen Orte ist am Sonntag unter den üblichen Zeremonien die neue Kirche eingeweiht worden. Die Spitzen der Behörden und selbst — wie berichtet wird — alle Feuerwehren des Kreises Niederbarnim waren vertreten. Welche Beziehungen die Feuerwehren zur Kirche haben, können wir nicht ergründen.

Weihensee.

Herr Dr. Pape befindet sich schon wieder im Streit mit der Gemeindevertretung. Die letzte Wahl des Herrn Reines zur Gemeindevertretung veranlaßte den besoldeten Schöffen, wegen angeblich vorgekommener Unregelmäßigkeiten gegen die Gültigkeit der Wahl zu protestieren. Die vorige Gemeindevertretersitzung verwarf den Einspruch und erklärte die Wahl mit großer Mehrheit für gültig, da Verträge nicht vorlagen. Wegen diesen Beschluß hat nunmehr Herr Dr. Pape den Klageweg gegen die Gemeindevertretung beschritten. Herr Dr. Pape trat am 1. April 1904 als besoldeter Schöffe ein und wurde auf 12 Jahre gewählt. Gleich nach seinem Antritt begann seine Konfliktzeit. Der verstorbene Gemeindevorsteher Feldmann hatte gegen ihn einen schweren Stand. Nach dem Tode desselben nahm er, unter Ausschaltung der damaligen Schöffen, allein das Heft in die Hände. Hierauf begann ein Streit mit den Alt-Weihensee Grundbesitzern. Nachdem die Renzwahl des Gemeindevorstehers ausgeschrieben, aus der der jetzige Bürgermeister Dr. Weid hervorging, nahm er Klage gegen unsere Genossen, weil sie seine Kandidatur nicht unterstützten hatten. Als Gewerbegerichtsvorsteher mußte er sich den Vorwurf des Rechtsbeugens machen lassen. Nach Ablauf seiner Wahlperiode wurde er als Vorsteher nicht wiedergewählt. Im Krankenhaustenkonflikt unterlag er in allen Instanzen, die den Gemeindefiskus bedeutend erleichterte. Die späteren Konflikte mit den bürgerlichen Parteien führten zur Amtsentsetzung mit einem Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung. Das Verfahren dauerte 1 Jahr und 11 Monate und endete mit der höchstzulässigen Geldstrafe, einem Monatsgehalt und Dienstentlassung. Von da ab beginnt ein Guerillakampf, indem er jede Gelegenheit benutzte, um Beschwerden an die Aufständischen zu richten, gleichviel vom Nachwächter herauf bis zum Bürgermeister. Der von den Beamten nicht den Hut zieht, hat eine Beschwerde weg. Der jetzige Streit gegen die Gemeindevertretung wird wohl nicht der letzte sein, denn seine Dienstzeit geht bis zum 31. März 1916.

Bei der Kaiserfeier gefunden wurde in Charlottenburg ein Damengürtel, abzuholen bei Meinel, Cauerstr. 10, Seitenfl. IV; in Orly ein Segelboot, abzuholen bei Krause, Käuferverein Orly, Werder- und Auguststrassen-Ecke.

Aus der Frauenbewegung.

Bund für Mutterschutz. In einer am Sonnabend im Architektenhause abgehaltenen, stürmisch verlaufenen Generalversammlung wurde der bekannte Streit zwischen Fräulein Dr. Helene Stöcker und Frau Adele Schreiber-Krüger ausgefochten. In der Versammlung bemerkte man auch im Vorder- und Hintergrund verschiedene mehr oder minder interessante Männerköpfe. Natürlich wurde nur um die Sache gekämpft. Nach den vorliegenden Materialien und dem Verlauf der Versammlung können wir unserer Meinung dahin Ausdruck geben, daß die Gegnerinnen von Dr. Stöcker bei ihren Angriffen weit über das Ziel hinausgeschossen sind, Stimmung und Gefühl das objektive Urteil trübten. Die Verhandlungen endeten mit der Annahme von Vertrauensresolutionen für Fräulein Dr. Stöcker. Die eine lautet: „Die gegen die Vorstehende erhobenen Vorwürfe geben der Versammlung keinen Anlaß, ihr das Vertrauen zu entziehen. Die Versammlung spricht Fräulein Dr. Stöcker ihr Vertrauen aus.“

Fräulein Dr. Stöcker wurde demnach wieder zur 1. Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin gewählt.

Briefkasten der Redaktion.

1600. 1. Rein. Es ist nur Kündigung seitens der Erben zum 1. Oktober zulässig. Die Kündigung muß spätestens am 8. Juli in Händen des Vermieters sein. Hat die Witwe den Mietvertrag mit unterschrieben, so muß sie die im Vertrage festgesetzte Kündigungsfrist innehalten. § 3 Ziffer 2 des Einkommensteuergesetzes lautet: Soweit nicht unter Ziffer 3 und 4 etwas anderes bestimmt ist, erfolgt die Veranlagung der physischen Personen nach dem Ergebnis des dem Steuerjahr unmittelbar vorangegangenen Kalender- oder Wirtschaftsjahres, und, insoweit für eine Einkommensquelle ein Jahresergebnis nicht vorliegt, nach dem mutmaßlichen Jahresertrag. Ziffer 3 und 4 handelt von der Ermittlung des Geschäftsergebnis von Personen, die ordnungsmäßige Bücher führen. — E. C. 150. 1. Der Abzug ist unzulässig. 2. Die Geschäftsstelle des Verbands der Schneider und Schneiderinnen befindet sich Sebastianstr. 27/28. — P. D. 11163. Da es empfiehlt sich aber Einvernehmen mit der Frau. — E. 1000. Weitere Rechtsmittel habe keine Aussicht auf Erfolg. — M. W. 69. 1. Ja, antelligen. 2. Die Frage läßt sich nur nach Kenntnis des Jahres, in dem die Ehe geschlossen ist und des ersten Ehegohnjahres beantworten. 3. In dreißig Jahren. — J. 11. Ja.

Antilcher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Württemberg: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Pfeffer anziehend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr knapp, Geschäft lebhaft, Preise gut. Fisch: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise im allgemeinen wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr mäßig, Geschäft anfangs ruhig, später reger, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 9. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. in C.	Wind- geschw. in m.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Temp. in C.
Eminende	749 M	6 Regen	5	Saparanda	769 S	2 Rebel	1					
Damburg	753 M M	3 halb dd.	7	Uetersen	765 M M	2 wolkenf.	10					
Berlin	751 S	3 Regen	6	Seitz	750 M M	6 halb dd.	7					
Frankf. a. M.	754 S	1 Rebel	4	Übersee	757 M M	wolkenf.	5					
Hannover	755 S	5 halb dd.	5	Berit	756 S	2 bedekt.	5					
Wien	755 S S	2 bedekt.	7									

Wetterprognose für Dienstag, den 10. Mai 1910. Glimmlich kühl, zeitweise anflackernd, vormittags noch trübe mit geringeren Regenschauern und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit	
	8. 5.	7. 5.	8. 5.	7. 5.
Remel, Mühl	181	0	Sale, Groditz	96 -10
Bregel, Jüterburg	-24	+3	Sale, Sandau ¹⁾	58 -6
Weißen, Ebn	82	-4	Sale, Rathenow ¹⁾	98 -2
Ober, Rastow	398	-14	Spre, Spremberg ¹⁾	74 0
„ „ „ „	198	+36	„ „ „ „	71 -3
„ „ „ „	170	+21	Sche, Witten	-29 +4
Barthe, Schrum	64	+14	„ „ „ „	49 +1
„ „ „ „	15	+3	Rhein, Regenschanau	-
Rehe, Vorkam	13	-2	„ „ „ „	255 +1
Elbe, Leimeth	205	-15	„ „ „ „	254 +2
„ „ „ „	119 ¹⁾	+17	Reda, Heilsbrunn	93 +3
„ „ „ „	211	-5	Rain, Berthel	156 +5
„ „ „ „	155	+22	Rosel, Trier	91 +23

¹⁾ + bedeutet Sturz, - Fall. — ²⁾ Unterpegel. — ³⁾ am 8. nachts 2 Uhr höchste Wasserstand: 123 cm.